

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908**

80 (11.3.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 44. öffentliche  
Sitzung

# Karlsruher Zeitung.

Nr. 80.

Mittwoch, 11. März

1908.

## Badischer Landtag.

### == Zweite Kammer. ==

**44. öffentliche Sitzung**  
am Montag den 9. März 1908.

#### Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann  
Beratung des Berichts der Budgetkommission über das  
Budget des Groß. Ministeriums des Innern für die Jahre  
1908 und 1909, Ausgabe Titel XVI und Einnahme Titel VII  
(Landwirtschaft) — Druckfache Nr. 12c — Berichterstatter:  
Abg. Schüler,

und damit in Verbindung:  
Beratung des Berichts der Petitionskommission über die  
Anträge der Abgg. Neuwirth und Genossen

a. die Beschleunigung der Feststellung der Vergütung für  
die durch Truppenübungen entstandenen Flurschäden  
betr. (Druckfache Nr. 35),

b. die Aenderung des Servistarifs, Beilage 1 zum Reichs-  
gesetz vom 6. Juli 1904, durch Erhöhung der Quartier-  
vergütung für Dienstpferde (Druckfache Nr. 36) — Druck-  
fache Nr. 35 (36) a — Berichterstatter: Abg. Neu-  
wirth (Fortsetzung).

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeri-  
ums des Innern Winkl. Geh. Rat Freiherr von und  
zu **Sodman**, Geh. Oberregierungsrat **Rebe**, Geh.  
Oberregierungsrat **Jung**, der Referent für Pferde-  
angelegenheiten **Graf v. Bismark**, die Oberregie-  
rungsräte **Märklin** und **Sajner**.

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung kurz  
nach 1/5 Uhr.

Es werden folgende Eingänge angezeigt:

I. Petitionen:

1a. des Vereins der bei den Groß. Staatsbahnen  
bedienten Zugmeister,  
b. des Verbandes badischer Bremser  
zur neuen Gehaltsordnung;

2. des Gewerbevereins Donaueschingen, sowie der Ge-  
meinderäte Gisingen, Lenzkirch, Altglashütten, Neuen-  
burg, Seppenhofen, Kappel, Bonndorf und Schollach  
um Aufhebung des Ausnahmetarifs für die Zahnradstrecke  
auf der Höllentalbahn;

3. der Gemeinderäte Donaueschingen und anderer Ge-  
meinden, sowie des Gewerbevereins Donaueschingen und  
der Schwarzwälder Handelskammer Billingen um Herstel-  
lung einer Bahnverbindung von Donaueschingen nach  
Schaffhausen (Kandenbahn), mit einer Denkschrift von **R.  
Bernhardt**;

4. des Gemeinderats Salmersheim um Erbauung einer  
festen Brücke über den Neckar bei Salmersheim;

5. des Gemeinderats Grüningen um Errichtung einer  
Güterstation;

6. von Wiesenbesitzern in Waldlagenbach, Strümpfel-  
brunn und Unterhöllgrund gegen eine polizeiliche Wässer-  
ordnung im Reichenbach- und Ztterbachtal;

Es werden überwiesen Ziffer 1 an die Kommission für  
die Beamtenvorlagen, Ziffer 2 an die Budgetkommission,  
Ziffer 3 bis 5 an die Kommission für Eisenbahnen und  
Straßen, Ziffer 6 an die Petitionskommission.

II. Ein Schreiben der Badischen Landwirtschaftskam-  
mer mit 75 Exemplaren der Verhandlungen der zweiten  
Tagung der Landwirtschaftskammer.

Zur Tagesordnung (Fortsetzung der allgemeinen  
Beratung zum Landwirtschaftsbudget und der Beratung  
über die Anträge der Abgg. Neuwirth u. Gen.) erhalten  
das Wort

Abg. **Wittmann**-Donaueschingen (Zentr.): Das  
hohe Interesse, welches das ganze Haus an der Landwirt-  
schaft hat, und die Bedeutung der Landwirtschaft für un-  
ser ganzes Volksleben und für unser Vaterland ist uns  
zu erkennen gegeben worden durch die zahlreichen Red-  
ner, welche sich zu diesem Teile des Budgets gemeldet  
haben. Es sprechen solche, die aktiv in der Landwirtschaft  
tätig sind, es sprechen Freunde der Landwirtschaft, und  
namentlich unter den letzteren solche, welche landwirt-  
schaftliche Bezirke vertreten. Zu den letzteren gehöre auch  
ich.

Die Mittel, mit denen man der Landwirtschaft auf-  
helfen will, werden eingeteilt in große und in kleine Mit-  
tel. An kleinen Mitteln ist hier ungeheuer viel vorgetra-  
gen worden, und auch die großen Mittel sind alle genü-  
gend betont worden. Zu den großen Mitteln gehört nun  
zweifellos ein gutes Bildungswesen, eine allge-  
meine Ausbildung unserer landwirtschaftlichen Bevölke-  
rung und eine theoretische sowie praktische Fachausbil-  
dung. Als ein Mittel zur Fachausbildung sind sicher die  
landwirtschaftlichen Winterschulen von  
ganz hervorragender Bedeutung. Ich habe nun im letz-  
ten Landtage die Schaffung einer landwirtschaftlichen  
Winterschule für die Stadt Bonndorf in Anregung  
gebracht, und es hat mir Herr Minister Dr. Schenkel dar-  
auf in der Sitzung vom 28. April 1906 erwidert: „Nun  
kann ich mitteilen, daß die Groß. Regierung ebenfalls  
zu der Ansicht gelangt ist, wenn überhaupt eine Vermeh-

ken.  
sonen-  
tr die  
g des  
s und  
ebotes  
g des  
Januar  
188.2.2  
n auf  
39 III  
Pläne,  
gegen  
ortoge-  
werden,  
s zum  
3.  
t ent-  
ku-  
sochen.  
I.  
n.  
nabahn-  
Meise-  
Eisen-  
rifen  
s nach  
Groß.  
Januar  
w auf  
39 III  
Pläne,  
gegen  
ortoge-  
geben  
ns bis  
3.  
hlossen  
t ver-  
107.2.2  
sochen.  
908.  
n.  
ig des  
II. St.  
station  
ellung  
tr im  
gemäß  
dnung  
nangen  
n und  
- und  
Aus-  
40 qm  
fütter-  
(etwa  
schens  
liegen  
unter-  
auf;  
mulate  
hoben  
Beid-  
nach  
aus-  
rieben  
März  
loffen  
in  
schens  
74.2.1  
ie im  
ber  
von  
4 m  
ellung  
und  
rädger  
11 m  
Rot-  
find  
rmit-  
adol-  
t die  
3.875  
1 find  
offzell  
uns  
ennig  
ngung  
Wint-  
1907  
ebens-

ring einzutreten hat, so wäre gewiß der Bezirk Bonndorf ein solcher, in dem eine solche Winterschule einen guten Boden hätte und einem wirklichen Bedürfnisse entsprechen würde. Ich bin gerne bereit (aber nicht schon für dieses, sondern für das nächste Budget), die Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule in Bonndorf, sofern Kreis und Gemeinde eine solche Anstalt wünschen, in nähere Erwägung ziehen zu lassen.“ Diese Worte des Herrn Ministers klangen für mich sehr erfreulich. Allein als ich mir das vorliegende Budget ansah, da fand ich wohl, daß für Mastatt, für das der Herr Minister die Notwendigkeit nicht als so dringlich anerkannt hatte, die Mittel vorgesehen waren, nicht aber für Bonndorf.

Die Gemeinde Bonndorf ist auf das eifrigste befreht, in den Besitz einer solchen landwirtschaftlichen Winterschule zu kommen, und es ist nur ein Ausdruck ihrer Bescheidenheit, wenn sie nicht schon weitere Schritte in der Sache getan hat, als daß sie diesen Wunsch eben durch mich vorbringt. Sie befürchtet, daß vielleicht die Regierung, daß vielleicht auch der Kreis Waldshut nicht das nötige Entgegenkommen zeigen würden. Ich bitte nun bei dieser Gelegenheit die Regierung, wenn es in diesem Budget nicht mehr möglich ist, die Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule in Bonndorf für das nächste Budget ins Auge zu fassen. Bonndorf ist vermöge seiner eigenartigen Verhältnisse — es liegt auf dem hohen Schwarzwald in dem Waldgebiet — ganz besonders geeignet, eine spezielle Art von landwirtschaftlichen Winterschulen zur Entfaltung und zur Blüte zu bringen, nämlich die, welche sich mehr mit der forstwirtschaftlichen Kultur befassen. Außerdem aber treibt der Bezirk Bonndorf ja bekanntlich ausgedehnten Anbau von Gerste, wofür er seinen Abnehmer im „Rothaus“ selbst hat, und es wären auch gerade auf diesem Gebiete die Vorbedingungen für die Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule gegeben, um eben auch in den übrigen Gebieten der landwirtschaftlichen Arbeiten die Jugend auszubilden. Die Verhältnisse wären besonders günstig, weil sich eine Reihe von gutsituierten Gemeinden, allerdings neben einer großen Anzahl von sehr schlecht situierten, in dem Bezirke befindet, die in bereitwilligster Weise den Besuchern der landwirtschaftlichen Schule Mittel zur Verfügung stellen würden. Ich benenne hier besonders die Stadt Bonndorf. Sie würde den Kindern aus der Gemeinde, welche die landwirtschaftliche Winterschule besuchen wollen, jede Förderung zuteil werden lassen. Die Sparkasse Bonndorf hat seit einer Reihe von Jahren schon den Besuchern der landwirtschaftlichen Winterschule in Waldshut eine nennenswerte Unterstützung zuteil werden lassen, und gerade in der letzten Zeit hat auch die Gemeinde Grafenhausen jedem Bürgersohn, der die landwirtschaftliche Winterschule besuchen will, den gewiß nennenswerten Betrag von 100 M. zur Verfügung gestellt. Die Gemeinde Gwattingen beispielsweise würde genau dasselbe tun, wenn sie ihre Söhne in das benachbarte Bonndorf auf die Schule schicken könnte.

Ich habe schon im letzten Landtage im Interesse der Ausbildung unserer Jugend, die auf dem Lande ansäßig bleiben will, welche aber nicht immer in der Lage ist, eine landwirtschaftliche Winterschule zu besuchen, davon gesprochen, daß man unsere Fortbildungsschulen auf dem Lande als ländliche Fortbildungsschulen ausbauen möchte. Der Herr Minister Schenkel hat darauf erklärt, daß ja Versuche in dieser Richtung schon gemacht seien. Tatsächlich haben wir in Baden einzelne dieser Schulen, allein man sollte diese ländlichen Fortbildungsschulen zu einem ganzen System ausbilden, und sollte wenigstens die ländlichen größeren Gemeinden mit solchen Schulen beglücken. Es würde dadurch zweifellos

sehr viel für die Förderung und Hebung unserer Landwirtschaft erreicht werden.

Es hat sich auch das preussische Landesökonomiekollegium in diesem Februar mit der Frage der ländlichen Fortbildungsschulen eingehend befaßt und ist zur Ueberzeugung gelangt, daß auf dem Gebiete der ländlichen Fortbildungsschulen noch mehr geschehen müsse. Es hat Stellung zu dieser Frage genommen und hat sich schließlich dahin entschieden, daß dieser ländliche Fortbildungsunterricht sich scharf vom Elementarunterricht nach Form und Art unterscheiden müsse, daß er dem Zwecke, die Söhne der Landwirte ihrem künftigen Beruf entsprechend vorzubilden, gerecht werden müsse, daß aber der Lehrplan nach den einzelnen Landesteilen und auch nach den Verhältnissen der einzelnen Orte verschieden gestaltet werden müsse.

Eine große Bedeutung für die Landwirtschaft wird es haben, wenn man die Landwirte mehr als bisher auf den Schulbänken dazu anleitet, daß sie eine genaue, sorgfältige Buchführung einführen und daß sie namentlich auch mit der Preisberechnung vertraut gemacht werden. Ein Nachteil unserer Landwirte und der landwirtschaftlichen Betriebsweise liegt eben darin, daß die Landwirte nicht gut und richtig rechnen können. Sie können vielfach nicht ausrechnen, wie hoch sie ihr einzelnes Produkt steht, und wenn sie dann verkaufen, sind sie nicht in der Lage, den Preis zu erzielen, den sie haben müssen, um nicht zu Schaden zu kommen. Dafür kann man schon in den letzten Klassen der Volksschule, namentlich auch in den ländlichen Fortbildungsschulen und in den Winterschulen Sorge tragen.

Von großer Bedeutung ist auch die Ausbildung der Töchter unserer Landwirte. Wenn diese Töchter auf dem Lande bleiben, so müssen sie entsprechend ihrer künftigen Lebensstellung als Frauen von Landwirten usw. ausgebildet werden. Wir haben ja nun wohl Kreishauswirtschaftsschulen, die verhältnismäßig gut besucht werden, die mit großem Erfolg auch ihren Zweck erfüllen. Allein ähnlich wie bei den ländlichen Fortbildungsschulen sollte man auch für diesen weiblichen Beruf die weiblichen Fortbildungsschulen als landwirtschaftliche Hauswirtschaftsschulen im allgemeinen mehr forcieren und ausgestalten. Man könnte dann auch in diesen Schulen die Schülerinnen insbesondere bekannt machen mit dem Gemüßbau, mit der Behandlung der Gemüße, mit dem Obstbau, der Behandlung des Obstes, mit der Hühnerzucht, namentlich auch mit dem Kochen, mit der Krankenpflege. Die Krankenpflege liegt bekanntlich auf dem Lande vielfach im Argen. Man hat, wie dankend anerkannt werden muß, seitens der Regierung und seitens der Kreise schon viel auf diesem Gebiete getan. Allein es kann entschieden noch mehr getan werden. Nicht überall findet man barmherzige Schwestern oder Diakonissinnen. Dagegen wird jede Gemeinde bei einigem guten Willen in der Lage sein, mit Unterstützung des Staates und der Kreise sich eine Krankenpflegerin für ihre Gemeinde zu verschaffen. Eine geordnete Krankenpflege wird von ganz besonderer Bedeutung für unsere Landwirte sein.

Ich habe davon gesprochen, daß durch Einkernen in ein gutes, den Verhältnissen entsprechendes Roden, durch Anlernung einer Krankenpflege usw. für die Landwirte viel getan werden kann. Dies bringt mich darauf, auch einmal davon zu sprechen, daß das Ernährungsweisen im Lande draußen im allgemeinen doch Gefahr läuft, nicht etwa zum Guten nach oben gehoben zu werden, sondern immer schlechter zu werden. Schuld daran ist die nicht immer glänzende Lage der Landwirte, die sie alles Mögliche versilbern läßt.

um durch das Leben durchzukommen und sie veranlaßt, alle Erzeugnisse, die einigermaßen in Geld umgesetzt werden können, abzusetzen. Die bedeutendsten Ernährungsmittel, Fleisch, Eier, Milch, wandern alle in die Stadt. Die Eier werden verkauft, die Milch wird verkauft oder in die Molkereigenossenschaft gebracht, wo sie verarbeitet wird, um als Butter usw. in die Stadt zu wandern. Da wäre es sehr an der Zeit, daß die Regierung einmal der Frage der Unterernährung der ländlichen Bevölkerung ihre Aufmerksamkeit zuwendete! Vielfach genießt man auf dem Lande das Obst, die Eier, die Milch nicht mehr, ebenso nicht mehr Bohnen, Erbsen und Linsen, und braucht statt des eigenen guten Landbrottes „Bäckerbrot“, benutzt Surrogate für Butter usw., schränkt den Eierverbrauch ein, auch die Milch wird heute nur noch entrahmt und verschlechtert gemolken. Daß durch solche Verhältnisse eine Unterernährung eintreten muß und auch tatsächlich, wenn auch noch nicht in auffallendem Grade, eingetreten ist, das ist nicht zu leugnen. Es ist in der Ernährung unserer Landbevölkerung, nicht der Quantität, wohl aber der Qualität nach, eine Verschlechterung vorhanden, und es besteht die Gefahr, daß wir allgemein ein schwächeres Geschlecht bekommen. Die Landwirtschaft ist auf dem letzten und auf diesem Landtag mit Recht der Jungbrunnen unseres Volkes genannt worden, aus dem allen Ständen frisches Blut zugeführt werde. Diese Mutzuzufuhr kann aber nur eine schlechte sein, wenn die Ernährung immer schlechter wird. Im vaterländischen Interesse, im Interesse unseres Heeres, im Interesse des Jungbrunnens, der unser Volk immer erneuert, muß daher der Ernährung unserer ländlichen Bevölkerung Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Es hat der Herr Abg. Heim im bayerischen Landtag dieser Tage mit Recht darauf hingewiesen, daß in Deutschland die Geburtenziffer merklich heruntergehe. Dieses Heruntergehen der Geburtenziffer hängt zweifellos neben anderen Umständen auch mit der schlechteren Ernährung zusammen. Im Interesse unseres Vaterlandes, unserer Industrie, unserer Wehrkraft muß dafür gesorgt werden, daß die Geburtenziffer auf dem Lande mindestens stationär bleibt, nicht heruntergeht, sonst wird unser Vaterland schweren Schaden nehmen.

Es ist neulich von meinem Fraktionskollegen Schiller davon gesprochen worden, daß man für die Auszubildung unserer Söhne, die vom Lande beim Militär dienen, dadurch Sorge tragen soll, daß sie beim Militär landwirtschaftlichen Unterricht erhalten, damit sie mit der Landwirtschaft wenigstens theoretisch auch während ihrer Dienstzeit in Fühlung bleiben. Der Herr Minister hat in erfreulicher Weise erklärt, daß man auch in Baden dieser Frage näher getreten sei. Der Herr Geh. Oberregierungsrat Nebel hat aber gesagt, daß diese Frage noch nicht spruchreif sei, daß die Regierung sie aber im Auge behalten werde. Ich brauche nicht nur auf Hessen, Preußen und Bayern hinzuweisen, wo man allerdings erst in neuester Zeit dieser Frage nähergetreten ist, auch in Frankreich, Italien finden wir, daß seit einer Reihe von Jahren diese Unterrichtskurse für Soldaten, die dem landwirtschaftlichen Beruf angehören, mit gutem Erfolg durchgeführt sind. Die Erfahrungen, die man in diesen Ländern gesammelt hat, lassen sich, ohne daß man erst bei uns weitere Erfahrungen abzuwarten braucht, zweifellos sofort für uns verwerten.

Ich komme aber auf diese Frage noch aus einem anderen Grunde zurück, und dieser andere Grund ist zu suchen in Nr. 221 des „Volksfreund“ vom 22. September 1906. In ihr ist ein Artikel enthalten: „Reserve hat Ruh! Drum Brüder, stoßt die Gläser an, es lebe der Reservemann. Wer treu gedient hat seine Zeit, dem sei ein volles Glas geweiht.“ (Abg. Pfeiffer: Sehr gut!)

Dieser Artikel endigt nun, so schön er anfängt, mit etwas, was die Landwirte nicht gerne lesen werden. Er schließt damit: „So vermehren die Reservisten alljährlich zunächst das Heer der Arbeitslosen, die Reservearmee, aus denen zu allererst das Kapital seine Ausbeutungsobjekte zu holen gewohnt ist. Vor allem die Landwirtschaft weiß sich diesen Umstand zunutze zu machen. Ihre Arbeitsnachweise sind bemüht, alljährlich um diese Zeit unter Anspannung aller Kräfte die entlassenen Soldaten in das Reich des Landproletariats zu zwingen. Glücklicherweise ohne rechten Erfolg! In der Stadt haben die Soldaten, trotz allen Kasernenzwanges, doch immerhin einiges von der Kultur gelernt, als daß sie sich nicht mit aller Kraft gegen die Rückkehr aufs Land sträuben würden. Hier erblüht den Gewerkschaften eine dankbare Aufgabe. Alljährlich wird auf den Kongressen geklagt, wie schwer es ist, unter der vom Lande kommenden Proletariererschaft festen Fuß zu fassen. Hier bei den Reservisten ist es ein Leichtes einzugreifen. Drum muß für uns die Aufgabe sein, in diesen Tagen der Reservistenentlassungen die Agitation unter den zur Entlassung kommenden Soldaten zu organisieren, nicht nur, um die, welche früher zu uns gehörten, die in der Kaserne uns aber entfremdet wurden, für uns wieder zu gewinnen, sondern auch, um die zu uns herüberzuziehen, an die zu anderen Zeiten heranzukommen mit doppelten Schwierigkeiten verbunden ist. Sie alle zu uns zu holen, sei unsere Parole!“

Dieser Artikel spricht nicht gerade von großer Freundlichkeit der Sozialdemokratie für unsere Landwirte. Wenn man diesen die Söhne, die Arbeiter, die sie nötig haben, wegfangen will, um sie in der Stadt zurückzuhalten, um die sozialdemokratische Reserve durch sie zu vermehren, dann schädigt man unsere Landwirtschaft ungemein; und eine Partei, die sich das programmatisch zur Aufgabe macht, kann unmöglich bauernfreundlich sein.

Es läßt sich gerade auf dem Gebiete des Militärs für unsere Landwirtschaft noch eine Reihe von Wünschen vortragen. Es sind diese Wünsche auch schon anderswärts und auch im Reichstag ausgesprochen worden. Der Erntelaub ist ja eine bekannte Sache. Ich möchte hier aber darauf hinweisen, weil auf dem Gebiete des Erntelaubs, wie ich mich bei den Landwirten erkundigt habe, noch nicht alles so ist, wie es für die Landwirtschaft zurzeit der dringenden Arbeit nötig ist. Auch könnten die Reserveübungen und die Vormusterung der Pferde, die vielfach in die ungünstigste Zeit für die Landwirtschaft fallen, z. B. die Zeit der Saat, sicher so gelegt werden, daß Schäden vermieden werden, die durch ungeeignete Ansetzung dieser Übungen und Vormusterung entstehen.

Es sind in diesem Landtag zwei Anträge gestellt worden, nämlich Anträge bezüglich besserer Entschädigung der Furschäden bei Manövern und höherer Quartiervergütung für Pferde. Diese Anträge sind auch in der Landwirtschaftskammer verhandelt worden; die Herren Grimm und Hettler haben sie dort besprochen. Hier erscheinen diese Dinge als Antrag Neuwirth wieder. Ich habe mich gewundert, daß nicht auch darauf abgehoben worden ist, daß die Entschädigung, die eine bessere und raschere sein soll, nicht auch dafür gewährt werden soll, daß durch das Legen der Schützengräben usw. das Feld ruiniert wird. Gerade für das Einebnen der Schützengräben und für das Auflockern des durch Pferde und Artillerie fest eingestampften Bodens entstehen oft mehr Kosten, als durch die Beschädigung der Früchte, Kartoffeln usw. Eine Entschädigung für diese Mühe sollte den Landwirten entschieden auch zuteil werden. Dann glaube ich auch, daß man in der Art und Weise, wie die Abschätzungs-kommissionen zusammengesetzt sind, recht wohl eine

Bereinfachung eintreten lassen könnte. Jetzt erscheinen 5 Herren, die die Einschätzung vornehmen, dadurch sind die Kosten für diese Abschätzungen enorm hoch, ich glaube aber, drei Herren könnten das auch ganz gut machen. Weniger Herren werden auch rascher arbeiten, denn drei Herren werden sich rascher entscheiden als fünf, und der Staat wird mit den geringeren Kosten eine angenehme Erfahrung machen, da er dann nicht so viel an Ausgaben zu tragen hat. Ich unterstütze aber auf das Eifrigste die Wünsche, die in diesen Anträgen niedergelegt sind, weil ich durchaus der Auffassung bin, daß eben eine rasche und bessere Entschädigung sowohl für die Flurschäden nötig ist, die beim Manöver eintreten, wie auch daß das Servisgeld, wie es jetzt bezahlt wird, nicht ausreichend ist.

Zu den großen Mitteln, mit denen man der Landwirtschaft aufhelfen will, gehören zweifellos die Bahnen. Ich vertrete den Bezirk Bonndorf-Waldshut u. hier speziell den Teil Klettgau. Nun ist vom Klettgau das sogenannte Bohnenviertel heute noch eigentlich bahnhoflos. Wenn Sie die Zeitungen aus dem letzten Jahre zur Hand nehmen, die Artikel aus jener Gegend enthalten, so werden Sie finden, daß dort die Bahnfrage nicht zur Ruhe kommt. Jeden Augenblick werden Versammlungen von Gemeinden abgehalten und Petitionen wegen neuer Bahnen angeregt. Auch im Bezirk Bonndorf hat man eigentlich nur an der Peripherie Bahnen. Es sind zwar einige Orte nunmehr durch die Bahn von Neustadt nach Bonndorf begünstigt, aber das große übrige Gebiet ist bahnhoflos; daher sind auch im Bonndorfer Teil die Bahnwünsche sehr rege. Dort sind verschiedene Bahnprojekte schon in Erörterung, so zum Beispiel durch das Schlicht- und wieder das Mettmatal usw. Dem Herrn Minister des Innern sind diese Bahnwünsche jedenfalls nicht unbekannt, und wie ich schon im letzten Landtage den Herrn Minister des Innern gegen den Herrn Minister der Finanzen und gegen den Herrn Eisenbahnminister angerufen habe, so will ich das in diesem Landtage auch wieder im Interesse des Bonndorfer Gebietes und des Klettgaues tun. Wenn der Herr Minister des Innern, der ein so warmes Herz für die Landwirte hat, der allen Wünschen, die er kennt, entgegenkommt, sich auch diese Wünsche der Gegend da oben zu eigen machen und seinen Einfluß bei den übrigen Ministerien zwecks Realisierung geltend machen würde, so wird er sich damit, wenn seine Bemühungen von Erfolg begleitet sind, ein bleibendes Denkmal bei der Bevölkerung setzen.

Dann komme ich zum Genossenschaftswesen. Ich habe bei anderen Gelegenheiten schon darauf hingewiesen, daß man die Leute besser mit den Bestimmungen über das Genossenschaftswesen selbst, mit dem Rechnungswesen, mit der Buchführung usw. vertraut machen und sie darin ausbilden soll. Ich glaube bei dieser Gelegenheit nur darauf abheben zu sollen, daß vielfach bei Neuzründungen von Genossenschaften, von Kredit- und Darlehensgenossenschaften z. B., die Leute, die an die Spitze dieser Genossenschaften berufen werden, zwar den besten Willen haben — es sind tüchtige, brave, gewissenhafte Leute —, allein vielfach durch ihr Kentchen späterhin ganz oder teilweise ihr Vermögen einbüßen, wir sehen oft, daß die gegründeten Genossenschaften nicht blühen, daß sie wieder eingehen und daß alle Beteiligten zu großem Schaden kommen. Das läßt sich aber vermeiden, wenn man die Herren, die diese Genossenschaften zu leiten haben, ausbildet, wenn man ihnen durch die Abhaltung von Kursen Gelegenheit gibt, sich in kürzerer Zeit mit Buchführung und Genossenschaftswesen vertraut zu machen, falls sie das nicht auf der landwirtschaftlichen Winterchule gelernt haben. Das Genossenschaftswesen ist ja von einer hervorragenden materiellen und immate-

riellen Bedeutung. Auch der ethische Gewinn des Genossenschaftswesens ist ein großer, das Genossenschaftswesen hebt den Gemeinfinn wie das Standesbewußtsein, fördert das Interesse auch für andere Berufsgenossen, zwingt zur Selbsthilfe und zur Selbstzucht. Diese ethischen Gewinne sind aber von ebenso großer Bedeutung wie der materielle Gewinn.

Das Gebiet der genossenschaftlichen Viehverwertung ist in diesem Landtage noch nicht hervorgehoben worden. Die Landwirtschaftskammer ist zwar darauf zu sprechen gekommen, es hat aber gerade diese Frage in der Landwirtschaftskammer zu meinem Erstaunen doch nicht die Beachtung und die Verächtlichmachung gefunden, die sie nach meiner Meinung hätte finden sollen. In Preußen, in Bayern hat man Viehverwertungsgenossenschaften mit gutem Erfolge eingeführt. In Berlin hat in den Tagen vom 29. Oktober bis 2. November des Jahres 1907 auf Veranlassung der Zentralfstelle der preussischen Landwirtschaftskammern und des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften ein Instruktionskurs über Viehverwertungsgenossenschaften mit gutem Erfolge stattgefunden. Natürlich haben die Zwischenhändler, die Viehkommissionäre keine Freude an diesen Bestrebungen. Der ungeheure Gewinn, der von ihnen jetzt eingestekt wird, wird wegfallen, wenn diese Genossenschaften direkt mit dem Produzenten, mit den Metzgeren, den Schlachthäusern in den Städten und dergleichen verkehren. Es ließe sich durch Ausschaltung des so sehr verteuerten Zwischenhandels und in Anbetracht dessen, daß heute noch die Gebühren bei den Zentralschlachthäusern usw. zu hoch sind, für die Landwirtschaft noch sehr viel Gutes erreichen. Die Städte bauen ihre Schlachthäuser viel zu teuer, und das muß eben wieder in Form der Gebühren usw. hereingebracht werden; wenn man einfacher hantelt, so würde das den Interessen des platten Landes viel mehr entsprechen.

Es hat Herr Dr. Decht in seinem Buche „Die Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes“ — Herr Buchenberger ist mit ihm in dieser Richtung einig — unter anderem betont, daß es im Interesse unserer Landwirte sei, wenn das Gebiet der Lebensversicherung mehr gepflegt würde, und wenn die Landwirte sich dadurch für viele Fälle sichern würden und bei den Uebergaben sich selbst, wie ihren Kindern und ihren Verpflichtungen gerecht werden könnten. Ich habe schon im letzten Landtage darüber gesprochen, und ich komme heute darauf zurück, weil ich der Ansicht bin, daß sich gerade dadurch, daß dem Landwirt die Notwendigkeit oder doch der Nutzen der Lebensversicherung mehr und mehr verständlich gemacht wird, sehr viel zu seiner Wohlfahrt erreichen läßt. Allerdings läßt sich durch kleine Landwirte eine Lebensversicherung meistens nicht gut bestreiten, weil die Beiträge vielfach zu hoch sind, aber es läßt sich für sie etwas ähnliches im Effekt erreichen, wenn sie sich freiwillig der Invalidenversicherung anschließen. Man sollte in dieser Beziehung bei allen Gelegenheiten, bei landwirtschaftlichen Versammlungen usw. belehrend hinweisen.

Eines der kleinen Mittel, die für die Landwirtschaft in Betracht kommen, ist die Geflügelzucht. Ich will Sie mit der Geflügelzucht nicht des längeren aufhalten. Wenn ich davon spreche, so bin ich dazu veranlaßt durch die Ausführungen meines Fraktionsfreundes Geppert über den Obstbau. Herr Geppert hat bezüglich des Obstbaus gesagt, daß etwa 30 Millionen in das Ausland gehen, um das Obst für das Inland zu beschaffen. Das ist gewiß eine sehr große Summe, aber auf dem Gebiete der Geflügelzucht handelt es sich um eine noch viel größere. Es sind beispielsweise im Jahre 1905 bezogen worden vom Ausland 2 Milliarden Stück Eier, und das, was gleich-

zeitig für Eier, Hühner, Geflügel usw. in das Ausland hinausgegangen ist, berechnet man zu der enormen Summe von 202 291 000 M. (Abg. Kolb: hört, hört!). Für Gänse wurden 27 1/2 Millionen, für lebende Hühner 13 1/2 Millionen, für anderes Federvieh 3 3/4 Millionen, für totes Federvieh 8 3/4 Millionen, für Eier 121 1/2 Millionen, für rohe Federn 24 1/2 Millionen und für zugerichtete Federn 3 Millionen an das Ausland bezahlt. Wenn man solche Zahlen hört und sich solche enorme Summen vorstellt, die größtenteils im Inland bleiben könnten, wenn man nur wollte, da hat man allen Anlaß, daß alle Mittel in Bewegung gesetzt werden, um dieses Geld nach Möglichkeit dem Inland zu erhalten. Als unsere Staatsregierung einsetzte, um die Landwirtschaft auf dem Gebiet der Viehzucht zu heben, da hatte sie anfangs auch mit allen möglichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Tätigkeit der Regierung und ihrer Beamten, der Selbsthilfe, der Aufklärung der Landwirte usw. ist es gelungen, daß wir heute auf dem Gebiete der Viehzucht so hoch stehen. Was der Regierung auf jenem Gebiete möglich war, wird ihr zweifellos auch auf dem Gebiete der Geflügelzucht möglich sein. Es wird namentlich in das Tätigkeitsgebiet unserer Frauen auf dem Lande fallen, hier einzusetzen. Wenn man die Frau für eine größere, rationelle, gute Geflügelzucht gewinnt, wird es möglich sein, ihr ein weites Arbeitsfeld, auf dem bei Fleiß und einigen Kenntnissen viel zu leisten und zu erreichen ist, zu eröffnen und unseren Landwirten ein sehr schönes Stück Geld zuzuführen, das sie so notwendig brauchen können.

Wenn ich von dem Obstbau spreche, so muß ich es tun, weil gerade der Klettgau auch ein Obstbaugbiet ersten Ranges ist. Ich habe es mit Freuden begrüßt, daß der Herr Minister des Innern in Erwägung zog, ob nicht der Obstbaulehrer von Mosbach nach Heberlingen, in den Seekreis versetzt werden soll. Ich möchte Mosbach keineswegs um den Obstbaulehrer, der ihm zugeordnet war, bringen; ich möchte aber auch wünschen, daß für den Seekreis und besonders für den Klettgau der Obstbaulehrer noch in diesem Budget kommt. Der Obstbau im Klettgau steht an allererster Stelle, er wird mit Liebe betrieben, und der Obstbauverein da oben gibt sich alle Mühe, auch die Kreisverwaltung tut ihr mögliches. So hat diese für das Jahr 1907 3650 M. zur Förderung und Hebung des Obstbaues wieder ausgeschrieben. Wie sehr der Obstbau von Vorteil sein kann, möchte ich dem hohen Hause an einem einzigen Beispiel zeigen. In der Gemarkung Jetteken wird u. a. ein Apfel gezogen, der reithin bekannt ist und der gerne gekauft wird. Es ist eine Winter-Rambourforte. Im letzten Herbst wurde von einem einzigen 30jährigen Baum der Betrag von 60 M. erzielt. Wenn man von einem Apfelbaum ein derartiges Erträgnis in einem einzigen Jahre erzielt, fällt einem unwillkürlich das Wort ein: „Auf jeden leeren Raum pflanzt einen Baum, und pflege ihn, er bringt Dir's ein!“ Er bringt es ein, und wenn auch nicht alle Bäume 60 M. bringen, wenn sie nur 20 und 30 M. zu guter Obhut tragen, haben sie sich genug rentiert.

Auch der Weinbau hat Bedeutung im Klettgau. Ich werde Sie über den Weinbau nicht lange zu unterhalten suchen. Ich komme nur darauf, weil mir auch Klagen zugegangen sind, daß im Klettgau der Wein eben auch nicht verkauft werden kann. Es wird der Gr. Regierung wohl bekannt sein, daß der Weinbau im Klettgau immer mehr abnimmt. Das hängt aber mit der Unverkäuflichkeit des Weines zusammen, und diese Unverkäuflichkeit zum Teil wieder damit, daß der Klettgau an der Grenze liegt, teils Ausschlußgebiet ist, und namentlich damit, daß ihm die Bahn fehlt, um den Wein an den Abnehmer zu bringen. Als Vertreter

eines zum Teil weinbauenden Bezirks muß ich alles unterstützen, was vorgetragen worden ist zum Schutze des realen Weinbaues und zum Schutze des realen Weines überhaupt. Herr Graf von Spee hat im preussischen Landtage vor kurzem erzählt, daß es in der Pfalz jetzt doch allmählich mit dem Wein besser werde, und hat unter Heiterkeit des Hauses namentlich betont, daß in der Pfalz ein einziger Weinkontrollleur in einem einzigen Jahre nicht weniger als eine halbe Million Liter „Wein“ zum Auslaufen gebracht habe. Wenn die Weinkontrollleure in Baden einmal ähnliche Zahlen aufzuweisen haben, dann wird der badische Weinbau mehr blühen, als es jetzt der Fall ist.

Man gibt für Wasserleitungen, für Wegbauten usw. große Summen aus. Man sollte meines Erachtens ähnliche Summen auch ausgeben, wenn die Gemeinden, teils die einzelnen für sich allein, teils mehrere zusammen im Wege genossenschaftlichen Zusammenschlusses, sich für elektrische Anlagen entscheiden. Ich kann in der Bewertung der Wichtigkeit keinen Unterschied darin finden, ob eine Gemeinde Wasserbauten errichtet, sich eine Wasserleitung einrichtet, sich bessere Wegverbindungen schafft, oder ob sie sich ein elektrisches Werk verschafft. Das elektrische Werk gibt Licht und Kraft, und wir sehen, daß gerade die elektrische Kraft für die Landwirte von ganz hervorragender Bedeutung ist. Wenn Gemeinden auf genossenschaftlichem Weg sich diese Kraft zu verschaffen suchen, dann sollte die Regierung nicht hart sein, wenn Wünsche um Unterstützung an sie herangebracht werden, und sie soll sogar derartige Bestrebungen anregen und fördern. Sie kann sie fördern nicht bloß dadurch, daß sie gelbliche Zuwendungen macht, sie kann sie namentlich auch dadurch fördern, daß sie derartige Projekte ausarbeiten läßt, daß sie bei dem Auftreten solcher Projekte mit ihren Sachverständigen, ihren Inspektionen und dergl. fördernd den Gemeinden und genossenschaftlich vereinigten Gemeinden zur Seite steht. Württemberg ist bahnbrechend in dieser Frage voran gegangen. In Württemberg hat man elektrische Zentralen nicht bloß für einzelne Orte sondern auch für eine größere Zahl von ländlichen Gemeinden schon in reicher Zahl ins Leben gerufen. In Calw, in Herrenberg, auf der Rauhen Alb, bei Horb, Sulz, zu Kiebingen bei Rottenburg usw. sind derartige elektrische Zentralen teils schon entstanden, teils im Entstehen begriffen, und es haben 8, 10, 12 und noch mehr Gemeinden denselben sich angeschlossen. Was in Württemberg gut ist, muß in Baden auch nützlich sein, und gerade die ländlichen Gemeinden haben das größte Interesse daran. Denn außer der Beleuchtung der Wirtschaftsräume können sie die elektrische Kraft benützen zum Betrieb kleiner Motoren, der Dresch- und Häckselmaschinen, der Schleifsteine, der Buttermaschinen usw. Wo derartige Maschinen vorhanden sind und statt mit der Hand oder mit Vieh mit elektrischer Kraft betrieben werden können, wird man der Leutenot auch auf diesem Wege einen starken Abbruch tun können. Die Gemeinde Ewatingen meines Wahlbezirks hat ein derartiges elektrisches Werk errichtet und bei Fäßen ist von den Gemeinden Fäßen, Blumberg und 6 anderen umliegenden Gemeinden ein derartiges Werk eben projektiert. Ich möchte gerade bezüglich dieser letztgenannten Gemeinden Fäßen, Blumberg usw. die Regierung bitten, der Sache wohlwollend ihr Augenmerk zuzuwenden.

In der letzten Zeit wurde viel davon gesprochen, daß der Chilisalpeter immer teurer werde und daß die Lager in Chile schließlich nichts mehr liefern werden. Nun hat man am Niagarafall und in Norwegen Mittel gefunden, um mit Hilfe der vorhandenen Wasserkraft den Salpeter aus der Luft durch Elektr-

zität zu gewinnen. Auch in Deutschland ist man auf diesem Gebiete daran, den nötigen Gewinn von den vorhandenen Wasserkräften zu ziehen. Besonders die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen will an dem bayerischen Chiemsee bezw. dessen Abfluß, der Alz, ein Werk errichten, um Salpeter aus der Luft zu gewinnen. Wir haben in dem Rhein, der Murg, wir haben in unseren Schwarzwaldbächen und Flüssen sehr viel Wasserkraft, die in elektrische Kraft umgekehrt werden könnte. Die Badische Anilin- und Sodafabrik läßt vielleicht, wenn die Regierung sich mit ihr in freundschaftliche Beziehungen setzt, dem badischen Lande zuteil werden, was Bayern bekommen soll. Die nötige Wasserkraft wäre im Schwarzwald oben ganz sicher hierfür vorhanden, und wenn wir eine derartige Stätte, an der der Salpeter aus der Luft gewonnen wird, in Baden haben, brauchen wir den Salpeter nicht von Bayern und nicht von Amerika zu beziehen. Ich glaube, diese Frage auch auf dem Landtag einmal anregend zur Sprache bringen zu sollen.

Ich habe schon die Leutenot erwähnt und habe davon gesprochen, daß man der Leutenot durch Maschinen, durch elektrische Kraft usw. teilweise abhelfen könnte. Man hat ja manche kleine Mittel, um der Leutenot etwas abzuwehren. Es ist in der Landwirtschaftskammer schon von diesen Mitteln gesprochen worden, es sind auch bezügliche Anregungen an das Hohe Haus durch Eingaben gekommen. Diese kleinen Mittel sind einmal die, daß man den Turnunterricht auf dem Lande wegfällen läßt. Auch ich möchte das befürworten, was der Herr Kollege Neß über den Turnunterricht und dessen absolute Entbehrlichkeit für Kinder auf dem Lande ausgesprochen hat. Auch davon, daß man den Hirtenhuben die Schulzeit günstiger legen solle, ist in der Landwirtschaftskammer die Rede gewesen. Ich möchte das gleichfalls unterstützen. Ich glaube auch, man könnte speziell auf dem Lande, ohne daß dadurch dem Unterrichtsplane und dem Unterrichtszweck im Endeffekt geschadet würde, der Landwirtschaft dadurch entgegenkommen, daß man die Unterrichtsstunden im Winter vermehren würde, während man im Sommer mehr freigäbe. Im Sommer könnte man ganz gut, besonders Nachmittags, viel mehr frei halten, als es jetzt der Fall ist, besonders soweit keine Ferien zur Zeit der Ernte und zur Zeit der Saat bestehen. Wenn man so verfahren würde, hätte man ein gutes Mittel, um den Eltern die stärkeren und in den letzten Klassen befindlichen Kinder zur Verfügung zu stellen, wenn die dringende Arbeit in der Landwirtschaft zu schaffen ist.

Man hat davon gesprochen, ob nicht durch Verhäufung der Gesetze bezüglich des Kontraktbruchs unseren Landwirten geholfen werden könnte gegenüber den Arbeitern, welche davonlaufen (und sie laufen regelmäßig in der dringenden Zeit weg). Ich glaube, bei aller Arbeiterfreundlichkeit dürfte man doch das sehr wohl in Erwägung ziehen, ob man nicht gegenüber den Arbeitern, die grundlos und böswillig in den dringenden Arbeitszeiten einfach davonlaufen ähnliche Bestimmungen einführen soll, wie sie Bayern und Preußen haben: Zurückführung auf polizeilichem Wege, evtl. auch Bestrafung für Arbeitsflucht. Der tüchtige, brave, fleißige Arbeiter wird ja durch derartige gesetzliche Bestimmungen nicht betroffen.

Man hat von den Weiden gesprochen. Ich möchte unterstützen, daß jede Viehzucht treibende Gemeinde eine Weide bekommt. Ein gutes Mittel, um jeder Gemeinde den Besitz und das Betreiben einer Viehweide zu ermöglichen, läge darin, daß man den Gemeinden ein Verkaufsaufsrecht einräumte, wenn in ihren Gemarkungen Güter und Grundstücke frei werden. Ich habe im letzten Landtag das schon angeregt. Man sieht, wenn

man die Zeitungen im Oberlande verfolgt, fast täglich, daß irgend ein Israelit oder Nichtisraelit ausschreibt, daß er das und jenes Gut erworben habe und unter der Hand oder im ganzen wieder verkaufen wolle. Es kommen dadurch ganz bedeutende Summen aus der Gemeinde hinaus. Das Gut wird billig erstanden, es wird etwas gewartet, und dann werden die Acker einzeln losgeschlagen, sobald sich eine günstige Gelegenheit bietet. Dieses Geld, das aus solcher Gutszertrümmerung in fremde Hände aus der Gemeinde hinausgeht, könnte der Gemeinde recht wohl erhalten werden, wenn man Mittel und Wege hätte, um bei derartigen Güterverkäufen der Gemeinden ein gewisses Vorkaufsrecht zu geben. Die Gemeinde wäre dann namentlich auch in der Lage, aus diesen Gütern ein geeignetes Areal für Weidebetrieb einzurichten; sie wäre in der Lage, den Aemendnutzen zu vergrößern, und wenn der Aemendnutzen größer ist, wird mancher (das ist nachgewiesen) weniger leicht aus dem Heimatort fort und in die Stadt ziehen.

Die Frage, wie der Güterzertrümmerung und Güterzersplitterung entgegengekehrt werden soll, ist nicht bloß bei uns, sondern auch in Bayern, in Württemberg und in Preußen brennend. In Württemberg hat man Ende 1907 regierungsseitig durch die Oberämter Erhebungen über die Güterzersplitterung machen lassen. Ebenfalls hat sich im Mai 1907 in Almdorf eine auf freiwilligem genossenschaftlichem Wege zusammengesetzte Vereinigung gebildet, die ihre Vertrauensmänner in den einzelnen Gemeinden hat, welche ihr sofort mitteilen müssen, wenn ein solches Gut freigelegt wird; dadurch wird dahin gesorgt, daß geeignete Erwerber für ein ganzes Gut oder die einzelnen Grundstücke beschafft werden, und daß der Gewinn, den der Gutsbesitzer, der gelegentliche oder der erwerbsmäßige, einstreicht, in der Gemeinde selbst bleibt. In Fulda hat im laufenden Jahre eine Versammlung stattgefunden, die von Vertretern der Raiffeisengenossenschaften besucht war. Hier wurde gleichfalls eine derartige Vereinigung gebildet.

Die landwirtschaftliche Verschuldung ist das Hauptübel der Landwirtschaft. Um diesem abzuwehren, genügen meines Erachtens die vorhandenen Sparkassen, der Vertrag mit der Rheinischen Hypothekenbank und die einzelnen Genossenschaften in den einzelnen Gemeinden nicht. Es hat mich gefreut, daß der Herr Minister für absehbare Zeit weitere Maßnahmen in Aussicht gestellt hat. Ich finde es für nötig, daß wir in der Landeshypothekenbank schaffen, ähnlich wie in Hessen bereits hat, wo sie mit gutem Erfolge funktioniert. Ich verweise nur auf die Monographie von Prof. Martin Birmer in Gießen vom Jahre 1905, die sich des näheren damit befaßt. In dieser Broschüre ist auch niedergelegt, daß die Sparkassen höchstens bis drei Viertel ihres Bestandes in Hypotheken usw. anlegen können. Es ist nachgewiesen, daß die Sparkassen den niedrigsten Zinssatz unmöglich geben können, daß sie im Gegenteil bestrafen sein müssen, um Ueberschüsse für die Gemeinden, die Beteiligten usw. zu schaffen, mit möglichst großem Gewinn zu arbeiten und einen erhöhten Zinssatz zu nehmen. Solcher wirklich durchgreifende Abhilfe der Verschuldung geschaffen werden, so wird nichts anderes übrig bleiben, als wie gesagt Landeskulturrentenanstalten oder Landeshypothekenbanken, wie man sie in Hessen hat, auch bei uns zu schaffen, die dann auf die einzelnen Grundstücke und Anwesen Hypotheken geben, die unkündbar und amortisierbar sind und einen Zinssatz gestatten, der dem schwankenden Zinssatz an den Banken, der Welt usw. unabhängig ist.

Die Mobilien- und Hagelversicherung wird ja in besonderen Anträgen in diesem hohen Hause

behandelt werden. Ich will deswegen nur darauf abheben, daß meines Erachtens die Mobiliarversicherung am besten geregelt werden wird, wenn man sie verstaatlicht. Wir haben die staatliche Gebäudeversicherung, warum soll man nicht auch die Versicherung des Mobiliars daran anschließen? Millionen zahlen wir an die Privatversicherungsgesellschaften; das Geld können wir auch in Baden brauchen. Die Abfindung der einzelnen Privatgesellschaften wird ja im Anfange Geld kosten. Allein dieses Geld läßt sich auf dem Wege der Anleihe beibringen, und es wird später sich sehr gut rentieren und dem Staate eine ganz bedeutende Einnahmequelle erschließen.

Bei der Hagelversicherung neige auch ich mich mehr der Ansicht zu, daß nicht die jetzige Art die richtige ist, sondern daß man nach dem Vorgange anderer Länder auch in Baden eine selbständige derartige Versicherung für unsere Landwirte einführen sollte.

Bei der Viehverversicherung ist mir geklagt worden, daß die Verwaltungskosten zu hoch seien, daß die Abschätzung vielfach eine willkürliche sei; es wird auch gewünscht, daß die Auszahlung rascher erfolgen solle. Ich möchte auch diese Wünsche hier vorbringen; des näheren nachprüfen konnte ich sie nicht, ich bin da auf meine Informationen angewiesen. Ich glaube, die Regierung wird in der Lage sein, hier, wenn diese Klagen und Wünsche zutreffen, die nötigen Vorkehrungen zu treffen.

Auch bezüglich der landwirtschaftlichen Unfallversicherung ist mir die Klage gekommen, daß die Beiträge allmählich unerschwinglich werden; es wird an der Zeit sein, daß hier im Wege der Gesetzgebung Abhilfe getroffen wird. Die Mittel, wie man das im näheren jetzt schon machen könnte (z. B. indem man mehr Klassen einführt usw.), hat mein Freund Morgenthaler schon vorgetragen; ich kann mich deshalb darauf berufen.

Bezüglich der Prämierung hat der Herr Regierungsvertreter erklärt, daß er ein Freund des jetzigen Modus sei, und daß man das bestehende Verfahren nicht ändern solle. Ich möchte nun den Herrn Regierungsvertreter nur kurz darauf hinweisen, daß in der „Straßburger Post“ ein Artikel erschienen ist, der dann in badische Amtsverköndiger und andere Blätter überging und dort mit Beifall aufgenommen wurde (auch der Herr Kollege Nies hat davon gesprochen), ein Artikel, welcher darauf hinausging, daß das bestehende Prämierungsverfahren geändert werden solle. Da wohl die „Straßburger Post“ im Ministerium auch gelesen wird, werde ich mir das Nähere über den Inhalt schenken können.

Die Einführung einer Saatzuchtstation begrüße ich im Interesse meines Bezirks, und speziell im Interesse von Rothaus, weil jetzt zu hoffen ist, daß in diesem Bezirke dann eine einheitliche Gerste im vermehrten Umfange gebaut werden kann, und daß mit dem verbesserten Gerstenbau dem Bezirke in vermehrtem Maße Einnahmequellen erschlossen werden.

Es wird ein Gesetz über die Wertzuwachssteuer kommen. Ich kenne den Inhalt noch nicht. Ich möchte nur das eine jetzt schon dazu sagen: In diesem Gesetze sollte man nicht, wie bei der Warenhaussteuer, das Erträgnis dieser Wertzuwachssteuer nur den Städten zukommen lassen; sondern das Gesetz sollte so gestaltet werden, daß auch der Staatskasse ein Teil des Erträgnisses zufließt. Das müssen wir wünschen im Interesse des platten Landes, denn dieses hat wirklich ein großes Interesse daran.

Ich komme zum Schluß. Der Herr Kollege Kolb hat in seiner letzten Rede darauf abgehoben, daß die Sozial-

einem Uebergangsstadium redet: „Der Weg über die Demokratie so überaus bauernfreundlich sei, und daß, wenn sie auch kein Agrarprogramm habe, sie doch immer das tue und tun werde, was zum Wohle der Landwirtschaft nötig sei. Nun, es ist ja recht erfreulich, daß der Herr Kollege Kolb für die Landwirtschaft so viel gute Wünsche und ein so warmes Herz gezeigt hat. Was der Herr Kollege Kolb uns vorgetragen hat, ist auch der Standpunkt, der von Eduard David niedergelegt ist in drei Büchern: „Sozialismus und Landwirtschaft“, „Selbsthilfe der Landwirtschaft“ und „Ueberwindung der Getreidebrotkrise“. Das wäre nun ganz schön, allein dieser Standpunkt ist eben nicht der in der Sozialdemokratie herrschende. Ein Mann, der der Sozialdemokratie ganz sicher nicht abgeneigt ist, Dr. Heinrich Pudor nämlich, schreibt Seite 41 seines Werkes „Fideikommissbesitz in Deutschland versus Landarbeiterheimstätten in Dänemark“: „Soll es aber zu einer großen liberalen Partei in Deutschland kommen, so ist eine Angliederung der Sozialdemokratie an die bestehenden liberalen Parteien eine notwendige Voraussetzung hierzu.“ Und auf Seite 45 desselben Werkes schreibt er: „Man kann ermaßen, wie schwer es der Sozialdemokratie gefallen sein muß, ein solches Landprogramm aufzustellen, das mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie im schärfsten Widerspruch steht, weil es das bäuerliche Eigentum schützen will, anstatt dem gemeinsamen Eigentum die Wege zu bereiten. David hilft sich hierbei, indem er von Produzentengenossenschaft ist kein Umweg, sondern als der praktisch allein gangbare auch der kürzeste Weg; die Produzentengenossenschaft ist als Kompromißform zwischen dem individualistischen und assoziativen Wirtschaftsprinzip am besten geeignet, das produktiv genossenschaftliche Ideal vorzubereiten.“ Seinen Genossen glaubhaft macht er die Abwendung vom Marxischen Agrarprogramm, indem er wiederholt betont, daß die Hauptmittel der Landwirtschaft, das mechanisch-technische und das chemisch-wissenschaftliche Prinzip dem Kleinbetrieb viel eher zugänglich seien als dem Großbetrieb.“ Nun hat sich aber gegenüber diesem Standpunkte des Dr. David die führende sozialdemokratische Presse außerordentlich ablehnend verhalten, und die Nummer 22 der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ vom 28. Januar 1903 schreibt in bezug auf das Davidische Werk: „Er nimmt natürlich in der Agrarfrage einen von der in unseren Kreisen herrschenden Anschauung abweichenden Standpunkt ein.“

Damit ist also der Beweis erbracht, daß der Standpunkt, den der Herr Kollege Kolb präzisiert hat, sich zwar deckt mit dem Standpunkt dieses sozialistischen Schriftstellers Dr. Eduard David, daß er aber nicht der in der sozialdemokratischen Partei herrschende ist. Und daß er nicht der herrschende ist, das ergibt sich auch aus Friedrich Engels Buch: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ in seiner neuen (fünften) Auflage. Engels schreibt hier auf Seite 68: „Wie die mechanische Spinnerei und Weberei das Spinnrad und den Handwebstuhl, so müssen diese neuen landwirtschaftlichen Produktionsmethoden die ländliche Parzellenwirtschaft rettungslos vernichten und durch das große Grundeigentum ersetzen, falls — ihnen dazu die nötige Zeit vergönnt wird.“ Und weiter schreibt er: „Ackerbau in Europa bleibt möglich nur, wenn er gesellschaftlich betrieben wird und für Rechnung der Gesellschaft.“ Damit ist aber durch dieses neu aufgelegte Buch, zu dem Karl Kautsky im Jahre 1907 die Vorrede geschrieben hat, erwiesen, daß die maßgebende Sozialdemokratie in ihrer herrschenden Richtung eben eine Erhaltung des bäuerlichen Klein- und Mittelgrundbesitzes durchaus nicht erstrebt, sondern daß sie auf dem gegen-

teiligen Standpunkt steht, und es hat auch Kautsky am Schlusse dieser erwähnten Vorrede sich dahin ausgesprochen: „Noch ist nicht abzusehen, welche Formen die revolutionären Kämpfe annehmen werden, die diesen wachsenden Gegensätzen entspringen. Aber die Grundsätze, welche in diesen Kämpfen und durch sie ihre sieghafte Kraft bewahren werden, das werden keine anderen sein als die des vielgeschmähten Marxistischen „Dogmatismus“, die Engels in der vorliegenden Schrift in so klassischer Weise auseinandergesetzt hat.“ Also Kautsky — er, der den Standpunkt des Erfurter Programmes bezüglich der kleineren und mittleren Landwirte revidiert hat — kommt hier selbst wieder darauf, daß eine revolutionäre Entwicklung notwendig sei, und daß dabei der vielgeschmähte Marxistische Dogmatismus, für den ein Eingehen der kleinen Landwirte eine Notwendigkeit ist, eben wieder zum Recht kommen werde.

Damit ist aber etwas ausgedrückt, was sich mit dem, was der Herr Kollege Kolb vorgetragen hat, in keiner Weise vereinbaren läßt. Es zeugt auch gar nicht von besonderer Bauernfreundlichkeit, wenn die „Mannheimer Volksstimme“ (in ihrer Nr. 118 vom Jahre 1907) in einem Gedichte von der „Böbelbrut der Bauern“ spricht (Unruhe, Bewegung bei den Sozialdemokraten); und besondere Bauernfreundlichkeit scheint es mir auch nicht zu sein, wenn der Herr Kollege Kolb davon gesprochen hat, daß die Bauern in Bayern drüben in der einen Hand den Rosenkranz, in der anderen den Dolch hielten; bauernfreundlich ist auch das nicht, was von Wittprozeffionen usw. gesagt worden ist. Wenn man wirklich bauernfreundlich ist, dann schont man die Gefühle der Mehrheit der Bauern, die doch auf einem gut religiösen Standpunkte stehen und dieses religiöse Gefühl in diesen Prozeffionen eben auch zum Ausdruck bringen. Aber dieses religiöse Gefühl im Bauernstande wird verletzt, es wird geschädigt, und damit wird das Gegenteil von Bauernfreundlichkeit gezeigt (Beifall im Zentrum).

Abg. Säuger (natl.): Wenn kürzlich der Hoffnung Ausdruck gegeben worden ist, daß die Debatte jetzt wohl nicht mehr eine allzu lange sein werde, da die „längsten“ Redner ja schon gesprochen hätten, und wenn sich dabei schon mein Freund Pfeffler nicht hat beruhigen können, so werden Sie von mir gewiß nicht verlangen, daß ich mich noch kürzer fasse, abgesehen davon, daß diese Debatte unseren hauptsächlichsten Interessentkreis berührt. Sind es doch auch noch andere Gründe, die die ländlichen Vertreter alle dazu zwingen, hier in der Landwirtschaftsdebatte zu reden, und nicht nur zu reden sondern auch ziemlich ausgiebig zu reden. Soll es doch einem bayerischen Abgeordneten vor nicht allzu langer Zeit passiert sein, daß im Wahlkampfe eine dicke Broschüre verteilt wurde, auf der vorn stand: „Sämtliche Reden des Herrn Abg. N. N. in Landtage“, und innen waren lauter weiße, leere Blätter. Vor einem ähnlichen Schicksal wird sich wohl jeder Abgeordnete bewahren wollen. Es würde sich vielleicht doch empfehlen, daß wir von dem alten deutschen, etwas derben Sprichwort: „Tritt fest auf! Mach's Maul auf! Hör bald auf!“, nicht nur die zwei ersten Drittel, sondern auch den letzten Satz etwas mehr beherzigen!

Ich gebe gern zu, daß es der Landwirtschaft heute besser geht als in früheren Jahren, wenigstens was die Preisbildung der Produkte betrifft. Andere Nöten hat sie aber noch genug. Speziell die Arbeiternot ist ja in den letzten Tagen hier zur Genüge besprochen worden. Kein Mensch wird auch bestreiten, daß die Landwirtschaft etwas besser rentiert. Aber die Rentabilität der Landwirtschaft läßt sich im Durchschnitt auch heute im ent-

ferntesten noch nicht mit der Rentabilität der Industrie vergleichen.

Bei der letzten Berufszählung am 22. Juni 1907 hat sich ergeben, daß wir in Baden 440 000 Haushaltungen hatten. Dafür wurden 263 500 land- und forstwirtschaftliche Karten und 131 000 gewerbliche ausgefüllt. Wir hätten demnach seit dem Jahre 1895, bei der letzten Betriebszählung, bei den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben eine Zunahme von 25 300 Karten, aber bei den gewerblichen Betriebsarten nur eine Zunahme von 130 Karten erfahren, bei den ersten eine Steigerung von 19%, bei den letzten fast gar keine Steigerung. Ich glaube nun, daß das nicht ohne weiteres richtig ist. Aber es wird die erfreuliche Tatsache dadurch konstatiert, daß, wer irgendwie kann, recht stolz auf die Zugehörigkeit zur Landwirtschaft ist und wenn es sich irgendwie machen läßt, sich derselben zuwendet. Hier im hohen Hause findet man sogar, daß die Herren als Freunde der Landwirtschaft aufstehen, die von der praktischen Landwirtschaft eigentlich nur wissen, daß das nützlichste aller Haustiere das Schaflein ist, das man in's Trockene gebracht hat (Heiterkeit).

Um noch einmal auf die Berufszählung zurückzukommen, möchte ich doch darauf hinweisen, daß der Zeitpunkt für diese Berufs- und Betriebszählungen recht ungünstig gewählt ist. Man sollte doch darauf hinwirken (es ist ja reichsgefeslich geregelt, aber die Großherzogtümer kann vielleicht in Zukunft wenigstens für ihren Teil darauf hinwirken), daß man diese Berufs- und Betriebszählungen ähnlich wie die Volkszählungen in den Dezember oder in den Januar verlegt; denn es ist bei diesen statistischen Zusammenstellungen so viele Kolumnen und Rubriken auszufüllen, daß man dem Landwirt, der im allgemeinen nicht gern mit der Feder umgeht, eine günstigere Zeit dazu bieten sollte.

Sehr wertvoll war mir die Äußerung des Herrn Kollegen Schüller, die dahin ging, daß unser Kollege Kies in wirtschaftlichen Fragen ganz auf dem gleichen Standpunkt steht wie sein Gegenkandidat, Herr Oswald. Ich dürfte vielleicht den Herrn Kollegen Schmidt-Bretten insbesondere bitten, sich diese Ansicht des Herrn Kollegen Schüller zu eigen zu machen. Es ist für mich nur unverständlich, warum man, da doch diese Tatsache jetzt fest gegeben worden ist, im Wahlkampf den badischen Landwirtschaftsinspektor, der zu allem Ueberflus noch „dem gleichen wirtschaftlichen Standpunkt“ steht wie sein Gegenkandidat, Herr Oswald, auf die Art und Weise wie geschehen, bekämpft hat.

Der Herr Kollege Kolb hat davon gesprochen, er würde den badischen Bauern vorgemacht, daß nur „ungeheuer“ Getreidezölle ihnen von Nutzen seien. Von ungeheuren Getreidezöllen kann aber keine Rede sein. Die Zölle, die wir gegenwärtig haben, kann man durch aus nicht ungeheuer nennen. Der Getreidebau in Baden speziell ist zwar nicht mehr so bedeutend, als vielleicht früher war. Es gibt aber auch jetzt noch in denen 100—150 Waggon Getreide in einem Jahr verkauft werden, wenn auch vielleicht nicht mehr dieser Sorte wie anno dazumal. Früher wurde mehr Weizen zum Verkauf gebracht und jetzt in manchen Gegenden in der Hauptsache nur Gerste; aber das Quantum ist doch nicht so gering.

Und dann möchte ich doch den Herrn Kollegen Kolb darauf aufmerksam machen, daß, wenn man dem Bauern sagt: Verlaß den unrentablen Getreidebau, gehe über zur Viehzucht, zur Milchwirtschaft, zum Handelsgewerbebau!, er, um alle diese Betriebe rentabel zu gestalten, auch hier des Zollschatzes bedarf. Gerade auch bei Gartenbau und der Gemüsebau usw., von denen der Herr

Kollege Red gesprochen hat, und die auch von dem Herrn Kollegen Kolb befürwortet wurden, haben einen Zollschutz sehr nötig.

Ähnlich ist es ja auch bei dem Viehzüchter. Dieser braucht nicht nur Schutz vor Seuchen sondern auch einen gewissen Zollschutz. Diesem Wunsche der deutschen Landwirte wurde ja bei der letzten Zollgesetzgebung auch Rechnung getragen. Es dürfen bekanntlich alle Tiere nicht zollfrei über die deutsche Grenze hereinpasseieren, mit Ausnahme der Esel. Das liefert ja für uns den erfreulichen Beweis, daß wir von der Sorte nicht allzuviel in Deutschland haben (Heiterkeit).

Der Herr Kollege Kolb hat dann auch gewünscht, daß man nicht nur große landwirtschaftliche Ausstellungen bei uns in Baden abhalten sollte sondern mehr Ausstellungen und kleinere Ausstellungen. Es ist vielleicht dem Herrn Kollegen Kolb nicht bekannt, daß wir diese Ausstellungen im Großherzogtum Baden schon seit sehr langen Jahren haben. Es war eine der ersten Taten des landwirtschaftlichen Vereins in Baden, daß er diese Gausausstellungen schon vor vielen Jahrzehnten ins Leben gerufen hat, und man würde sehr gern da und dort Gausausstellungen abhalten, wenn man die nötigen Geldmittel hätte.

Der Herr Kollege Kolb hat dann auch geglaubt, wir sollten noch mehr Kunstdünger zur Verwendung bringen. Ich glaube, er hat uns dabei sogar China als Musterbild vorgeführt. Ich kenne die Verhältnisse in China zu wenig, um da einen Vergleich ziehen zu können (Heiterkeit). Aber ich kann dem Herrn Kollegen Kolb doch versichern, daß die badischen Bauern in den letzten Jahren jährlich für viele Millionen Mark Kunstdünger verwenden. Es gibt eigentlich nur eine Statistik über die Bezüge der Vereine und Genossenschaften. Was durch Händler, durch einzelne Landwirte, größere Besitzer eingeführt wird, das entzieht sich der allgemeinen Kenntnis. Jedenfalls sind es viele Millionen Mark, die von unsern badischen Bauernstande alljährlich für die verschiedenen Kunstdüngerarten ausgegeben werden. Es geht in manchen Gegenden sogar die Befürchtung dahin, daß der Bauer zu viel Geld für Kunstdünger opfert. Ich stehe da auf einem gegenteiligen Standpunkt. Ich behaupte, nach meiner Kenntnis der Sachlage, daß noch nie ein Bauer an dem Uebermaß in der Verwendung von Kunstdünger zugrunde gegangen ist. Es ist nicht zum wenigsten durch diese intensive Verwendung von Kunstdünger der deutschen Landwirtschaft tatsächlich gelungen, im letzten Jahrzehnt oder in dem ganzen letzten Jahrhundert eine ganz ungeheure Steigerung der Produktivität herbeizuführen.

Im ganzen sind drei Ursachen daran schuld, daß die deutschen Landwirte viel mehr produzieren als früher, nämlich die Vermehrung des Ackerlandes, die Steigerung der Ernteerträge und dann in der Hauptsache die verbesserte Viehzucht. Die Ernteerträge wurden vom Jahre 1800 bis zum Jahre 1900 gesteigert bei Weizen von 10 auf 17 Doppelzentner pro ha, bei Roggen von 8 auf 14 Dzt., bei Gerste von 8 auf 16 Dzt., bei Hafer sogar von 5 auf 15 Dzt., d. h. bei Weizen um 10 Proz., bei Roggen um 64 Proz., bei Gerste um 100 Proz. und bei Hafer findet man sogar eine Steigerung von 169 Proz. Noch größere Zunahmen finden wir allerdings beim Ertrag der Viehzucht. Die Vermehrung der Kopfsahl ist hier eine ganz ungeheure; auch die Verbesserung der Rasse und die schnellere Schlachtreife bei unserem Rindvieh sind sehr zu bemerken.

Der Herr Kollege Kolb hat nun auch wieder Vergleiche gezogen zwischen Dänemark und unserem Lande.

In mancher Beziehung hat er da ja vollständig recht. Schon im Norden von Deutschland, in Schleswig-Holstein, dann in Dänemark und noch weiter in Schweden-Norwegen sind uns die Landwirte voraus in der Genossenschaftsbildung und speziell in der Milchwirtschaft. Wenn heute sich in Deutschland eine Molkereigenossenschaft bildet und die besten Maschinen haben will, bezieht sie dieselben aus Stockholm. Ich habe Gelegenheit gehabt, in Schleswig-Holstein mit solche Betriebe anzusehen; es wird ja noch lange dauern, bis unsere Betriebe auf gleicher Höhe angelangt sind. Aber die Vergleiche hinten doch in mancher Beziehung. Auch mit der englischen Landwirtschaft ist die deutsche verglichen worden. Abgesehen davon, daß England ein Inselland ist, von allen Seiten zu Wasser zugänglich, wollen wir doch nicht vergessen, daß in England beinahe 85 Proz. der Fläche, die dem Ackerbau dient, nur als Pachtland in Betracht kommt. Wir in Deutschland aber sind doch so glücklich, noch etwa 90 Proz. Bauern zu haben, die auf eigener Scholle sitzen, und wir wollen das Möglichste tun, um diesen Zustand zu erhalten.

Ich habe vorhin davon gesprochen, daß durch Verwendung von Kunstdünger eine starke Ertragssteigerung eingetreten ist. Ich glaube allerdings, daß es möglich ist, noch mehr aus dem Boden herauszuholen. Wie wünschenswert das wäre, zeigt sich nach einer Berechnung von Professor Wagner daraus, daß, wenn es gelingen würde, vom Hektar im Durchschnitt statt wie jetzt 18 Doppelzentner 20 Doppelzentner Getreide herauszuholen, das in ganz Deutschland 42 Millionen Doppelzentner ergeben würde oder ebenso viel, als jetzt ungefähr in Deutschland eingeführt werden muß.

Einer der wichtigsten Dünger und der kostspieligste von allen ist nun der Chilisalpeter. Nun hat einer der Herren Vorredner schon davon gesprochen, daß wir in den nächsten Jahren vielleicht in die Möglichkeit versetzt werden, Luftstickstoffdünger zu erhalten. Es sind in den letzten Jahren 450 000 Tonnen Chilisalpeter bei uns verwendet und mehr als 100 Millionen Mark dafür ausgegeben worden. Das ist eine sehr große Summe, es steht aber sogar zu befürchten, daß dieser Chilisalpeter, der bis jetzt nur in Chile aus der Erde gegraben wird, dort einmal zur Neige geht, und es ist jedenfalls Tatsache, daß er von Jahr zu Jahr teurer wird; letzteres hat sich in den letzten Jahren schon unangenehm bemerkbar gemacht. Nun hat man sich hauptsächlich in Norwegen, weil dort die Flüsse von den Bergen herniederströmen, also billige Kraft gewonnen werden kann, damit beschäftigt, Stickstoff aus Luft herzustellen. Ich habe mit einigen anderen Herren Gelegenheit gehabt, neulich der Sitzung des deutschen Landwirtschaftsrates in Berlin anzuwohnen. Einer der Herren Erfinder dieser Methode hat uns einen sehr instruktiven Vortrag gehalten und durch Lichtbilder gezeigt, wie dort zwei oder drei Ströme durch Dämme nach einem Werk geleitet werden und dort 40 000 Pferdekraft erzeugen. Welchem Interesse die Sache in Baden begegnet, das habe ich in den letzten Tagen festzustellen Gelegenheit gehabt, als ich von zwei Seiten von Landwirten um Rat gebeten worden bin, ob es nicht möglich wäre, daß die Landwirtschaft selbst, vielleicht durch genossenschaftliche Arbeit, derartige Werke errichten könnte. Der Ansicht bin ich nun nicht. Der deutsche Reichsgenossenschaftsverband hat vor wenigen Jahren ein Chilisalpeterwerk angekauft; aber die Beteiligung der Landwirte war so gering, daß die Aktien, die inzwischen allerdings sehr im Preise gestiegen sind, nach und nach beinahe alle wieder in den Handel gelangt sind. Die badische Landwirtschaft hat die Millionen nicht dazu, um sie so in Spekulationen anzulegen. Aber wir haben

doch sehr viele Wasserkräfte. Baden hat mit Bayern zusammen die Hälfte aller deutschen Wasserkräfte. Es wäre daher vielleicht doch möglich, daß wir in Baden in den nächsten Jahren ein derartiges Werk erstellen könnten.

Noch etwas anderes, was für die badische Landwirtschaft in der Zukunft von großem Nutzen sein könnte. Es gibt außer dem Chilisalpeter noch andere sehr nützliche Kunstdünger. Da ist besonders Kainit zu erwähnen, der auch eingeführt werden muß. Nun habe ich neulich gelesen, daß Bohrungen, die zum Zweck der Petroleumgewinnung im Elsaß vorgenommen worden sind, dazu geführt haben, daß man dort Kali- oder Salzlager gefunden habe, und die Fachmänner sind zu der Ansicht gelangt, daß nicht nur in Elsaß-Lothringen sondern auch in Baden es gelingen könne, Stellen zu finden, wo Kalisalz gewonnen werden kann. Es werden am Tuniberg und hier in der Nähe, bei Friedrichstal und Leopoldshafen, solche Lager vermutet. Ich möchte die Groß. Regierung bitten, wenn einmal Opfer zu Bohrungen von ihr gefordert werden sollten, dem Gesuch entgegen zu kommen.

Was den Antrag Neuwirth betrifft, so hat der Herr Kollege Wittemann behauptet, der Antrag sei zuerst in der badischen Landwirtschaftskammer und dann auch hier im badischen Landtag eingebracht worden. Da irrt sich der Herr Kollege Wittemann. Der Antrag Neuwirth u. Gen. wurde lange Wochen vorher hier in der Kammer eingebracht, ehe er bei der Landwirtschaftskammer einkam. Ich stehe selbstverständlich auf dem Boden des Antrags Neuwirth, ich habe ihn auch unterschrieben, obwohl wir in unserer Gegend wenig Veranlassung hätten, für jene Wünsche einzutreten. Wir in der Rheinebene haben nicht häufig die Freude, Soldaten bei uns einquartieren zu dürfen. Aber ich habe in anderen Gegenden schon Gelegenheit gehabt, zu sehen, daß, wenn ein Landwirt vier Wochen lang hintereinander Militär im Quartier hat, das für den Betrieb des Landwirtes und sein Haus nichts Angenehmes ist.

Was das Pferdeservis betrifft, so sind wir alle darin einig, daß es viel zu niedrig ist. Man sagt wohl, der Dragoner dürfe absolut nicht auf eine Vermehrung der Futterrationen auf künstliche Weise bedacht sein. Aber da machen es die Bauern wie ihre Frauen: Sie geben lieber das Heu selbst von der Tenne herunter, als daß sie den Schlüssel dazu hergeben, und wenn die Soldaten mit Magazinsverpflegung einquartiert sind, tocht die Frau im Interesse ihrer Schüsseln und Bratpfannen lieber selber.

Sehr überrascht hat mich im Budget die Summe für Anlage von Telephonen auf Augustenberg und Hochburg, aber nicht, weil ich diese nicht wünschte, sondern weil ich sehr erstaunt war, daß sie jetzt erst eingerichtet werden. Es freut mich aber, daß die Regierung endlich diese Forderung eingestellt hat, um dieses moderne Betriebsmittel, das auch der Landwirt, insbesondere auch die Anstalten Augustenberg und Hochburg, nicht mehr entbehren können, einzurichten.

Weil ich doch gerade von Augustenberg spreche, möchte ich der Groß. Regierung auch noch einige andere Wünsche unterbreiten. Die Untersuchung von Kunstdünger, Sämereien, Weinen usw. werden ja bereits reichlich vorgenommen; aber ich habe schon auf dem letzten Landtag Veranlassung genommen, zu bitten, dafür zu sorgen, daß auch die Milchuntersuchungen, mehr als das bisher der Fall ist, dort vorgenommen werden können. Ich meine, wir müßten denn doch so weit kommen, daß verdächtige Vollmilch, die von Konsumenten oder von badischen Molkereigenossenschaften eingesandt wird, kostenlos untersucht wird. Es müßte weiter dahin kommen,

daß Massenuntersuchungen zu recht billigen Preisen vorgenommen werden können, damit, unterstützt durch diese Maßregel, die badischen Molkereien dazu übergehen könnten, die Milch nach dem Fettgehalt zu bezahlen.

Was den Handel mit Futtermitteln usw. anbelangt, so ist es da in den letzten Jahren nicht viel besser geworden. Es ist schon von verschiedenen Herren Rednern, insbesondere auch von dem Herrn Abg. Schuler, darauf hingewiesen worden, wie unsere Landwirtschaft immer noch durch schwindelhafte Anpreisungen heimgelacht wird, und wie man sehr oft für unnötige Sachen Geld ausgibt. Sie kennen ja alle jene Anpreisungen mit dem fetten Schwein auf der einen und dem mageren auf der andern Seite, worunter steht: „Füttert mit der Marke A oder noch besser mit der Marke B, die Marke B ist die beste!“ Diese Bilder kosten sicher Tausende oder Hunderttausende von Mark, und diese Summen muß unsere Landwirtschaft wieder bezahlen. Aber damit nicht genug. Wenn man auf diese Anpreisungen nicht genügend reagiert, so kommen die Herren selbst. Im verflohenen Jahr ist ganz Mittel- und Oberbaden von einem derartigen Herrn heimgelacht worden, er stellte sich vor als Besitzer einer chemischen Fabrik in Karlsruhe. Ich hatte nun die Absicht, mir die chemische Fabrik hier einmal anzusehen, aber ich habe sie nicht im Adreßbuch oder sonstwo gefunden. Endlich ist mir die Auskunft geworden, dieser Herr wohne in Karlsruhe, in der X-Straße, Hinterhaus, Zimmer 10 und 10a, 4. Stock, das war also die chemische Fabrik (Geiterkeit). Dieser Herr läßt sich seine Futtermittel kommen, wie ich nachher erfahren habe, ihn kostet der Doppelzentner 18 M., er verkauft ihn aber für 75 M. Das ist gewiß ein sehr rentables Geschäft, und wenn diesem Mann in einem Bezirk durch die landwirtschaftlichen Mäcker, durch die Landwirtschaftslehrer usw. das Handwerk gelegt wird, so geht er einfach in einen anderen Bezirk, und er verdient auf diese Weise in wenigen Wochen Zehntausende von Mark. Die Regierung, die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben alle Veranlassung, nach wie vor hier zu helfen zugunsten der Landwirtschaft, damit die Landwirte ihr Geld im Saal behalten.

Es hat mich sehr gefreut, daß diesmal im ordentlichen Etat eine Summe von 170000 M. vorgegeben ist zur Unterstützung der Viehverversicherungsanstalten. In der Beziehung waren hoch erfreulich für die Herren, die kürzlich aus Baden in Berlin waren, die Verhandlungen des deutschen Landwirtschaftsrats. In der Plenarsitzung in den ersten Februartagen dieses Jahres wurde folgende Resolution eingebracht: „Die 36. Plenarsitzung des deutschen Landwirtschaftsrates erkennt die Fortschritte im Versicherungswesen an und erblickt in der Förderung der Ortsviehverversicherungsvereine und der Bildung von Versicherungsverbänden die Lösung einer Viehverversicherung.“ Es war für uns eine große Freude, da denken zu können, daß wir ähnliches schon lange im Großherzogtum Baden haben. Ich kann aus meiner persönlichen Erfahrung nur mitteilen, daß diese Ortsviehverversicherungsanstalten, rückerichtet durch den Verband, viel besser funktionieren wie die Viehverversicherungsvereine, die man schon seit Jahrzehnten da und dort hatte. In den Viehverversicherungen läßt sich ein wichtiges und praktisches Stück Wohlfahrtspflege für das Land leisten.

Nun hat der Herr Kollege Wittemann davon gesprochen, die Verwaltungskosten wären zu hoch. Ich weiß nicht, welche Kosten er gemeint hat. Die Kosten der Verbandsverwaltung werden doch von der Groß. Staatskasse getragen, und ich meine, unsere Landwirte sollten sich recht freuen, wenn die Groß. Regierung be-

reit ist, neben den anderen finanziellen Opfern, die sie für die gute Sache bringt, auch noch diese Kosten zu tragen. Sollte aber der Herr Abg. Wittenmann auf die örtlichen Verwaltungskosten der Viehversicherung abgehoben haben, so ist das eine ganz andere Sache: Diese Anstalten können ihre Vorsteher und Schätzer bezahlen, ganz wie sie wollen, darauf übt der Verband in Karlsruhe keinerlei Einfluß aus. Durchschnittlich beliefen sich die Umlagen im Jahre 1906 nur auf 109 Pfennige für 100 Mark Versicherungswert. Ich glaube, es war der Herr Abg. Schüler, der der Meinung war, diese Summe sei etwas hoch. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß andere ähnliche Versicherungsanstalten nicht so billig arbeiten. Die badische Pferdeversicherungsanstalt zum Beispiel, die musterhaft geleitet ist, die wohl die beste von allen Pferdeversicherungen in Deutschland ist, erhebt als billigsten Prämienfuß, der nur Landwirten zu Gute kommt, 4 Mark auf 100 Mark Versicherungswert, und wir können, wenn sich der Satz auf dieser Linie bewegt, sehr wohl zufrieden sein. Die Herren wollen auch dabei weiter bedenken, daß in dieser Gesamtumlage noch enthalten sind die Kosten für tierärztliche Behandlung und für Heilmittel mit 118151 M. Diese Kosten trägt der Verband nicht bezüglich derjenigen Ortsviehversicherungsanstalten, die dem Verbandsverbande nicht angeschlossen sind. Es ist aber von wesentlichem Vorteil, wenn die Landwirte den Tierarzt und die Heilmittel unentgeltlich gestellt bekommen, und wenn in jedem Ort nur ein einziges Tier im Jahre dadurch gerettet wird, so sind die Kosten reichlich gedeckt.

Was die Viehprämierung anbelangt und die im Budget ausgeworfene Summe von 100 000 M. für diesen Zweck, so ist dagegen nichts einzuwenden. Ich möchte nur wiederholen den Wunsch aussprechen, daß man für meinen Wahlbezirk, für das Hanauer Land, zwei und zwar sowohl für den oberen wie für den unteren Teil dieses Bezirkes wieder je eine Viehprämierungsstelle einrichten möge, denn es ist für die Tierbesitzer zu weit, wenn sie z. B. von Scherzheim oder Lichtenau nach Regelsbrunn oder nach Korff gehen oder umgekehrt.

Ich möchte weiter auf meinen alten Wunsch, Unterstützung des Qualitätstabakbaues zurückkommen. Der Qualitätstabakbau hat ja in den letzten Jahren eine Förderung erfahren. Ich freue mich sehr, daß in dieser Angelegenheit nicht nur in der Budgetkommission, nicht nur draußen im Lande bei den Tabakbauern, sondern auch hier im hohen Hause Übereinstimmung herrscht. Wir haben im Jahre 1906 42 Proz. von allem deutschen Tabak in Baden gebaut, der Wert ergibt 45,7 Proz., 8 1/2 Millionen Mark. Beteiligt sind am badischen Tabakbau immer noch 32 187 Bauern. Es waren nicht nur die Tabakbauvereine sondern auch die Industrie selbst, die ein lebhaftes Interesse am Qualitätstabakbau genommen hat. Insbesondere hat Herr Kommerzienrat Landfried seit Jahren kostspielige Versuche zur Hebung des Tabakbaues gemacht. In einer Versammlung des deutschen Tabakvereins, die in Mannheim stattgefunden hat, hat er hierüber einen Vortrag gehalten, den er liebenswürdigerweise den Herren in diesem hohen Hause gedruckt hat zugehen lassen. Dort sagt er u. a.: „Wir haben noch nie eine so günstige Periode wie die gegenwärtige gehabt, um dem inländischen Tabak wieder ein regelmäßiges, lohnendes Absatzgebiet im Inlande zu sichern, denn alle überseeischen Umblätter und Einlagen sind zurzeit derart rar und teuer und werden für die nächsten Jahre auch teuer bleiben, daß die Fabrikation auf den inländischen Tabak angewiesen ist.“ Er sagt dann weiter an anderer Stelle: „Ich sollte meinen, daß bei uns in Baden für mehrere Budgetperioden ein Betrag von jeweils 20 000 M. ausgeworfen werden

müßte.“ Die Budgetkommission hat sich ja meinem Wunsche, 5000 M. für Hebung des Qualitätstabakbaues u. für Prämierungen desselben auszuwerfen, einstimmig angeschlossen, und dürfen wir wohl bestimmt erwarten, daß zum mindesten diese Summe den Tabakbauvereinen oder der Landwirtschaftskammer zur Verfügung gestellt wird.

Sehr gefreut hat mich die Verordnung der Groß. Regierung bezüglich der für die Anstellung der Landwirtschaftslehrer erforderlichen Vorbildung. Es heißt da: „Wer als staatlicher Landwirtschaftslehrer angestellt werden will, muß nachweisen, daß er das Reifezeugnis eines deutschen Gymnasiums oder einer deutschen Oberschule erworben und hierauf eine mindestens dreijährige praktische Lehrzeit in geeigneten, gut geleiteten landwirtschaftlichen Betrieben durchgemacht, sodann wenigstens zwei Jahre lang eine deutsche landwirtschaftliche Akademie oder eine mit einer deutschen Hochschule verbundene landwirtschaftliche Lehranstalt besucht und die Diplomprüfung oder eine dieser gleichstehende Prüfung auf einer der vorgenannten Anstalten bestanden hat, endlich nach vollendeter fachwissenschaftlicher Ausbildung eine mindestens dreijährige selbständige Tätigkeit als landwirtschaftlicher Betriebsleiter ausgeübt hat.“ Also vor dem Studium drei Jahre Praxis und nach dem Studium noch einmal drei Jahre Praxis! Es ist hier wirklich dem Gedanken Rechnung getragen: „Probieren geht über Studieren“. Wir können es als Landwirte nur freudig begrüßen, daß diese Vorschrift erlassen worden ist; denn wir wissen, daß dadurch für die Zukunft dafür gesorgt ist, daß nur wirklich tüchtige, fleißige, für diesen Beruf vorzüglich geeignete und vorgebildete Männer als badische Landwirtschaftslehrer Anstellung finden werden. Daß diese Landwirtschaftslehrer dann aber auch entsprechend in den Gehaltstaxen eingereiht worden sind, das muß uns noch mehr freuen. Ich möchte nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß auch eine andere Beamtenklasse, deren Tätigkeit für die Landwirtschaft eine sehr erprobliche ist, nämlich die Bezirkstierärzte, auch etwas besser bedacht werde, als das im neuen Gehaltstaxen vorgeesehen ist.

Von den badischen Landwirtschaftslehrern kommen wir zum landwirtschaftlichen Schulwesen. Ich habe mir auch auf dem letzten Landtag erlaubt, über das Schulwesen, das Volksschulwesen und das landwirtschaftliche Fachschulwesen einiges auszuführen. Ich habe mich nun wirklich sehr gewundert, daß ich später in einem Teil der Zentrumsprelle in solch scharfer Weise angegriffen worden bin. Es hat insbesondere der „Königsbote“, der in Offenburg erscheint, in seiner Nummer vom 4. Mai geschrieben: „Nun kommt auf einmal dieser Säger und sagt in wenig schmeicheltlicher Weise, die Bauern seien rückständig und abergläubig. . . . Schreiber dieses ist selbst auch ein Bauer und lebt auch mitten unter diesen; daß aber nur ein einziger Bauer sein krankes Vieh mit Sympathie heilen will, davon habe ich noch nichts erfahren.“ Das stand am 4. Mai im „Königsboten“. Im selben „Königsboten“ aber stand am 17. Juni: „Aus dem Königsboten. Wer Gelegenheit hat, mit der Landbevölkerung zusammenzukommen, macht die Erfahrung, wie tief noch der Aberglaube in einem großen Teil der Bewohner wurzelt (Geistesfreiheit). . . . Man trifft aber oft ganz intelligente Männer auf dem Lande an, die in dieser Beziehung den trassierten Unsinn verteidigen. Und wie sieht es bei Erfrankungen aus? Freilich holt man den Arzt, aber wenn die Medizin nicht sofort wirkt, dann gehts nach Hammersbach oder nach Zell, vielleicht auch nach Dornstetten oder zum Morlok nach Baiersbrunn, und wenn dann der Kranke wieder gesund wird, so hat nicht der Arzt, der sich alle Mühe gegeben hat, sondern der Wunderdoktor geholfen. . . . Kirche und Schule lassen es sich ganz besonders angelegen sein, in diesem Punkte Aufklärung zu ver-

schaffen. . . " Das ist ganz meine Ansicht. Auch der Badische Bauernverein hat in den letzten Jahren sich in dankenswerter Weise Mühe gegeben, für die Aufklärung der Bauern zu sorgen. Es heißt da in Nummer 20 des „Vereinsblattes des Badischen Bauernvereins“ vom 15. Oktober 1907: „Der Bauer kann nur sehr schwer die eigenen Geschäftskosten berechnen. . . Der Fehler liegt beim Bauer. Wenn er seine Produktionskosten auch nur annähernd berechnen könnte, so wäre das sehr viel Wert für ihn. Was folgt nun daraus? Erstens, daß der Bauer geschäftlich aufgeklärt und geschult werden muß, um seine Selbstkosten mindestens halbwegs berechnen zu können.“ Und im Herbst d. J. stand im „Acher- und Bühlerboten“, aus Urloffen geschrieben: Die landwirtschaftliche Winterschule in Offenburg werde auch von einem Urloffer Schüler besucht. Es „sollte allerdings mindestens ein halbes Duzend Urloffer Buben darunter sein“. Auch heute hat Herr Kollege Wittemann davon gesprochen, daß die Bauern nicht rechnen können. Für mich ist es hocherfreulich (ich weiß nicht, ob Sie das erst auf meine Anregung getan haben), daß Sie jetzt entgegen dieser Ansicht der Zentrumsblätter sich genau auf meinen Standpunkt gestellt haben. Ich möchte also die Großh. Regierung bitten, daß sie auch für die Zukunft die landwirtschaftlichen Hochschulen fördern möge; denn ein Land wie Baden, das drei Hochschulen, zwei Universitäten und eine Technische Hochschule besitzt, hat doch auch die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die theoretische Ausbildung des Landwirts nicht zurückbleibt.

Dem Bedürfnis nach Weiterbildung kommt auch die Gesellschaft für Verbreitung von Volkshildung entgegen. Da hat nun die Liegnitzer Regierung — die meisten Herren werden das wohl kürzlich gelesen haben — einen Erlaß herausgegeben. Wir dürfen wohl bestimmt hoffen, daß die badische Regierung einen ähnlichen Erlaß nicht herausgibt. Mein Ideal wäre in der Beziehung, daß man überall soweit kommen könnte wie in Dettighofen bei Walds- hat. Dort hat man eine eigene Volkshilderei. Ich war vor zwei Jahren dort. Ein geborener Dettighofer, der nach Amerika ausgewandert war, hat später seiner Heimatgemeinde eine Stiftung zur Errichtung eines eigenen Hauses und einer Volkshilderei gemacht. Ich glaube, daß diese Volkshilderei sehr eifrig benützt wird. Es finden sich dort Bücher aller möglichen Richtungen, und ich glaube, daß sie den Dettighofer Bauern noch nichts geschadet haben. Ich möchte für meinen Teil jedem Dorf einen ähnlichen amerikanischen Gönner wünschen. Wenn man allerdings im Wahlkampf die Bauern gegen die Gegenpartei dadurch mobil macht, daß man ihnen sagt: „Das sind die Herren, die mit daran schuld sind, daß die Kinder jetzt nicht nur auf die Schiefertafel, sondern auch in die Hefte schreiben dürfen! (Geiterkeit.) Und bedenken Sie: Jedes Heft kostet zwar nur 10 Pfg.; aber wenn jeder Lehrer mehrere solcher Hefte verlangt, so macht das doch ein paar Mark während der Schulzeit.“ so ist das sehr bedauerlich. Das sollte man doch den Bauern nicht mehr erzählen! Ich möchte Sie daran erinnern, daß schon Liebig in seinen chemischen Briefen gesagt hat: „Wenn durch die Schullehrer auf dem Lande die Elementarkenntnisse unter den Bauern verbreitet werden, so ist für die Zukunft alles gewonnen, und der Staat hat damit das Beste getan, was er überhaupt für die Landwirtschaft tun kann.“

Ich möchte aber noch weiter gehen. Ich möchte auch der praktischen Weiterausbildung der Landwirte das Wort reden. Ich habe da kürzlich einen Erlaß des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten in Berlin an die preussischen Landwirtschaftskammern zu Gesicht bekommen. Da heißt es: „Der arer-

kannt hohe Stand, den manche Zweige der landwirtschaftlichen Technik in den skandinavischen Ländern, insbesondere in Dänemark, aufzuweisen haben, läßt es wünschenswert erscheinen, jüngere deutsche Landwirte ihrer weiteren Ausbildung nach dort zu entsenden.“ Ich glaube, es würde sich sehr empfehlen, wenn die Großh. Regierung dem Gedanken näher treten würde, nicht Beamte, Landwirtschaftslehrer, Tierärzte usw., sondern auch eigentliche Landwirte, junge Leute, die vielleicht selber selbständig werden oder in unseren Genossenschaften tätig sein können, nach Dänemark oder auch in andere außerbadische Länder zu entsenden, damit sie sich durch Anschauungsunterricht das aneignen, was ihnen noch nützt (Beifall bei den Nationalliberalen). Ich möchte vielleicht diese Bitte umso mehr an die Großh. Regierung richten, als ja für andere Stände schon ähnliches geschehen ist. Ich fand in der „Zeitschrift für badische Verwaltung und Verwaltungsrechtspflege“ einen sehr instruktiven Aufsatz des Herrn Regierungsdirektors Dr. Stromer über den „Wiederholungskurs zur Studienfahrt in Rheinlande“. Es nahmen daran auch teil der Präsident des Großh. Ministeriums des Innern und der Referent für Handel und Gewerbe. Ich möchte sehr wünschen, auch in Zukunft ähnliche Kurse abgehalten werden, denen vielleicht neben dem Herrn Präsidenten des Ministeriums des Innern und dem Referenten für Handel und Gewerbe zur Abwechslung auch einmal jener Landwirtschaft teilnimmt. Sonderbarerweise steht in der Tagesordnung dieses Wiederholungskurses ein was sich auch für Landwirte vorzüglich eignen würde, sind hier aufgeführt: 1. Die Krisis der Winzergenossenschaften des Ahrtales und ihre Überwindung; 2. die Kammerentzückung und Wirkungsbereich der Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz; 3. die Versuchsfelder der landwirtschaftlichen Akademie Poppelsdorf, ihre wissenschaftliche und praktische Bedeutung; und 5. volkstümlich-literarische Gestaltung des Arbeiterhauses. Wenn man sagen würde: „Volkstümlich-künstlerische Gestaltung Bauernhäuser“, so wäre auch das ein Thema, für das Landwirte sehr interessieren würden. Ich möchte selbstverständlich den Herren Assessoren diese Kurse stattdessen kommen. Aber es wäre derartiges doch auch jungen Landwirte sehr instruktiv, und ich möchte die Großh. Regierung bitten, ihr Augenmerk darauf zu richten.

Das preussische Ministerium hat kürzlich auch einen Erlaß gegen bauliche Verunstaltungen in Stadt und Land herausgegeben. Ich bin allerdings der Ansicht, daß man im Verordnungswege den Bauern vorschreiben soll, wie sie bauen müssen. Aber das in Baden ist ja dank des Eintretens des Ministeriums nach der Richtung hin in den letzten 10 Jahren in erkennenswerter Weise gewirkt worden. Ich meine, die baulichen Verunstaltungen gewöhnlich dadurch entstehen, daß an manchen Orten die Bauern bauen wollen wie sie es in den Städten gesehen haben, während in Städten sich die Bauweise der alten Bauernhäuser Vorbild nimmt. In manchen Städten sehen wir 5- oder 6-stöckige Häuser mit einem Holzgiebel drauß, wie er sonst nur auf Bauernhäusern paßt. Ich freue mich sehr, daß Professor Stürzenacker in dem Ministerium berufen worden ist, da er nach der Richtung in Wort und Schrift seit Jahren tätig ist.

Der Herr Vorredner hat von der Unterernährung der Bauern gesprochen. Ich habe da auch einen Artikel der „Straßburger Post“, der sich damit beschäftigt. Ich will ihn nicht zur Verlesung bringen. Aber andere Zeitungen brachten ähnliche Artikel, z. B. die

es in einem solchen: „Was irgend sich zu Gelde machen läßt, wandert auf den Markt oder in die Verkaufsgenossenschaft: Milch, Butter, Schlachtvieh, Eier, Obst.“ Ich habe diesen Vorwurf, der ab und zu gegenüber den Genossenschaften erhoben wird, schon auf dem letzten Landtage zurückgewiesen. Ich muß es heute wieder tun. Ich kann es nicht verstehen, wie diese Zeitungen dem Bauern immer empfehlen, Genossenschaften zur besseren Verwertung seiner Produkte zu schaffen, und auf der anderen Seite dann behaupten, er werde durch diese Genossenschaften verführt, seine Produkte, die zum Teil in der eigenen Haushaltung Verwendung finden könnten, an die Genossenschaften zu verkaufen. Ich bin im Gegenteil der Ansicht: Weil die Genossenschaften mehr zahlen, ist der Bauer in der Lage, einen großen Prozentsatz seiner Produkte zurückzubehalten, weil er jetzt für 60 oder 70 Proz. seiner Produkte mehr erhält als vormals für sein Gesamtergebnis, und er kann für den eigenen Haushalt 30 oder 40 Proz. zurückbehalten. (Abg. Fröhlich: Sehr gut!) Es war mir eine große Genugtuung zu lesen, daß ein Engländer, der unser Land bereiste, da anderer Ansicht ist. Der hat geschrieben: „Kein Zoll Boden ist in diesem Lande der fleißigsten Arbeit und der Wirtschaftlichkeit ungenüht. Die blauäugigen Teutonen dieses Landstrichs sind unermüdbare Arbeiter. Die Kost der Bauern ist einfach, kräftig und gesund. Mäßigkeit scheint die Erbschaft dieser wackeren Leute zu sein und von Trunksucht ist wenig zu sehen.“

Sehr gefreut hat mich, daß der Herr Berichterstatter auch meiner Ansicht ist, daß Molkerei und Viehzucht sehr wohl neben einander bestehen könnten. Die Angriffe, die vor einigen Jahren immer und immer wieder gegen die Molkereien erhoben worden sind, sind doch allmählich verstummt. Polizeiliche Bestimmungen, daß die Milch, wenn sie verkauft wird, so und so viel Fettgehalt haben muß, können nicht durchgeführt werden. Es würde genügen auch für den Milchhandel, wenn wir sagen: Milch muß verkauft werden, wie sie die Kuh gibt! Das würde genügen für die Molkereien, und auch der städtische Konsument kann sehr zufrieden sein, wenn er immer Milch so erhalten würde, wie sie von der Kuh kommt! (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist hocherfreulich, daß wir jetzt auch die Ehre haben, den Vertreter der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft hier bei uns zu sehen. Der Herr Kollege von Mengingen hat erzählt, daß ein Landwirt, der die Bordertreppe heruntergegangen war, um Kaffee und Zucker zu kaufen, dabei fiel und einen Beinbruch erlitt, von der Berufsgenossenschaft abgewiesen wurde, weil er so ehrlich war, den Hergang richtig anzugeben. Das ist allerdings für diesen Mann, der die Wahrheit sagte und der deshalb jetzt keine Rente bekommt, sehr schwer. Aber ich meine doch, wenn der Herr Kollege von Mengingen sagte: „es muß etwas gegen das Rentenwesen auf dem Lande geschehen“, hätten wir als Landwirte doch nicht dafür zu sorgen, daß auch noch Leute anderer Berufe auf unsere Berufsgenossenschaft übernommen und von uns unterhalten werden, und ich möchte die Herren doch davon abhalten dieser „Hintertreppenvollität“ das Wort zu reden.

Der Herr Kollege Duenzer hat auch von der Kirchweih gesprochen. Wir im Hanauerlande, wir verfahren auch nicht. Auch wir erleben nach sauren Wochen gern einmal einen lustigen Tag, aber wir kommen mit 2 oder 3 Kirchweihfesten, die auf einen Sonntag fallen, ganz gut aus, das Bedürfnis der fröhlichen Pfälzer ist darin etwas weitgehend.

Daß in Baden eine Zutteressengemeinschaft zwischen

Industrie und Landwirtschaft besteht, habe ich schon auf dem letzten Landtage ausgeführt. Wir wissen wohl, daß die Massenkonsumenten ihren Weizen oder ihre Brotfrucht aus Rußland oder Argentinien beziehen können. Wir wissen aber, daß sie ihre Eier, ihre Butter, ihre Milch bei uns kaufen müssen. Das wird auch im letzten Jahresberichte der Handelskammer Lehr zum Ausdruck gebracht; es heißt da: „In grellem und wirklich bedauerlichem Gegensatz zu dem reichlichen Verdienst der Industriearbeiter stand infolge des fast völligen Versagens der Weinernte die Lage der Reblente des Kammerbezirks. Hierdurch ist die Kaufkraft eines Teils der Landbevölkerung so geschwächt worden, daß der gute Verdienst der Industriearbeiter einen nur teilweisen Ausgleich zu gewähren vermochte.“

Ich komme nun noch mit einigen Worten auf die Genossenschaften zu sprechen. Ich darf das umso mehr, als gerade im laufenden Jahre die ersten badischen Genossenschaften ihr 25jähriges Jubiläum feiern können. Ich muß da einige Namen nennen. Es waren der jetzige Herr Oberregierungsrat Märklin und zwei Herren, die früher selbst dem Hohen Hause angehört haben, die die ersten Genossenschaften gründeten. Außer dem schon Genannten nenne ich Herrn Bürgermeister Herbst aus Hochstetten, der die erste landwirtschaftliche Einkaufsgenossenschaft gründete, und Herrn Dekonomierat Schmidt aus Freiburg. Ist es schon schwer, Einkaufsgenossenschaften zu gründen, so ist es ungleich schwerer, Verkaufsgenossenschaften ins Leben zu rufen, und ich muß da noch eines Mannes gedenken, dem es gelungen ist, die erste badische Produktivgenossenschaft zu gründen, die Winzergenossenschaft in Hagnau am Bodensee: Das ist der ehemalige Ortspfarrer, jetzige Stadtpfarrer in Freiburg Dr. Hansjakob. Dieser hat es vor 25 Jahren verstanden, nicht nur Bücher über seine Bauern zu schreiben, sondern auch seinen Gestalten Leben einzuhauchen und sie zu praktischer Tätigkeit zu erziehen. Ich hatte selbst die Freude, beim 25jährigen Jubiläum in Hagnau anwesend zu sein, die Erfolge zu sehen, und ich kann verraten: „es war halt doch ein schönes Fest!“ (Heiterkeit.)

Der Kollege Wittemann hat von der Buchführung der Landwirte gesprochen und gemeint, es müßten Kurse hierfür eingerichtet werden. Ich möchte den Herrn Kollegen doch darauf hinweisen, daß derartige Kurse vom Verbands der badischen landw. Konsumvereine bereits eingerichtet sind. Wir halten jährlich 4 oder 5 solcher Kurse ab, die immer von 30 bis 40 Kursisten besucht werden, und es sind mit diesen Kursen schon recht schöne Erfolge erzielt worden.

Der Herr Kollege Wittemann hat auch davon gesprochen, daß sich die badische Landwirtschaftskammer zwar mit der genossenschaftlichen Viehverwertung beschäftigt hätte, aber, wie es ihm schiene, doch nicht intensiv genug. Das ist ein sehr schwieriges Kapitel. Ich habe selbst schon einige Male Gelegenheit gehabt, Sitzungen des deutschen Reichsgenossenschaftsverbandes anzuwohnen, in denen man sich mit dieser Frage beschäftigt hat. Ich bin aber immer wieder zu der Ansicht gekommen, daß das für preussische Verhältnisse wohl geht, in Baden aber vorläufig nicht zu machen ist, so wünschenswert es wäre. Wir haben schon einige Erfahrungen auf dem Gebiete gemacht, der Badische Bauernverein hat vor 2 oder 3 Jahren Versuche angestellt. Der Herr Kollege Schüler wird vielleicht so freundlich sein und uns einiges über die Erfahrungen mitteilen.

Ich möchte zum Schluß die Regierung bitten, auch fernerhin die Landwirtschaft zu unterstützen. Aber es

sollen die gegebenen Gelder nicht als eigentliche Unterstützungen, als Almosen gegeben werden, sondern immer nur als ergänzende Förderung landwirtschaftlicher und genossenschaftlicher Bestrebungen, denn in der Hauptsache muß auch der badische Bauer nach wie vor auf dem Standpunkt stehen: Selbst ist der Mann! (Lebhafte Beifall bei den Rationalliberalen).

Abg. Büchner (Zentr.): Ich hatte mich zum Wort gemeldet, um einen Wunsch der Seegegend, den ich schon außerhalb dieses Hauses während der letzten und während dieser Landtagsession vertreten hatte, auch hier zur Sprache zu bringen. Es ist der Wunsch der Stadt Ueberlingen und der ganzen Seegegend, einen Wanderlehrer für Obstbau zu erhalten. Nun hat aber der Herr Minister bereits die Erfüllung dieses Wunsches zugesagt; ich konnte mich also vielleicht darauf beschränken, der Groß. Regierung lediglich meinen Dank für ihr Entgegenkommen abzusprechen.

Noch steht es aber nicht fest, auf welche Art und Weise dieser Wunsch erfüllt werden soll. Der Herr Minister ist geneigt, den Obstbauwanderlehrer, der im Budget bereits angefordert, nach den Erläuterungen dazu aber nach Mosbach bestimmt ist, kurzerhand nach Ueberlingen zu dirigieren. Ich selbst stehe auf dem Standpunkte des Herrn Berichterstatters und meines Fraktionsfreundes Geppert, denen ich für ihre warme Unterstützung von Herzen danke. Ich hatte die Absicht, einen Antrag einzubringen dahingehend, es möchten nachträglich noch die Mittel zur Anstellung eines Obstbauwanderlehrers für die Seegegend mit dem Sitz in Ueberlingen angefordert werden, sodas also der für Mosbach bereits bestimmte Wanderlehrer Mosbach erhalten bliebe, und im Hinblick auf die Geringfügigkeit der weiter anzufordernden Mittel scheint es mir, das das auch sehr wohl möglich wäre.

Wenn freilich die Groß. Regierung erklären sollte, das das nicht möglich sei, so wäre ich nicht eigensinnig genug, um auf meinem Standpunkt zu beharren; und auch nicht großmütig genug, um zu Gunsten von Mosbach auf den Wanderlehrer in Ueberlingen zu verzichten. Der Herr Kollege Bauschbach und die übrigen Mosbacher, für die ich infolge eines mehrjährigen Aufenthalts in Mosbach ja sehr eingenommen bin, werden diesen Standpunkt verstehen und werden mir, so hoffe ich, deshalb nicht gram sein. Sie hätten umso weniger Grund dazu, als ihnen ja in sichere Aussicht gestellt ist, das sie schon im nächsten Budget auch einen Wanderlehrer erhalten sollen, als ferner das Hinterland in Herrn Reb- und Baumwart Schauer in Tauberbischofsheim schon einen Wanderlehrer besitzt und als endlich, wie wir vom Herrn Minister gehört haben, inzwischen die Kreise Mannheim und Heidelberg beschlossen haben, noch einen weiteren Obstbauwanderlehrer anzustellen, sodas also das Hinterland jetzt schon im glücklichen Besitze von zwei Wanderlehrern ist, während die Seegegend in dieser Beziehung noch vollständig leer ausgegangen ist.

Dabei hätte meines Erachtens die Seegegend den ersten Anspruch auf Berücksichtigung: Ich habe schon auf früheren Landtagen hervorgehoben, und der Herr Minister hat es bestätigt, das die Seegegend zu den obstreichsten Gegenden des ganzen Landes gehört, das allein das Amt Ueberlingen einen jährlichen Durchschnittsertrag von 1 bis 1½ Millionen Mark erzielt, das infolge der durch den Bodensee bewirkten Wärmeausgleichung Mijjahre bei der Obsternte so gut wie ausgeschlossen sind, und das es unter diesen Umständen sehr wohl möglich wäre, die Seegegend, was das Kernobst anlangt, auf dieselbe Höhe zu bringen, auf der sich die Bühler Gegend mit ihrem Steinobst bereits befindet.

Zur Erreichung dieses Zieles ist auch schon viel gesehen, insbesondere seitens der Obstbauvereine der Seegegend. Aber es fehlt hauptsächlich noch an der nötigen Belehrung. Der Bevölkerung, der es an gutem Willen und auch an der nötigen Intelligenz nicht gebricht, müßten intensivere Kenntnisse und Fertigkeiten im Obstbau beigebracht werden, namentlich sollte der landwirtschaftlichen Jugend Gelegenheit geboten werden, sich diese Kenntnisse und Fertigkeiten anzueignen. Wohl haben wir Lehranstalten für Obstbau; aber sie sind für die Seegegend zu weit abgelegen, als das sie für diese wesentlich in Betracht kommen könnten, und dazu kommt, was schon der Herr Berichterstatter hervorgehoben hat, das es infolge des Leutenmangels der landwirtschaftlichen Bevölkerung überhaupt immer weniger möglich wird, derartige Anstalten zu besuchen. Heutzutage muß die Belehrung den Leuten sozusagen ins Haus getragen werden, und das geschieht eben durch die Wanderlehrer.

Einen solchen besitzt aber, wie gesagt, die Seegegend bis heute nicht und steht deshalb in dieser Beziehung speziell hinter dem Hinterlande sehr zurück. Sie erscheint aber auch stiefmütterlich behandelt im Vergleich mit den Seebezirken der übrigen Bodenseestaaten. Der Herr Abg. Geppert hat schon eindringlich auf diese Tatsache und speziell auf das Beispiel Bayerns hingewiesen, das für seinen viel kleineren Seebezirk eine Obst- und Weinbauschule eingerichtet hat mit zwei staatlich angestellten Fachlehrern, die beide zugleich als Wanderlehrer tätig sind.

Das es einem Wanderlehrer in der Seegegend nicht an Arbeit fehlen würde, versteht sich nach dem Gesagten von selbst, zumal da ja auch der Wunsch besteht, das er seine Fürsorge auch dem Gemüsebau zuwenden möge, dem im Laufe dieser Debatte, und mit Recht, eine große Bedeutung beigelegt worden ist. Außerdem fände er aber auch in Ueberlingen Einrichtungen vor, an die er sich bei seiner Lehrtätigkeit anlehnen könnte und die ihm diese Lehrtätigkeit wesentlich erleichtern würden.

Da ist zunächst die städtische Obstbauschule, die die Aufgabe hat, den Bedarf an Obstbäumen und Weinreben für den ausgedehnten spitälischen und städtischen Grundbesitz heranzuziehen. Die Leitung dieser Baumschule könnte nun der neue Obstbauwanderlehrer übernehmen. Derzeit ist die Oberleitung dem Obstbauverein übertragen, der sie als Lehr- und Übungsmittel für die seit mehreren Jahren stattfindenden Lehrkurse für Obstbau- und Obstverwertung benützt hat. Dann nenne ich den Obergärtner, der für eben diese Obstbauschule angestellt ist, der neben der praktischen auch eine zweijährige theoretische Ausbildung genossen hat und deshalb imstande wäre, dem Wanderlehrer in jeder Beziehung hilfreich zur Seite zu stehen; schon jetzt ist es dem Obergärtner gestattet, an Sonn- und Feiertagen bei Veranstaltungen in Obstbauvereinen im Bezirk tätig zu sein. Ich nenne die großen spitälischen und städtischen Obstplantagen, die dem Wanderlehrer zu Veranschaulichungen, Übungen und Versuchen dienen könnten. Ich nenne weiter die ehemalige städtische Kochschule, die bisher dem Obstbauverein für seine Lehrkurse zur Verfügung gestanden ist, nebst mehreren heizbaren Nebenräumen, von denen der eine als Arbeitszimmer benützt werden könnte. Ich nenne endlich den spitälischen Obstorrapparat, die spitälische Vorrichtung für Wein- und Mostbereitung und die Lehrmittel und Geräte, welche der Obstbauverein bereits angeschafft hat. Ich glaube, das in keiner Stadt für einen Obstbaulehrer schon mehr vorgesorgt wäre als gerade in Ueberlingen.

Damit glaube ich in Kürze, aber doch hinreichend begründet zu haben, einmal, das ein Obstbauwanderlehrer für die Seegegend sowohl

einem dringendem Bedürfnis als auch einem Gebot der Gerechtigkeit und Billigkeit entspricht, und sodann, daß als Sitz für diesen Wanderlehrer nicht nur naturgemäß sondern auch im Hinblick auf die bereits vorhandenen Einrichtungen die Stadt Ueberlingen ganz hervorragend vereinigungsfähig wäre. Die Konsequenz hieraus ergibt sich von selbst. In welcher Weise sie aber gezogen werden soll — ob durch Transferierung des für Mosbach vorgesehenen Wanderlehrers nach Ueberlingen oder durch Anforderung und Bewilligung eines weiteren Wanderlehrers für die Stadt Ueberlingen —, das kann ich von meinem Standpunkt füglich dem Ermessen der Großh. Regierung und des Hohen Hauses überlassen. Sollte dieser der letzteren Meinung zuneigen — und ich würde das begrüßen —, so würde ich nachträglich einen entsprechenden Antrag einbringen.

Abg. Brodmann (natl.): Ehe ich mich zu dem Budget der Landwirtschaft wende, möchte ich mit einigen Worten die beiden Anträge des Herrn Kollegen Reuirth erwähnen, die ja eng mit der Landwirtschaft in Verbindung gebracht werden können. Ich kann nur sagen, daß die beiden Anträge in allen Schichten der ländlichen Bevölkerung mit großer Genugtuung aufgenommen worden sind; denn überall da, wo schon Manöver abgehalten worden sind, ist ja die Klage über die unzulängliche Vergütung der Pferdequartiere vorhanden. Die Pferdequartiere werden nicht nur als eine Belästigung sondern geradezu als eine wirtschaftliche Schädigung betrachtet, und es wird überall begrüßt werden, wenn eine bessere Entschädigung, wenn auch nicht 30 Pfg., so doch vielleicht 25 Pfg. gegeben werden.

Mit besonderer Freude wurde es auch aufgefaßt, daß das Flurschadenabschätzungsverfahren in einem rascheren Tempo vorgenommen werden soll. Nach Sachlage und nach Aussprache in der Kommission kann dieses Verfahren aber nur durch die Bildung vermehrter Schätzungscommissionen beschleunigt werden. Dabei wird es nun nicht zu vermeiden sein, daß Verschiedenheiten in den Schätzungen unterlaufen, und daß sich Schwierigkeiten für die mehreren Schätzungscommissionen ergeben, da der eine Landwirt gegenüber dem anderen sich benachteiligt glaubt. Um das zu vermeiden, dazu gehört eine langjährige praktische Übung. Aber nachdem es ja nicht die Entschädigungssumme selbst ist, worüber geklagt wird — denn damit ist man ja im allgemeinen zufrieden —, sondern vielmehr der Umstand, daß die Abschätzungen zu lange dauern, wird es überall begrüßt werden, wenn auf diese Weise eine schnellere Abschätzung vorgenommen werden wird.

Besondere Klagen habe ich auch von Gemeindebeamten gehört, die die große Arbeit der Vorarbeiten überhaupt alle Vorarbeiten, die der eigentlichen Schätzung vorausgehen müssen zu besorgen haben. Es ist das eine sehr anstrengende und mit großem Zeitverlust verbundene Arbeit. In einzelnen Gemeinden braucht man oft 8 bis 10 Tage für diese Arbeit und dafür gewährt der Militäriskus keinerlei Vergütung. Da wäre es gewiß der Anregung wert, daß die Regierung vielleicht dahin vorstellig würde, daß die Gemeindebeamten für eine solche anstrengende, zeitraubende Arbeit auch eine Vergütung erhalten würden.

Die beste Abhilfe für alle die Klagen, die über Einquartierungen und Flurschaden im ganzen Lande laut werden, wäre allerdings die Errichtung eines Truppenübungsplatzes. Der Herr Minister hat in der Beantwortung der Anträge zur Freude der Vertreter der ländlichen Bezirke die Zustimmung der Regie-

rung zu diesen Anträgen uns mitgeteilt und auch seine Unterstützung in Aussicht gestellt. Der Herr Minister hat alsdann auch, was den Truppenübungsplatz anbetrifft, Andeutungen gemacht, wonach die Zeitungsnotizen, die in jüngster Zeit über diese Sache verbreitet worden sind, insoweit richtig seien, als in letzter Zeit neuerdings Erhebungen im badischen Oberlande wegen eines Truppenübungsplatzes gemacht wurden. Es hat mich das besonders interessiert, weil ein großer Teil dieses Truppenübungsplatzes in den Bezirk Nefflich zu liegen käme. Es handelt sich nämlich um den südöstlichen Teil des äußeren Heuberges. Es ist das ein Hochplateau zwischen der Donau und einem seiner Nebenflüsse, der Schmie. Es käme Gelände von fünf badischen Ortschaften für den Truppenübungsplatz in Betracht, und zwar von Stetten am kalten Markt, von Ober- und Unterglashütte, Schweningen, Heinstetten und Hardheim. Ebenso wäre noch Gelände von zwei hohenzollernischen und zwei württembergischen Ortschaften notwendig.

Dieses Plateau liegt 900 bis 1000 Meter hoch. Es hat allerdings ein etwas rauhes, aber gesundes und kräftiges Klima und trotz seiner Höhe ausreichende Wasserversorgung. Die Gegend ist ziemlich schwach bevölkert. Dementsprechend sind auch dort die Güterpreise gegenüber anderen Gegenden des badischen Landes, wo die Bodenverhältnisse besser und ertragsreicher sind, und wo Handelsgewächse gepflanzt werden können, erheblich billiger. Ganz besonders spricht aber für den ins Auge zu fassenden Platz, daß er von der Hauptstrecke der Eisenbahnlinie Tübingen—Sigmaringen in ein bis anderthalb Stunden zu erreichen ist und daß es also nur einer kurzen Strecke Eisenbahnfahrt bedarf, um auf das Plateau zu kommen.

Des weiteren ist besonders der Vorteil hervorzuheben, daß keine einzige der Ortschaften entfernt werden müßte, sondern daß es sich nur um Beseitigung einzelner Gehöfte handelt. Es wäre nicht einmal notwendig, sämtliche Gelände dieser Ortschaften zu erwerben, sondern den Bewohnern würde noch ein großer Teil ihres Geländes, gerade das den Ortschaften zunächst gelegene, also das teuerste, verbleiben, und sie könnten sogar noch Gelände von dem, was sie abtreten müßten, in Pacht erhalten, so daß die Bewohner sehr geneigt sind, weitgehendst mit ihren Preisen dem Fiskus entgegenzukommen. Ich möchte daher die Großh. Regierung bitten, im Interesse dieser Gemeinden, aber auch im Interesse des ganzen Landes dafür einzutreten, daß der Truppenübungsplatz im badischen Oberlande errichtet wird.

Ich wende mich nun zum Budget der Landwirtschaft. Ich kann mich dabei insofern kurz fassen, als ja schon eine große Anzahl der Herren Vorredner in eingehender Weise darüber gesprochen hat. Ich kann mich auch, deswegen noch kürzer fassen, weil eine Reihe von Landwirtschaftsprodukten, besonders Handelsgewächse, als Wein, Tabak, Zichorie, in meinem Wahlkreis, des Bodens und der klimatischen Verhältnisse wegen leider nicht gepflanzt werden können, ich beschränke mich daher darauf, nur auf solche Punkte zu kommen, die für meine Gegend Interesse haben und bezüglich deren ich auch selbst Erfahrungen besitze. Diese Zweige der Landwirtschaft sind die Pferdezucht, die Rindviehzucht, die Schweinezucht, der Getreidebau, der Futterbau usw.

Was nun die Pferdezucht anbelangt, so ist in das Budget ein Betrag von 150 000 M. zur Unterstützung derselben eingestellt. Dieser Zweig der Landwirtschaft wird je nach der Bodenbeschaffenheit der einzelnen Landesteile eine mehr oder weniger hervorragende Rolle spielen. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Pferdezucht als Hauptzuchtprodukt den Niederungsgebieten er-

halten bleiben wird. Wir haben ja die Beispiele von hochentwickelter Pferdezücht in den Steppen Ungarns und Rußlands, ebenso dann wieder in den Marschen Norddeutschlands, in Holstein, in Mecklenburg, in Hannover, in Ostpreußen, und so wird es wohl auch bei uns in Baden sein, daß die Pferdezücht dem badischen Unterlande und der Rheinebene erhalten bleiben wird und dort ein Hauptbestandteil des Landwirtschaftsbetriebes bilden wird. Denn Sie werden selbst auch noch nie die Beobachtung gemacht haben, daß in einer Gegend mit hochentwickelter Rindviehzucht auch zugleich eine hochentwickelte Pferdezücht Hand in Hand geht. Es ist das nie der Fall! In Gegenden mit hochentwickelter Rindviehzucht, z. B. auf dem Schwarzwald, im badischen Oberland, in der Seegegend, wird die Pferdezücht nie über den Rahmen des Selbstbedarfs hinausgehen. Aber gleichwohl ist es notwendig, daß für jene Gegenden mit Unterstützung der Regierung gute, kräftige Hengste, am besten wären Normänner, angeschafft werden, und daß das Prämierungsverfahren beibehalten wird, wie es bis jetzt gehandhabt wurde, so daß für den Bedarf an Pferden in jener Gegend ein guter, kräftiger Schlag mit guten Gängen gezüchtet werden kann.

Umgekehrt steht es allerdings dann auf dem Gebiete der Rindviehzucht in meiner Gegend. Wir werden da auch fernerhin an der Spitze dieser Zucht bleiben und werden wohl auch mit Recht beanspruchen dürfen, daß wir aus den hierfür ausgeworfenen Mitteln mehr Unterstützung erhalten als jene Gegenden des badischen Unterlandes, wo die Viehzucht erst in zweiter Linie kommt.

Anschließend hieran möchte ich noch einige Worte zu den Hufbeschlagschulen sagen; diese müssen doch auch mit der Pferdezücht in Verbindung gebracht werden. Denn wer schon die Beobachtung gemacht hat, wie ein vorher wertvolles Pferd durch unrichtige Hufbehandlung und schlechtes Beschlagen in kurzer Zeit viel an Wert verlieren, ja sogar oft wertlos und unbrauchbar gemacht werden kann, der wird mit mir übereinstimmen, daß man für die Hufbeschlagschulen auch fernerhin ein wachsameres Auge haben muß (Sehr richtig!). Ich möchte die Großh. Regierung bitten, wenn irgend möglich, den Teilnehmer an diesen Hufbeschlagkursen eine größere Unterstützung zuteil werden zu lassen, vielleicht 75 M. oder 100 M., so daß die Lust zur Teilnahme immer weitere Kreise zieht.

Was nun noch das Gebiet der Rindviehzucht anbetrifft, so werden für die drei Stammzuchtstationen 40 000 M. mehr angefordert. Die Stammzuchtstationen in Lannenbrunn und Billingen sind in Stationen zur Aufzucht von Inlandfarren umgewandelt worden. Dieser Mehraufwand scheint mir aber nur ein einmaliger zu sein. Denn es wird notwendig geworden sein, eine größere Anzahl junger Zuchtfarren anzukaufen, nach deren Wiederverkauf der Betrag alsdann wieder in Einnahme erscheint. Ich hätte es schon früher begrüßt, wenn man die Umwandlung vorgewonnen hätte und den Winken von Fachmännern gefolgt wäre; es wären manche Verluste vermieden worden. Ich zweifle nicht daran, daß die jetzige Einrichtung sich bewähren wird und mit der Zeit auch gute Resultate erzielt werden können. Nur möchte ich die Großh. Regierung bitten, dahin zu wirken, daß die dort aufgezogenen Jungfarren nicht jenen Gemeinden gar zu warm empfohlen werden, die eine besonders hoch entwickelte Viehzucht haben, nämlich den Gemeinden in den Amtsbezirken Pfundersdorf, Stodach, Engen u. d. Gemeinden auf der Saar. Denn für diese Gemeinden ist es unerlässlich notwendig, sofern sie auch weiterhin an der Spitze der Zucht des schweren Simmentaler Fleckviehes stehen und den guten Ruf erhalten wollen, den sie weit über die Grenzen des Deut-

chen Reiches hinaus haben, nur Original-Simmentaler einzuführen (Sehr richtig!), u. zwar sollte das mit Staatsunterstützung geschehen. Die Großh. Regierung kauft ja jetzt schon sehr wertvolle Farren im Simmental für 4, 5 bis 6000 Franken pro Stück und gibt sie dann an Gemeinden ab, die etwa die Hälfte dafür zu zahlen haben. Ich möchte bitten, dieses Verfahren noch weiter auszudehnen oder Gemeinden, die besonders wertvolle Tiere ankaufen, Unterstützungen zuteil werden zu lassen.

Was die Prämierungen anbelangt, bin auch ich der Meinung, daß der Meßstod nicht allzuviel angewandt werden soll. Er kann ja wohl nie ganz weggelassen werden, denn in Fällen, wo man im Zweifel ist, wird er immer seine Anwendung finden. Der Umstand, daß die Grundlage der Punktation, die auf Grund des Meßstods eingeführt wurde, wiederholt geändert werden mußte, ist ein Beweis, daß die Tiere, die früher die vorgeschriebene Punktzahl erreichten, nicht immer zu den besten gehörten. Denn die Grundlage war anfangs die, daß diejenigen Tiere als die besten anzusehen seien, die in ihren Höhenmaßen zwischen Widerrist u. Kruppe den kleinsten Unterschied aufweisen. Das trifft aber bei dem schweren Simmentaler Fleckvieh nicht zu. Gerade das Ueberwachsensein ist eine Eigentümlichkeit und eine Folge der schnellen Wüchsigkeit dieser Rasse. Als man dann gesehen hat, daß das nicht richtig ist, indem das Simmentaler Fleckvieh erst in seinem 2. und 3. Jahr ausgewachsen ist und schon ausgeglichene Formen zeigt, hat man mehr Spielraum in dieser Beziehung gelassen. Man sieht, daß man sich bei der Handhabung des Meßstods nach der Rasse der Tiere zu richten hat. Anders liegt die Sache bei der leichteren Frutiger Rasse und unserem Schwarzwälder Vieh, das langsamer wächst und schon in der Jugend ausgeglichene Formen zeigt, was beim Simmentaler eben durchaus nicht der Fall ist.

Auch ich möchte empfehlen, das Augenmerk nicht immer nur auf die äußeren Formen zu richten, sondern auch die Milchergiebigkeit und die Eigenschaften, die das Tier im Zug haben muß, zu berücksichtigen. Aber es ist dabei doch zu bemerken, daß wir die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse verlangen müssen. Wir können nicht alle möglichen Kreuzungen prämiieren, sondern wir müssen darauf halten, daß die prämierten Tiere entweder der Rasse des schweren Simmentaler Fleckviehes, dem kleinen Wälder Fleckvieh oder im Unterlande dem leichteren Frutiger Schlag zugehören. Es ist nicht zu leugnen, daß das Simmentaler Vieh an Milchergiebigkeit das braune Schwizervieh, das weiße Holländer Vieh im Durchschnitt nicht erreicht, ja daß das kleine Schwarzwälder Vieh, das in der Nahrung so anspruchslos ist, an Milchergiebigkeit manche größere Rasse übersteigt.

Empfehlen möchte ich der Großh. Regierung noch, dafür zu sorgen, daß in den größeren Bezirken zwei Prämierungsstationen eingeführt werden. Es ist das teilweise schon der Fall z. B. im Bezirk Meßkirch, aber es sollte das noch weiter ausgebeht werden, so z. B. sollte im Bezirk Stodach selbst, vielleicht in Mählingen oder in einer im südlichen Teil des Bezirkes gelegenen Ortschaft eine weitere Prämierungsplatte eingerichtet werden. Denn die Prämierungen finden gewöhnlich in den Monaten Juni oder Juli, also in der heißen Jahreszeit statt, und es kommt oft vor, daß Tiere, die in dieser heißen Zeit von weither, oft 12—18 km, zugeführt werden müssen, Schaden erleiden. Es ist sogar schon vorgekommen, daß schwere Farren infolge der Anstrengungen des Marsches geschlachtet werden mußten. Besonders große Kosten würde das nicht erfordern, auch nicht viel Zeit, denn die Prämierung könnte in Stodach morgens und mittags an dem anderen Ort stattfinden.

Ich komme noch mit einigen Worten auf die Schweinezucht zu sprechen. Bedauerlicherweise sind nur 14 000 M. auch in das vorliegende Budget eingeleitet, trotzdem schon im letzten Landtag von verschiedenen Herren, auch von mir, darauf hingewiesen wurde, daß die Einnahmen aus der Schweinezucht gerade dem mittleren und kleinen, ja hauptsächlich dem kleinen Landwirt zugute kommen. Die Schweinezucht ist für die kleinen Landwirte meist die Haupteinnahmequelle. Da sollte etwas reichlicher gegeben werden. Ich möchte daher anregen, daß die Regierung auch Privatzüchtern Unterstützungen zur Erstellung von Laufflächen gibt, um zu vermeiden, daß unsere Muttertiere zu rasch degenerieren. Es dürfte sich auch empfehlen, auf unseren Rinderstammzuchtstationen Schweinezucht zu treiben. Es würde das keine großen Kosten verursachen, nur durch Ankauf von Muttertieren und Ebern, Errichtung von Stallungen, Laufflächen sind in beliebiger Größe vorhanden, und die jetzt vorhandenen Arbeitskräfte könnten auch diese Einrichtungen noch mitbesorgen. Ich glaube, daß solche Schweinezuchtstationen auf unseren Rinderstammzuchtstationen gute Früchte tragen würden und durch keine weitere Unterstützung bräuchten, sondern nur einmalige Anschaffungskosten verursachen würden.

Erfreulich ist die Einstellung von 20 000 M. für die Einrichtung einer Saatgutausstellung. Es wäre nur zu wünschen, daß die Saatgutausstellungen, die gewöhnlich mit Saatgutmärkten verbunden werden und in vielen ländlichen Marktflecken abgehalten werden, von Seiten der Regierung unterstützt werden könnten. Erst in jüngster Zeit hat eine solche Saatgutausstellung in Neckstätt stattgefunden und hat großen Anklang gefunden und war von den Landwirten stark besucht; es war auch der Umsatz an Saatgut ein ganz beträchtlicher. Solche Saatgutausstellungen erwachsen heute aus der Notwendigkeit heraus, sich dem Getreidebau wieder mehr zuzuwenden. Denn es ist nicht zu leugnen, daß in Gegenden, die sich in den letzten Jahrzehnten hauptsächlich auf die Viehzucht geworfen haben, der Körnerbau zurückgedrängt wurde, nicht nur quantitativ, weil viele Grundstücke zum Anbau von Futtergewächsen benützt wurden, sondern bedauerlicherweise auch in qualitativer Hinsicht. Es wurde schlechtes Saatgut genommen, mit dem Saatgut zu wenig gemischt, und es ist darum nur zu begrüßen, daß die Grob-Regierung in dieser Weise vorgeht um durch die zu errichtende Saatgutausstellung den Landwirten gutes Saatgut abgeben zu können.

Ich wollte dann noch über die Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft etwas sagen, aber dieser Punkt ist schon von meinem Kollegen Neck in so eingehender Weise besprochen worden, daß ich darauf verzichten kann. Ich möchte nur hervorheben, daß die Beiträge zu der Genossenschaft von den Landwirten recht schmerzlich empfunden werden, denn sie erreichen oft die Höhe der Staatssteuern. Ja, ich habe von einzelnen Landwirten schon erfahren, daß die Beträge, die von ihnen zur Genossenschaft zu leisten sind, höher sind als die Staatssteuern selbst, und was noch umso schwerer empfunden wird, ist, daß sie auf einmal gezahlt werden müssen. Hier könnte doch auch insofern Abhilfe geschaffen werden, daß diese Beiträge vielleicht in zwei Raten, die eine Hälfte im Herbst und die andere im Frühjahr, bezahlt werden könnten.

Der Grob-Regierung möchte ich dann noch empfehlen, hauptsächlich ihr Augenmerk auf den weiteren Ausbau der Landwirtschaftsschulen zu richten. Es ist sehr zu begrüßen, daß in Rastatt eine weitere Schule errichtet wird, und ich möchte bitten, daß dieser Weg noch weiter beschritten wird, und da möchte ich auch die Ein-

richtung von Fachschulen, wie solche bei Handel und Gewerbe schon bestehen, und des weiteren auch die Abhaltung von mehr Maschinenkursen befürworten. Dank dem Entgegenkommen der Maschinenfabrik Fahr in Gottmadingen ist es möglich geworden, dort ab und zu Kurse abzuhalten, in welchen junge Landwirte die Handhabung der landwirtschaftlichen Maschinen und Ausführung kleinerer Reparaturen an denselben kennen lernen. Es ist notwendig, daß ein Landwirt, wenn er eine Maschine kauft, sei es eine Rechen- oder Mähmaschine, ihre Handhabung vollständig beherrscht und auch in der Lage ist, kleinere Reparaturen selbst vorzunehmen; damit er nicht nötig hat, die Maschine in eine weitentfernte Fabrik zu schicken, wodurch viel Zeit und Geld verloren gehen. Diese Kurse sollten vermehrt werden, und es sollte auch den Teilnehmern, wenn irgend möglich, eine Unterstützung zu teil werden. Ich bin der Ansicht, daß es gerade die landwirtschaftlichen Schulen, die Fachschulen, die Maschinenkurse usw. sind, die dem Landwirt die nötigen Kenntnisse verschaffen, die er braucht, um seine Güter rationeller und intensiver umzutreiben. Man kann heute mit Genugtuung wahrnehmen, daß es schon eine große Anzahl junger Landwirte gibt, die sich alle Errungenheiten auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Maschinenbaues zu eigen machen, die ihre Güter auf diesem Wege vortrefflich und intensiv ausnützen, und die auch ersichtlich vorwärts kommen; diese jungen Landwirte sind auch eher in der Lage, die Lasten und Schäden der Leutenot viel besser zu überwiegen, als es den anderen Landwirten möglich ist.

Die Leutenot in der Landwirtschaft werden wir nicht mehr aus der Welt schaffen, es müßte denn in der Industrie ein solcher Rückschlag eintreten, daß die Fabrikanten genötigt wären, ihre Fabriken zu schließen oder doch teilweise einzustellen. Dann wären allerdings wieder Arbeiter auf dem Lande vorhanden, aber das wäre nicht nur für die Fabrikbesitzer selbst, auch für den Staat und für die Arbeiter ein unberechenbarer Schaden, sondern das wäre für die Landwirtschaft selbst der allergrößte Nachteil (Sehr richtig!). Ohne blühende Industrie keine blühende Landwirtschaft! Die jetzige Generation unserer Landwirte muß sich eben mit diesen Gedanken vertraut machen, und sie tut das schon. Man sieht, wenn größere Güter zur Verbesserung kommen, daß sie nicht an den Mann gebracht werden können; man muß sie in drei oder vier Teile zerlegen, um einen Liebhaber dafür zu finden. Der junge Mann sieht eben ein, daß er mit einem kleineren Betriebe, den er selbst mit Maschinen bearbeitet, besser vorwärts kommt (Abg. Fröhlich: Sehr richtig!), und daß das mit dem Großbetrieb nicht mehr möglich ist (Abg. Fröhlich: Bravo!). Das ist aber auch in anderer, in sozialer Beziehung nur zu begrüßen. Aber trotz aller dieser Einrichtungen, die von Seite der Regierung so reiche Unterstützung erfahren, muß auch für den Landwirt gleich wie für die Industrie, für den Handel, für die Gewerbetreibenden und für den Arbeiter die Selbsthilfe der oberste Grundsatz bleiben. Wenn diese Selbsthilfe angewandt und gepaart wird mit den großen Zuwendungen, die von Seite der Regierung unserer Landwirtschaft zuteil werden, dann darf es auch der jetzigen Generation der Landwirte vor der Zukunft nicht bange sein (Lebhafter Beifall).

Abg. Schmidt-Bretten (Vd. d. L.): Die Beträge, welche in unserem Landwirtschaftsbudget zur Förderung der Landwirtschaft eingestellt sind, werden als „kleine Mittel“ zur Förderung der Landwirtschaft bezeichnet. Es wird dem Bund der Landwirte vielfach vorgeworfen, daß er von diesen kleinen Mitteln nichts wissen wolle. Das ist durchaus falsch, wir sind immer dafür eingetreten, und der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß

in den Bundesstaaten, in denen der Bund der Landwirte in ausschlaggebender Stellung steht, in Hessen, in Preußen und Sachsen nicht geringere Beträge im Budget stehen als bei uns in Baden.

Ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß wir nichts wissen wollen von dem Anschließen des flachen Landes durch Eisenbahnen. Ich glaube, das ist schon dadurch widerlegt, daß ich selbst wiederholt für Kleinbahnen eingetreten bin, und auch durch die Tatsache, daß in Preußen, Hessen und Sachsen das Kleinbahnsystem nicht schlechter ausgebaut ist als bei uns in Baden.

Sehr gefreut hat mich die Einstellung des Betrages von 20000 M. zur Errichtung einer Saatzuchtanstalt. Wer weiß, wie notwendig ein gutes Saatgut für einen gedeihlichen Getreidebau ist, der wird mir darin recht geben. Es ist das umso erfreulicher, als der Getreidebau gerade bei uns noch eine sehr hohe Bedeutung hat und zwar, was die Landwirtschaft anbetrifft, die bedeutendste. Der Herr Abg. Kolb ist gegenwärtiger Ansicht, er hat sich auf das Buch des Herrn Dr. Hecht berufen. Ich möchte ihn bitten, sich dies Buch genau anzusehen, und er wird finden, daß Dr. Hecht selbst angibt, daß von der Gesamtackerbaufläche in Baden 53 Proz. mit Getreide angebaut sind. Eine Ackerbaufläche von 53 Proz. spielt doch gewiß eine große Rolle und zwar die größte von allen landwirtschaftlichen Betriebsarten. In dem Buch, das im Jahre 1906 von der Stadt Karlsruhe anlässlich der Ausstellung herausgegeben wurde, findet sich ein Vermerk, wonach die jährliche Produktion in Getreide und Hülsenfrüchten in Baden über 95 Millionen M. beträgt. Das ist doch auch immerhin etwas, was sich hören läßt, und ein Beweis dafür, daß der Getreidebau eine große Rolle bei uns spielt. Ich möchte außerdem den Herrn Abg. Kolb fragen, womit unsere Bauern, falls sie den Getreidebau aufgeben sollten, dem Vieh streuen sollen? Ich möchte ihn bitten, bevor er sich darüber äußert, seinen Fraktionsgenossen Bechtold zu fragen. Dieser wird von der Sache etwas verstehen, da er auch sonst, obgleich Sozialdemokrat, ab und zu vernünftige Ansichten äußert (Heiterkeit). Er wird sagen, daß das gar nicht möglich ist. (Abg. Ged.: Mit Laubstreu!) Da werden Sie aber sehr in Konflikt mit den Forstleuten kommen. Wir haben in der Gegend von Bretten sehr viel Getreide, aber das Stroh reicht doch nicht, und die Forstleute finden sich schwer bereit, Laubstreu herzugeben, und die Schwierigkeiten würden sich noch steigern, wenn wir kein Getreide mehr zu bauen hätten.

Neben dem Getreide spielt in unserem Lande eine sehr große Rolle die Viehzucht. Das wichtigste Mittel, um unsere Viehzucht zu schützen, ist der Schutz gegen die Seuchengefahr, und zwar derjenige Schutz, der gerichtet ist gegen die Seucheneinschleppung aus dem Auslande. Es hat mich außerordentlich gefreut, daß der Herr Ministerpräsident in dieser Hinsicht in Aussicht gestellt hat, daß das Seuchengesetz auch künftighin sehr streng durchgeführt werden soll. Es wäre wünschenswert, wenn wir zu dem Zustand kämen, in dem sich England heute befindet, daß überhaupt kein lebendes Vieh mehr ins Land hereingelassen wird.

Durch die Seuchenmaßregeln im Inland entstehen unseren Landwirten große Schäden. Diese Seuchenmaßregeln werden ja zum Schutz der Allgemeinheit ergriffen. Es ist jetzt ein Reichseuchengesetz in Bearbeitung. Ich möchte den Herrn Ministerpräsidenten bitten, seinen Einfluß im Bundesrat dahin geltend zu machen, daß die Leute — es sind insbesondere unsere Kuhbauern — für diejenigen Maßregeln entschädigt werden, die für die Allgemeinheit notwendig sind.

Eine Klage unserer Landgemeinden ist die, daß bei dem Faselkauf schwere Eingriffe in die Selbständigkeit der Gemeinden gemacht werden. Bei der jetzigen Handhabung des Faselkaufs hat der Bezirkstierarzt das Recht zu sagen, er genehmige den Fasel nicht. Es sind da schon sehr merkwürdige Fälle vorgekommen. Es ist vorgekommen, daß Fasel, die in einem Bezirk von dem Bezirkstierarzt als nicht tauglich bezeichnet wurden, in einem anderen Bezirk angekauft und dort nicht nur von dem Bezirkstierarzt als ankaufswürdig bezeichnet, sondern sogar bei der ersten Viehprämierung mit dem ersten Preis bedacht wurden. Es ist hier im Bezirk Karlsruhe von der Gemeinde Knielingen ein Fasel angekauft worden, er wurde nicht genehmigt; nachher aber hat ihn die Gemeinde Wilferdingen angekauft, und er wurde genehmigt und bald nachher bei der Prämierung in Durlach mit dem ersten Preis ausgezeichnet. Das Verfahren bei dem Faselkauf ließe sich etwas anders regeln. Ich verlange nicht, daß der Bezirkstierarzt ganz ausgeschaltet wird. Es wird sich darüber streiten lassen, ob die Bauern allein so sachverständig sind, daß sie einen Fasel richtig beurteilen können. Aber der Bezirkstierarzt sollte nicht allein ausschlaggebend sein, sondern es sollte eine Kommission gebildet werden, die vielleicht aus zwei sachverständigen Landwirten und dem Bezirkstierarzt bestünde, und in dieser Kommission sollte jedes dieser drei Mitglieder gleiches Stimmrecht haben; auch wenn der Bezirkstierarzt von den beiden anderen Mitgliedern überstimmt wird, sollte der Fasel doch als angekauft gelten. Soviel wird man dem Bezirkstierarzt wohl schon zutrauen dürfen, daß er dann, wenn der Fasel wirklich untauglich ist, auch die bäuerlichen Mitglieder davon überzeugt. Es wäre das ein ähnliches Abstimmungsverhältnis wie bei den Schöffengerichten.

Ueber das Verfahren bei der Prämierung werden auch vielfach Klagen laut. Es sind insbesondere unsere Kleinbauern, die darüber klagen, daß ihnen von den Prämien viel zu wenig zukommen. Herr Geh. Oberregierungsrat Nebe hat in der Landwirtschaftskammer das Verhältnis angegeben, in welchem die Kleinbauern mit Prämien bedacht werden. Es ist tatsächlich eine sehr niedrige Zahl, es sind etwa 400, während die mittleren Bauern mit etwa 1300 Prämien bedacht werden. Das ist an und für sich nach dem jetzigen Verfahren sehr natürlich. Die Kleinbauern fahren mit Kühen. Es ist ihnen selbstverständlich nicht möglich, das Vieh derart herauszufüttern, daß es vor den Augen der Prämierungskommission besteht. Es ist mir gesagt worden, daß ein Stück Vieh, wenn es das Aussehen haben soll, um prämiert werden zu können, mindestens 4 bis 6 Wochen im Stall stehen müsse. Das ist bei einem Kuhbauern selbstverständlich nicht möglich; er muß mit seinem Vieh den Wagen bespannen. Man sollte dem Mißstand dadurch abhelfen, daß man besondere Prämien für die Kuhbauern schafft, daß besondere Klassen für solche Kühe geschaffen werden, mit denen ständig gefahren wird, um auch diesen Kleinbauern es zu ermöglichen, daß sie von den Prämien bekommen. Es wäre das auch für sie eine Aufmunterung zur Verbesserung ihrer Viehzucht.

Dann wird darüber geklagt, daß die Bezirkstierärzte auch Preisrichter in dem Bezirk, in dem sie wohnen, seien. Es ist das ja eine Klage, die schon auf dem letzten Landtag behandelt worden ist. In Württemberg ist das anders. In Württemberg tauschen die Bezirkstierärzte gegenseitig. Ein Bezirkstierarzt ist Preisrichter in seinem Nachbarbezirk, so daß auch nicht der Schein bestehen kann, daß nicht etwa ein Dohje oder eine Kuh prämiert wird sondern der Eigentümer (Heiterkeit).

In dem Bezirk Bretten wird darüber geklagt, daß bei der Viehprämierung auch das Vieh der Erziehungsanstalt Flehingen zugelassen wird, und viele Prämien auf dieses Vieh fallen. Es ist ja selbstverständlich, daß immer die schönsten Kühe aus der Erziehungsanstalt Flehingen stammen. Die Erziehungsanstalt Flehingen bekommt das Geld von uns hier bewilligt, und es ist natürlich leicht, von anderer Leute Geld schöne Tiere zu kaufen! Ich will nun nichts dagegen sagen, daß die Kühe der Erziehungsanstalt Flehingen zu der Prämierung zugelassen werden. Aber sie sollen keine Prämien bekommen. Es wird immerhin für die Bauern, die bei der Prämierung zugegen sind, sehenswert sein, was für Vieh die Erziehungsanstalt hat. Es ist tatsächlich immer sehr schönes Vieh. Aber es ist für die Leute sehr unangenehm, wenn sie sehen: das Vieh, das mit Staatsgeld angekauft ist, nimmt die Prämie weg.

Eine der überflüssigsten Bestimmungen, die in letzter Zeit durchgeführt werden, ist die, daß den Landgemeinden vorgeschrieben wird, eine Freibank für das notgeschlachtete Vieh zu halten. Ich habe mich außerordentlich gewundert, als ich von dieser Einrichtung hörte. Sie ist durchaus überflüssig deswegen, weil ja in dem Ort, in dem eine Notgeschächtung stattfindet, jeder weiß, woran das Tier gefallen ist. Es ist mir gesagt worden, daß das Fleisch von derartigen notgeschlachteten Vieh nur von anderen Bauern gekauft wird, daß sich die Bauern dieses Fleisch aus Gefallen gegenseitig abkaufen, damit es der eine nicht für sich allein verwerten muß. Es ist mir gesagt worden, daß andere Leute selten dazu zu bringen sind, höchstens auch aus Freundschaft.

Ich bitte also den Herrn Ministerpräsidenten, dafür Sorge zu tragen, daß das — ich weiß nicht, auf welcher Bestimmung das beruht — beseitigt wird. Es entstehen dadurch den Gemeinden nur ganz unnötige und überflüssige Kosten. Die Landgemeinden haben in den letzten Jahren große Aufwendungen für andere Einrichtungen machen müssen. Sie haben für die feuerfesten Räume der Grundbuchämter usw. große Beträge ausgeben müssen und werden es künftighin auch für weitere Einrichtungen, wie Schulhäuser, tun müssen.

Neben dem Fleisch ist die Milch das Hauptprodukt der Viehzucht. Der Preis der Milch ist ein außerordentlich niedriger, und es ist berechnet worden, daß, wenn der Preis heute nicht 15 Pfg. beträgt, der Milchlieferant zusehen muß. Es ist von dem Herrn Abg. Schüller in einer der letzten Sitzungen ein Artikel aus dem „Volksfreund“ vorgelesen worden, in welchem die Erhöhung des Milchpreises für die Bauern bekämpft wird. Es wurde da wieder von Milchwucherern gesprochen. Es ist schon mit Recht darauf hingewiesen worden, daß das zweifellos kein Ausdruck der Bauernfreundschaft von Seiten der Sozialdemokratie sei; denn der Preis, den der Bauer für seine Produkte bekommt, ist nur ein anderer Ausdruck für seinen Arbeitslohn, und was dem Arbeiter recht ist — auch er will höhere Löhne —, das sollte doch den Bauern gegenüber auch als billig gelten.

Sehr bedauerlich ist, daß in letzter Zeit mehr und mehr größere Landwirte dazu übergehen, sich keine Milchkühe mehr zu halten. Dazu trägt erstens der niedere Preis der Milch bei, ferner die Tatsache, daß es außerordentlich schwer ist, einen tüchtigen, zuverlässigen Schweizer zu bekommen. Dann ist es noch eine andere Tatsache, und das ist die (sie ist berührt worden), daß verlangt wird, daß die Milch, auch wenn ihr kein Wasserzusatz gemacht wird, einen bestimmten Fettgehalt, gewöhnlich von 3 Prozent, haben soll. Das ist ein ganz merkwürdiges Verlangen, wenn man bedenkt, daß bei einem anderen landwirtschaftlichen Produkte, beim Wein, gesetzlich zugelassen ist, daß Wasser hinzugetan wird.

Es gibt doch auch Leute, die reinen Wein eingeschenkt haben wollen! Wenn man die Forderung nach einem bestimmten Fettgehalt der Milch durchführen will, dann muß man verlangen, daß der Bauer entweder sich alle vier Wochen einen Chemiker in den Stall kommen läßt, oder daß er selbst soviel Chemie studiert, daß er beurteilen kann, welchen Fettgehalt die Milch hat. Der Fettgehalt der Milch wechselt manchmal von Tag zu Tag, wechselt, sobald die Kühe anderes Futter bekommen; er ist geringer, wenn die Kühe frischmelkend sind, er ist ein geringer beim Morgenmelken, größer beim Mittagmelken.

Ich habe in den Zeitungen gelesen, daß wir demnächst ein Reichsgesetz erhalten werden, wonach die Verwendung von Milch von tuberkulösen Kühen nur in abgekochtem Zustande erlaubt und die Milch von euterkranken Kühen überhaupt nicht erlaubt sein soll. Das ist zweifellos eine Bestimmung, gegen die sich nicht viel einwenden läßt. Aber ich möchte den Herrn Ministerpräsidenten bitten, falls er dazu in der Lage ist, mir zu sagen, wie man sich da gegenüber der aus dem Auslande eingeführten Milch verhalten wird, denn wir haben gar keine Sicherheit dafür, daß im Auslande ebenso gehandelt wird. Falls er nicht dazu in der Lage ist, mir Antwort zu geben, möchte ich ihn bitten, daß Garantien dafür geschaffen werden, daß eingeführte Milch ebenso wie inländische behandelt wird, denn wenn das nicht der Fall wäre, so wäre das zweifellos eine Bevorzugung der ausländischen Milchproduzenten.

Es ist mit Recht auch heute schon behauptet worden, daß die Schweinezucht bei uns im Lande eine große Rolle spielt, und es ist mit Recht behauptet worden, daß sie diese Rolle insbesondere für die Kleinbauern und für die kleinen Leute spielt. Es ist Tatsache, 95 Proz. der Schweinezucht befinden sich in den Händen von kleinen und mittleren Bauern. Auch darüber wird zurzeit mit Recht geklagt, daß die Preise, die erzielt werden, durchaus unrentabel sind. Ich möchte den Herrn Abg. Kolb bitten, doch auch darüber etwas zu schreiben, daß die Preise, die die Bauern zurzeit aus der Schweinezucht erzielen, unrentabel sind. Wenn er das tut, glaube ich auch einmal an seine Bauernfreundschaft; aber wir werden wohl lange warten können, bis man etwas derartiges von ihm liest.

In dem Bezirke Bretten wird sehr über die Rasse geklagt, die dort durch die Eber eingeführt worden ist. Es wird eine Rasse gehalten, die die Leute als spitzohrige Rasse bezeichnen. Im benachbarten Württemberg wird eine andere Rasse gehalten, die die Leute als schlappohrige Rasse bezeichnen. Nun ist sehr bezeichnend dafür, welches die bessere Rasse ist, daß die sog. schlappohrigen Schweine auf dem Schweinemarkt in Bretten viel lieber gekauft werden als die spitzohrigen, und zwar schon seit längeren Jahren. Ich meine, es müßte doch von dem dortigen Bezirksstierarzt dafür gesorgt werden, daß auch die Züchter in Baden eine Schweinerasse erhalten, die man ebenso gut verkaufen kann wie die in Württemberg gezüchtete.

Ueber den Tabakbau ist auch verschiedentlich gesprochen worden. Es ist gegenüber früheren Zeiten anzuerkennen, daß die Bauern jetzt bessere Qualitäten an die Wage bringen als früher. Ich meine aber, die jetzige Art der Prämierung des Tabaks sei nicht die richtige. Wenn Jemand darauf ausgeht, seinen Tabak prämiert zu sehen, so ist es ihm ein Leichtes, sich einfach einige gute Stöcke zu ziehen; er kann sonst den größten Schund von Tabak haben, er bekommt doch den Preis. Die richtige Art der Prämierung wäre die, daß die Prämierung an der Wage erfolge. Das wird auch auf die anderen Bauern einwirken; sie werden dann mehr und

mehr darnach bestrebt sein, einen schönen Tabak an die Wage zu bringen. Was die in Aussicht gestellte Tabaksteuer anlangt, so bitte ich den Herrn Ministerialpräsidenten, im Bundesrate dafür einzutreten, daß keine Reichsteuervorlage kommt, bei der die Gefahr besteht, daß unsere Tabakbauern wieder die Bede bezahlen müssen wie im Jahre 1879.

Hinsichtlich des Weines stehe ich auf dem Standpunkte des Deklarationszwanges. Es wird sich ja dieser allerdings nicht erreichen lassen; aber es wird das in Aussicht stehende Weingesetz uns insofern doch eine Verbesserung gegenüber dem früheren Zustand bringen, als wir die Kontrolle im Hauptamte für das ganze Reich bekommen werden und das nicht mehr den Bundesstaaten überlassen ist. Es wird das deswegen einen großen Vorteil gegenüber dem jetzigen Zustande bedeuten, weil es beispielsweise den pfälzischen Weinbauern gar nichts nützen kann, wenn in der Pfalz geschmierte Weine laufen gelassen werden, während das in Berlin, wo doch auch viel Wein getrunken wird, nicht der Fall ist. Eine andere in Aussicht stehende Bestimmung ist die, daß der Wasser- und Zuckerzusaß nur noch räumlich und zeitlich gestattet ist, daß Wasser und Zucker nur bis zum 31. Dezember zugefügt werden dürfen, während der Zusaß bisher völlig unbegrenzt war.

Unter den vielen Versuchen und Mitteln, um der tatsächlich bestehenden und sehr bedauerlichen Landflucht zu steuern, steht der militär-landwirtschaftliche Unterricht, wenn er verständnisvoll gehandhabt wird, obenan, weil dem landwirtschaftlichen Soldaten der Glaube an seinen Beruf, und sein berechtigter Bauernstolz dadurch gestärkt werden, wenn er sieht, daß seine Führer, die Offiziere, ihm entweder diesen Unterricht selbst geben oder wenigstens daran teilnehmen. (Große Heiterkeit links.)

Den Anträgen auf schnellere Abschätzung des Flurschadens werden wir selbstverständlich zustimmen. Ich habe ja selbst schon im letzten Landtage darüber gesprochen. Ich bin damals auch dafür eingetreten, daß mehr Kommissionen gebildet werden sollen, und daß die Bildung dieser größeren Zahl von Kommissionen dadurch ermöglicht wird, daß die Kommissionen kleiner gestaltet werden. Daß auch kleinere Kommissionen in der Lage sind, den Schaden richtig abzuschätzen, haben wir ja leghin vom Abg. Morgenthaler gehört.

Es ist das schon deswegen wünschenswert, damit die Kosten nicht so außerordentlich hohe werden. Die Kommissionen, welche die Flurschäden abzuschätzen haben, bekommen täglich über hundert Mark; das ist doch ein außerordentlich hoher Betrag. Wenn die Kommission auf etwa drei Mitglieder herabgesetzt wird, wird schon eine bedeutende Ersparnis erzielt sein.

Uebrigens möchte ich da noch auf etwas aufmerksam machen, worauf ich schon im letzten Landtag abgehoben habe, nämlich auf das, daß die Gemeindebeamten, die bei dieser Flurschadensabschätzung beteiligt sind, auch vollständig vom Reich bezahlt werden sollten.

Auch dem Antrag auf ausgiebigere Vergütung für Pferdeinquartierung werden wir selbstverständlich zustimmen. Die jetzt bezahlte Vergütung würde genügen, wenn nur der Bauer nicht in die Lage käme, für die Pferde auch noch von seinem Heu hergeben zu müssen. Aber es ist Tatsache, daß in dieser Beziehung kein Bauer ungerupft davonkommt. Meist geben sie das Heu freiwillig, weil sie sich sagen: wenn wir es nicht freiwillig hergeben, wird uns das Doppelte gestohlen.

Der Herr Abg. Neuwirth hat gemeint, die Errichtung eines Truppenübungsplatzes würde uns eine gründliche Befreiung von den Manövern bringen. Er meint da selbstverständlich nur das Brigadexerzieren. Soviel

mir nun bekannt ist, ist das nicht ganz richtig, denn es ist nicht möglich, sämtliche Brigaden auf dem Truppenübungsplatz das Brigadexerzieren abhalten zu lassen. Falls das richtig ist, möchte ich den Herrn Ministerialpräsidenten bitten, bei der Militärbehörde dahin wirken zu wollen, daß wenigstens die Kavallerie ihr Brigadexerzieren auf dem Truppenübungsplatz abhalte, denn, wie der Herr Abg. Neuwirth mit Recht betont hat, ist die Einquartierung der Kavallerie die unangenehmste.

Das Genossenschaftswesen wurde von dem Herrn Abg. Kolb und auch von dem Herrn Abg. Müller als die Hauptfrage der Landwirtschaft bezeichnet. Daß das Genossenschaftswesen für die Landwirtschaft sehr wichtig ist, das gebe ich selbstverständlich ohne weiteres zu. Aber daß es die Hauptfrage der Landwirtschaft ist, das ist nicht richtig; denn was sollen die Genossenschaften helfen, wenn die Preise für landwirtschaftliche Produkte auf dem Weltmarkt so niedrige sind, daß auch die Genossenschaften den Bauern keine rentable Preise verschaffen können?! Hinsichtlich des Genossenschaftswesens wurde übrigens, und zwar auch im Schopshheimer Wahlkampf, behauptet, der Bund der Landwirte wolle davon nichts wissen. Aber die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Es sind vom Bunde der Landwirte außerordentlich viele Genossenschaften, auch eine Reihe von Viehverwertungsgenossenschaften, gegründet worden.

Ein anderer Abgeordneter, es war der Herr Abg. Nies, hat behauptet, die Bildungsfrage sei die für die landwirtschaftliche Bevölkerung wichtigste. Auch diese Behauptung kann ich nicht als richtig zugeben. Selbstverständlich bin auch ich der Ansicht, daß es für den Bauern wichtig ist, daß er sich die nötige Bildung aneignet, um im Leben seinen Mann stellen zu können. Aber so sehr ungebildet, wie man immer behauptet, und wie man (zu den Sozialdemokraten gewendet) besonders von dieser Seite des Hauses es darstellen möchte, sind unsere Bauern doch nicht. Um zu zeigen, wie wenig unsere Bauern eigentlich verstehen, ist in der Landwirtschaftskammer ein Beispiel erwähnt worden, daß ein Bauernbursche von siebzehn Jahren noch nicht auszurechnen vermöchte, wie viel er auf zehn Mark herauszugeben habe, nachdem er für etwas über vier Mark Eier verkauft hatte; ja, ich glaube, wenn dieser junge Mann außer den acht Jahren, die er in der Volksschule gewesen ist, nochmal drei Jahre hineingegangen wäre, hätte er es wahrscheinlich auch nicht ausrechnen können. Auch die Bildungsfrage hängt eng mit den Preisen zusammen, die die Landwirte für ihre Produkte bekommen (Lachen bei den Sozialdemokraten). Sie lachen darüber, meine Herren, das ist eben wieder ein Beweis für das kolossale Verständnis, das Sie für die Landwirtschaft haben. (Abg. Kolb: Und für Ihr Unverständnis in der Sache!) Mit Ihnen, Herr Abg. Kolb, werde ich nachher schon noch reden (lautes Lachen bei den Sozialdemokraten), ich werde dann von Ihrer angeblichen „Sachkenntnis“ sprechen!

Wenn die Landwirte für ihre Waren rentable Preise bekommen, dann sind sie selbstverständlich viel eher in der Lage, für die Bildung ihrer Kinder das Nötige aufzuwenden, als wenn sie unrentable Preise erhalten; und ein Bauer, der solche Preise für seine Produkte bekommt, daß er sich Dienstboten halten kann, ist auch eher in der Lage, seine Söhne in die landwirtschaftliche Winterschule zu schicken, als wenn er sie daheim im Geschäft braucht.

Als eine andere für die Landwirtschaft wichtige Frage wurde die Arbeiterfrage, die sogenannte Leutenot, bezeichnet. Es ist Tatsache, daß das eine der schlimmsten Fragen für unsere Landwirtschaft, besonders für die mittleren Bauern ist.

Auch die Arbeiterfrage hängt eng mit der Rentabilität der Landwirtschaft zusammen. Wenn die Landwirtschaft infolge höherer Preise, die sie erhält, in die Lage versetzt wird, ihren Arbeitern höhere Löhne zu bezahlen, dann wird sie auch eher instande sein, Arbeiter zu bekommen als in Zeiten, in denen die Landwirtschaft unrentabel ist.

Die Hauptfrage der Landwirtschaft ist nach meiner Auffassung die Preisfrage. In erster Reihe kommt es darauf an, daß der Landwirt für seine Produkte einen rentablen Preis bekommt, damit er nicht nur einen seiner Arbeit angemessenen Arbeitslohn sondern auch eine Rente aus seinem Vermögen erzielt. Das ist der Angelpunkt der Landwirtschaft.

Um auf die angebliche „Wucherpolitik“ des Bundes der Landwirte hinweisen zu können, wird vielfach auch der Antrag Kanitz hervorgehoben; das ist auch in dem Wahlkampf in Schopfheim geschehen. Nun habe ich dort bemerkt, daß die meisten Leute überhaupt nicht wissen, was denn der Antrag Kanitz will. Einen großen Politiker in diesem Hause, den Herrn Abg. Süßkind, habe ich leztthin auch darnach gefragt — und er hat es auch nicht gewußt (Heiterkeit). Damit auch der Herr Abg. Süßkind es künftighin weiß, will ich es ihm sagen (Abg. Ged.: Hätten Sie es ihm doch damals gleich gesagt, — Heiterkeit!) damit er es vielleicht beim künftigen sozialdemokratischen Agrarprogramm verwerten kann.

(Zuruf des Abg. Süßkind.) Der Antrag Kanitz hat nämlich verlangt, daß der Einkauf und Verkauf des eingeführten Brotgetreides für Rechnung des Reiches erfolgen solle; er hat weiter gewollt, daß der Verkaufspreis des eingeführten Getreides nach dem vierzigjährigen Durchschnitt der Jahre 1850 bis 1890 gebildet werden solle; das war für Weizen 205 Mark pro Tonne und für Roggen 161 Mark pro Tonne. Als dieser Antrag Kanitz im Reichstag vorgelegt war, da wurden von der sozialdemokratischen und von der linksliberalen Presse die hier geforderten Preise als „Wucherpreise“ bezeichnet. Nun, wie steht es denn mit diesen „Wucherpreisen“, wie verhalten sie sich z. B. zu den Preisen, die zur Zeit bezahlt werden und im lezten Jahre bezahlt worden sind?

Für Weizen beträgt der Preis für die Mailieferung 1908 230 Mark und für Roggen 214 Mark, also bedeutend höhere Beträge, als sie damals vom Bund der Landwirte in dem Antrag Kanitz verlangt worden sind. Wenn der Antrag Kanitz Erfolg gehabt hätte, dann hätten wir heute bedeutend niedrigere Preise, als wir sie tatsächlich haben (Abg. Fröhlich auf: Oder einen neuen Antrag Kanitz!). Das wissen Sie doch garnicht. Sie kennen die Absichten des Bundes der Landwirte, scheint es, viel genauer als er selber (Abg. Fröhlich auf: Sehr richtig! Große Heiterkeit). Dann ist der Herr Abg. Fröhlich allerdings um seine Sehergabe zu beneiden, wenn er den Leuten Herz und Nieren prüfen kann, wie er es behauptet. Ich erlaube mir aber, hinter das „Sehr richtig!“ ein kleines Fragezeichen zu setzen.

Ich komme nun, wie versprochen, zu dem Herrn Abg. Kolb. Die richtigste Bemerkung, die der Herr Abg. Kolb auch in diesem Landtag wieder gemacht hat, ist die, daß er in landwirtschaftlichen Fragen nicht Sachverständiger ist. Er hat von den Demagogen des Bundes der Landwirte gesprochen. Das macht sich doch sehr eigenartig von dem Anhänger einer Partei, deren ganze Existenz auf Demagogie aufgebaut ist (Sehr richtig! im Zentrum). Eine Partei, die gegen alles hegt, was dem deutschen Mann hoch und heilig ist, sollte doch nicht anderen Leuten Demagogie vorwerfen (Abg. Süßkind: Selbst nicht dem Herrn Abg. Schmidt). Ich erinnere

nur daran, daß nach den lezten Reichstagswahlen in einem sozialdemokratischen Blatt die deutsche Reichsfahne als der Schmutzlappen des Pottentottenblocks bezeichnet wurde, und daß da vor einiger Zeit das Nationaldenkmal der Königin Luise in Memel als Schandsäule von Memel bezeichnet wurde. Heftigere Ausdrücke als diese kann es doch überhaupt nicht mehr geben.

Der Herr Abg. Kolb hat, wie es mehrfach geschieht, auf Dänemark als ein Musterland für landwirtschaftliche Verhältnisse hingewiesen. Es ist richtig, daß Dänemark ein Musterland ist, aber ein Musterland in dem Sinne, daß es für uns abschreckend wirken muß. Dänemark hatte früher auch einen blühenden Getreidebau. Dieser Getreidebau konnte aber infolge der Welthandelspreise gegenüber Amerika nicht mehr konkurrieren. Die dänischen Landwirte sind daher vom Getreidebau auf die Viehwirtschaft übergegangen. Der Boden in Dänemark ist ein außerordentlich fruchtbarer. Das Klima in Dänemark ist ein mildes Seeklima, das sich also gerade für Viehzucht außerordentlich gut eignet.

Es ist auch das richtig, was der Herr Abg. Kolb angeführt hat, daß in Dänemark ein hoch ausgebildetes Genossenschaftswesen besteht, ferner auch, daß eine gute Schulbildung auch für die Landwirte dort zu erlangen ist und gewöhnlich erlangt wird. Die Viehwerwertungs-genossenschaften sind besonders deswegen besser gelungen als bei uns, weil die Abnehmer, hauptsächlich Großabnehmer, in London und sonst in England und auch in Deutschland sind. Zölle, wenigstens für Getreide usw., bestehen nicht.

Das sind nun lauter Voraussetzungen, die, wie die Sozialdemokratie und die Linksliberalen behaupten, eine Landwirtschaft wirklich groß und glücklich machen. Aber wie steht es denn eigentlich nun mit dieser angeblich so blühenden Landwirtschaft in Dänemark? Trotz der günstigen Voraussetzungen ist die dänische Landwirtschaft durchaus nicht in glanzvoller Lage. Die Bodenpreise sind seit dem Jahre 1885 außerordentlich zurückgegangen. Das ist ja zwar das Ideal des Herrn Abg. Kolb; aber anderer Leute Ideal ist das nicht.

Die Bauern in Dänemark müssen eine außerordentlich mäßige Lebensweise führen. Das zeigt sich darin, daß ungeheure Mengen von Margarine von den dänischen Bauern verzehrt werden, während sie ihre Butter ins Ausland ausführen. Aber der beste Beweis dafür, daß die dänische Landwirtschaft für uns kein Vorbild sein kann, ist die Tatsache, daß sie bedeutend weniger Menschen ernährt als die Landwirtschaft bei uns. In Dänemark ernährt nämlich die Landwirtschaft nur 337 Personen pro 1000 Hektar; in Preußen ernährt sie etwa 500 Personen pro 1000 Hektar. Darüber, wieviele Personen hier in Baden von der Landwirtschaft sich auf 1000 Hektar ernähren, habe ich nichts gefunden. Ich habe mir nur die Verhältnisse bei uns im Kraichgau und im badischen Unterland daraufhin ansehen können, bin aber da zu dem Schluß gekommen, daß bei uns auf 1000 Hektar Boden sich mindestens 1000—1200 Personen ernähren können, also die dreifache Zahl wie in Dänemark.

Wenn wir nun nach dem Muster des Herrn Abg. Kolb verfahren und auch die Landwirtschaft so betreiben wollten, wie sie in Dänemark betrieben wird, dann müßten  $\frac{2}{3}$  der Leute, die sich bisher mit der Landwirtschaft ernährt haben, sich anderen Berufen zuwenden. Abgesehen davon wäre es überhaupt garnicht möglich, die Landwirtschaft so zu betreiben, wie es in Dänemark der Fall ist, weil bei uns das Klima garnicht so beschaffen ist. Also mit diesem Vorbild ist es nichts, Herr Abg. Kolb.

Der Herr Abg. Kolb hat davon gesprochen, daß wir einen Gegensatz zwischen Arbeitern und Bauern

schaffen. Ich habe ihm schon zugerufen, daß das Gegenteil der Fall ist, daß dieser Gegensatz von da drüben geschaffen wird, und zwar dadurch, daß, sobald der Bauer einen höheren Preis für seine Produkte verlangt, er „Wucherer“ geschimpft wird.

Der Herr Abg. Kolb hat mit Recht ausgeführt, daß eine richtige Sozialpolitik auch eine richtige Agrarpolitik zur Voraussetzung habe. Das ist ganz richtig, aber allerdings in einem anderen Sinne, als es der Herr Abg. Kolb meint. Ich bin nämlich der Ansicht, daß nur dann eine richtige Sozialpolitik getrieben werden kann, wenn wir nicht durch eine unrichtige Preispolitik die Kleinbauern nötigen, ihren bisherigen Beruf zu verlassen und auch Lohnarbeiter zu werden. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß aus den Kreisen der ruinierten Kleinbauern die meisten Lohnrücker in der Industriearbeiterschaft kommen. Ich befinde mich in dieser Beziehung in der Gesellschaft eines Mannes, der dem Herrn Abg. Kolb sehr nahe steht. Es ist nämlich der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete von Bollmar, der im Jahre 1904 auf einem sozialdemokratischen Parteitage gesagt hat: „Sodann übt die fortbauernde Verschlechterung der landwirtschaftlichen Verhältnisse auch einen unmittelbaren Nachteil auf die städtischen Arbeitsverhältnisse aus; denn alle unsere Bestrebungen nach Arbeiterschutz und nach Verbesserung der Arbeiterverhältnisse werden immer wieder dadurch geschädigt und illusorisch gemacht, daß ungeschützte und proletarisierte Bauern in steigendem Maße in die Städte drängen und dort zu Lohnrückern werden.“ Das ist daselbe, was ich hier eben auch gesagt habe.

Der Herr Abg. Kolb hat in seiner Rede zugegeben, daß unser Getreidebau mit dem amerikanischen nicht konkurrieren könne. Das ist ganz richtig. Aber ich komme aus dieser Erkenntnis zu einem ganz andern Resultat als der Herr Abg. Kolb. Er meint, wir sollen den Getreidebau einfach aufgeben (Abg. Kolb: Das habe ich garnicht gesagt). Ja, wohin kämen wir denn, wenn wir das befolgen wollten? Wir würden hinsichtlich unserer Nahrungsmittelversorgung vollkommen vom Auslande abhängig werden, und das ist, wie der Herr Abg. Schäfer mit Recht ausgeführt hat, schon wegen eines etwa drohenden Krieges durchaus nicht wünschenswert. Wenn wir den Getreidebau aufgeben wollten, dann würden sich ja die Bauern wieder anderen Betriebsarten zuwenden und würden dann denen, die bisher andere Betriebsarten hatten, eine sehr unerwünschte Konkurrenz bereiten.

Der Herr Abg. Kolb hat auch von der angeblichen Erhöhung der Futtermittelzölle gesprochen. Nun ist aber Tatsache, daß wir nur auf Mais und auf Futtergerste einen Schutz Zoll haben. Bei Futtergerste ist er gegenüber dem früheren Zustand um 70 Pf. ermäßigt worden, dagegen bei Mais allerdings um 1,40 M. gegenüber dem früheren Zustand erhöht worden. Aber zum Beweis dafür, daß nicht der Zoll auf Mais, daß überhaupt nicht der Zoll an der Preissteigerung schuld ist, die wir jetzt haben, dient die Tatsache, daß diejenigen Futtermittel, auf denen keine Zölle ruhen, z. B. Roggenkleie um 14 Proz., Weizenkleie um 23 Proz., Kepsfuchen um 27 Proz., Sesamfuchen um 39 Proz. und Delfuchen um 40 Proz. gestiegen sind. Auch eine Reihe anderer Produkte, Industrieerzeugnisse, sind außerordentlich im Preise gestiegen, obwohl auf ihnen kein Zoll ruht. Die Erhöhung der Futtermittelpreise rührt daher, daß wir im Ausland eine außerordentlich schlechte Ernte zu verzeichnen hatten, und daß auch in Norddeutschland die Ernte sehr schlecht ausgefallen ist.

Der Herr Abg. Kolb hat auch wieder von der Rückständigkeit der Bauern gesprochen, hat sich aber

insofern widersprochen, als er die Ertragssteigerung, die wir in den letzten 20—30 Jahren gehabt haben, selbst zugibt. Wir haben tatsächlich außerordentlich hohe Ertragssteigerungen zu verzeichnen. Wenn der Herr Abg. Kolb meint, es sei auf diese Ertragssteigerung nie hingewiesen worden, so ist das unrichtig. Wir sind der Ansicht, daß es der Landwirtschaft kaum möglich gewesen wäre, die schwere Krise zu überwinden, wenn sich nicht die Erträge so außerordentlich gesteigert hätten.

Nun komme ich zu dem, was der Herr Abg. Kolb darüber gesagt hat, daß die Sozialdemokratie nicht landwirtschaftsfeindlich sei. Der Herr Abg. Wittemann hat heute schon mit Recht darauf hingewiesen, daß das Agrarprogramm, das letzthin der Herr Abg. Kolb zur Verlesung gebracht hat, nicht das Programm der sozialdemokratischen Partei sondern das Programm des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten David sei, das aber niemals von der Partei anerkannt worden sei. Wie man übrigens in sozialdemokratischen Kreisen über die Landwirtschaft denkt, dafür will ich ein Beispiel geben aus dem „Vorwärts“, der mir übrigens die sozialdemokratischen Äußerungen richtiger zu äußern scheint als der Herr Abg. Kolb. Er schreibt am 6. Dezember 1891: „Uns kann es nicht in den Sinn kommen, den Privateigentumsbestrebungen der Bauern auf Grund und Boden irgendwie förderlich zu sein. Die Ernte gehört nicht den Bauern sondern allen Menschen. Privateigentum an Grund und Boden ist niemandem zuzugestehen.“ Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ schreibt im Mai 1890: „Wir erklären nicht bloß den großen Gutshöfen sondern auch dem kleinsten Bauernhaus den Krieg.“ Der Sozialdemokrat (ich glaube, er ist auch Abgeordneter) Fischer jagte auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Breslau im Oktober 1895: „Die Sozialdemokratie kann den Bauern erst gewinnen, wenn er von seinem Eigentum losgelöst ist, durch Juden bankrott gemacht ist.“ (Zuruf.) Ich habe da noch eine ganze Reihe berartiger Äußerungen. Wenn sich der Herr Abg. Kolb dafür interessiert, stehen ihm diese zur Verfügung. Es ist vorhin herübergerufen worden, es sei schon lange her, daß diese Äußerungen gefallen sind. Das ist richtig. Man ist jetzt auf sozialdemokratischer Seite in dieser Hinsicht etwas vorsichtiger geworden. Wenn man wie der Herr Abg. Kolb sagt: „Wir wollen auch die Stimmen der Bauern!“, kann man selbstverständlich nicht auch sagen: „Die Bauern können unferetwegen zu Grunde gehen.“ Der Herr Abg. Kolb hat das allerdings anders ausgebrückt, er hat gesagt: „Wir werden doch nicht so dumm sein und gegen die Bauern sein.“ Er hätte auch sagen können: „Wir werden doch nicht so dumm sein, uns als Bauernfeinde zu zeigen.“ Es ist in letzter Zeit, nicht in allerletzter, aber doch seit 1900 eine Äußerung des sozialdemokratischen Abg. Bebel auf dem Parteitag in München gemacht worden, die nach dem Stenogramm des Parteitagberichts in der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ vom 19. September 1902 dahin lautet: „Es gibt keinen egoistischeren (selbstsüchtigeren), keinen rücksichtsloseren, keinen brutaleren, auch keinen bornierteren dummen Menschenschlag als den bäuerlichen, gleichviel welcher Gegend.“ (Zuruf von den Bänken der Sozialdemokraten: Das ist falsch!) Ich weiß wohl, lassen Sie mich ausreden, der Abg. Bebel sagt, er habe nicht gesagt: „als die bäuerliche Bevölkerung“, sondern „als die agrarische Klasse“. Aber wer sind denn die Agrarier? Es sind diejenigen Bauern, welche für die andern Bauern, die dazu zu schlapp sind, die Rastanien aus dem Feuer holen (Zuruf von den Bänken der Demokraten: Manche sind auch keine Bauern!). Gewiß, es gibt auch Agrarier, die keine Bauern sind.

Der Herr Abg. Kolb hat dann gemeint, schon dadurch zeige er seine Freundschaft für die Bauern, daß er für

das Landwirtschaftsbudget stimme. Wenn ich mich recht erinnere, so hat die sozialdemokratische Partei hier nicht gegen die Zivilliste des Großherzogs gestimmt. Wollen Sie nun ebenso behaupten: „Dadurch, daß wir nicht gegen die Zivilliste des Großherzogs gestimmt haben, haben wir gezeigt, daß wir die besten Freunde des Großherzogs sind?“

Der Herr Abg. Kolb hat auch behauptet, und der Herr Abg. Frühhauf hat ihn darin unterstützt, Deutschland sei nicht in der Lage, sich selbst zu ernähren. Dabei sagt Herr Kolb aber selbst wieder, wir könnten unsere landwirtschaftliche Produktion noch viel mehr steigern. Das letztere ist richtig, wir sind in der Lage, unsere landwirtschaftliche Produktion noch wesentlich zu steigern. Wir sind aber nur dann dazu in der Lage, wenn wir dem Bauern die Sicherheit bieten, daß er für seine landwirtschaftlichen Produkte auch einen angemessenen Preis erhält, wenn er die Sicherheit hat, daß er das, was er an Arbeit und künstlichem Dünger in den Boden hineinsteckt, auch wieder vergütet erhält.

Dann ist noch ein Widerspruch in den Ausführungen des Herrn Abg. Kolb enthalten. Auf der einen Seite gibt er zu, daß die amerikanische Einfuhr von Getreide infolge des Zolltarifs noch um kein Pfund abgenommen hat; auf der anderen Seite behauptet er, daß die Getreidepreise durch den Schutz Zoll so ungeheuer gestiegen seien. Wenn richtig ist, daß die amerikanische Einfuhr nicht abgenommen hat — und sie hat nicht abgenommen sondern zugenommen —, dann ist das eben ein Beweis dafür, daß die amerikanischen Produzenten den Zoll tragen. Wir lassen die amerikanischen Produzenten auf diese Weise an den Ausgaben unseres Reiches teilnehmen.

Der Herr Abg. Frühhauf hat durch einen Zwischenruf behauptet, es sei unrichtig, daß die ausländischen landwirtschaftlichen Produkte auch so im Preise gestiegen seien wie bei uns. Ich bitte den Herrn Abg. Frühhauf, im Handelssteil der „Vossischen Zeitung“ aus dem letzten Jahre nachzulesen, daß die Preissteigerung bei uns betragen hat: beim Getreide rund 20 Proz., bei tierischen Produkten 31 Proz., bei sonstigen inländischen landwirtschaftlichen Produkten 7 Proz.; bei ausländischen landwirtschaftlichen Produkten habe die Preissteigerung 17 Prozent betragen. Das ist also nur ein ganz geringer Unterschied gegenüber der Preissteigerung, wie sie bei uns stattgefunden hat.

Der Herr Abg. Kolb hat in seinen Ausführungen wiederholt von Brotgetreide gesprochen, und er hat darüber gesprochen, daß eben bei uns kein Interesse am Brotgetreidebau vorhanden sei und deshalb diese Zölle für unsere badischen Verhältnisse keinen Wert hätten. Ja, Herr Abg. Kolb, so können Sie keine Wirtschaftspolitik treiben, man darf nicht einen Produktionszweig gegen den anderen ausspielen! Die Wirtschaftspolitik, die das Reich getrieben hat, und die wir für die richtige halten, ist die, daß wir die deutsche Landwirtschaft als etwas Einheitliches, als ein großes Ganze ansehen, für das ein Zolltarif geschaffen werden muß, der alle landwirtschaftlichen Produkte sickenlos gegenüber der Konkurrenz des Auslandes schützt. Alle Produzenten haben die gleichen Interessen, nämlich, daß sie ihre Produkte zu einem angemessenen Preis an den Mann bringen.

Als der Herr Abg. Wittemann über die große Einfuhr von Geflügel gesprochen hat, wurde gerufen: „Hört, hört!“, und man wollte wohl damit zum Ausdruck bringen, daß es da für unsere Landwirtschaft noch sehr viel zu tun gäbe, wenn man das Geld dafür im Inlande behalten wolle. Dieser Ansicht sind wir auch, aber nicht nur bei Geflügel, sondern bei sämtlichen landwirtschaftlichen Produkten. Wenn die Tatsache besteht, daß heute noch so viel Gänse, so viel Geflügel in das Inland

hereinkommen, so ist das nur darauf zurückzuführen, daß eben das Halten und Aufziehen von Gänsen und Geflügel sich nicht in dem Maße für unseren Bauer rentiert, wie es wünschenswert wäre.

Der Herr Abg. Sängler hat sich auf eine Äußerung des Herrn Abg. Schüler berufen, wonach der Herr Abg. Ries auf dem gleichen wirtschaftlichen Standpunkt stehe wie der Kandidat des Bundes der Landwirte in dem Wahlkreis Schopfheim; er hat darauf hingewiesen und gemeint, man könne es nicht verstehen, wie man einen derartigen Kandidaten bekämpfen könne. Ich bin nun der Ansicht, daß es nicht ganz richtig ist, daß der Herr Abg. Ries auf demselben volkswirtschaftlichen Standpunkt steht wie der Herr Oswald. Ich hatte angenommen, daß er noch viel weiter links steht, als er tatsächlich steht, und ich habe das daraus entnommen, daß er der Gründer des Waldshuter jungliberalen Vereins ist. Dieser Verein hat das Frankfurter Mindestprogramm zu dem feinen erhoben, welches die Abschaffung der Zölle auf Lebensmittel verlangt. (Abg. Sängler: Oswald war ja auch jungliberal!) Er war aber nicht vom Waldshuter jungliberalen Verein! Der Herr Abg. Ries soll nun allerdings gerade hinsichtlich der Zollfrage einen Vorbehalt gemacht haben. Ich weiß nicht, ob das richtig ist. Daß man aber annehmen muß, daß der Herr Abg. Ries nicht auf dem Standpunkt des bündlerischen Kandidaten steht, habe ich aus einer Notiz, die vor einigen Tagen im „Volkstfreund“ stand, ersehen. Da heißt es, daß der Herr Abg. Ries wie auch sonst die bäuerlichen Vertreter der national-liberalen Partei sich mehr und mehr von den landwirtschaftlichen Anschauungen, wie sie vom Bunde der Landwirte gepflegt werden, losmachen, und daß sie sich immer mehr diejenigen Ansichten zu eigen machen, die bisher die Sozialdemokratie allein vertreten habe. (Abg. Bechtold: Moderne Ansichten!) — Herr Abg. Bechtold, wir können uns an moderner Gesinnung noch gegenseitig messen! — Ich glaube das doch nicht ganz. Herr Abg. Kolb, Sie haben ja wohl den Artikel verfaßt! Es wäre sehr merkwürdig, wenn die Herren da drüben, die Mitglieder des Bundes der Landwirte sind, die Herren Abgg. Sängler, Neuwirth und Leiser die Anschauungen haben, wie sie der Herr Abg. Kolb leztlich hier hat zu Tage treten lassen. Der Herr Abg. Sängler hat behauptet, ihm sei der volkswirtschaftliche Standpunkt des bündlerischen Kandidaten Oswald nicht bekannt. Es wundert mich, daß der Herr Abg. Sängler das sagt, er müßte doch aus der Vergangenheit wissen, daß die besonderen Abgeordneten des Bundes der Landwirte in agrarischen Fragen noch niemals verfaßt haben. Der bündlerische Abg. Oswald steht allerdings nicht auf dem Standpunkt, den der Herr Abg. Sängler im letzten Landtag vertreten hat, als er sagte, wichtiger als alle Schutzölle sei eine bessere Schulbildung, er ist vielmehr der Ansicht, daß ebenso wichtig wie eine gute Schulbildung auch die Schutzölle sind. Darin unterscheidet er sich allerdings von dem Herrn Abg. Sängler.

Zum letzten Frühjahr waren in den verschiedensten Staaten Europas Bauernunruhen ausgebrochen. Ich erinnere nur an den Winzeraufstand in Südfrankreich, an Rumänien, Rußland, Irland, Ungarn und Italien. Bei uns war etwas derartiges nicht zu sehen. Es hat ja allerdings auch eine Zeit gegeben, nämlich zu der Zeit der Caprivischen Handelsverträge, in der die Bauern mit der Regierung sehr unzufrieden waren, aber sie haben nicht revolviert, sie haben sich nicht gegen die Regierung aufgelehnt, sondern sie haben sich organisiert. Diejenige Organisation, welche sich in erster Reihe die politische Vertretung der Bauern zur Aufgabe gestellt hat, die eben damals zur Gründung gelangte, das ist der Bund der Landwirte. Man hat den Bund der

Landwirte von oben her nicht immer gern gesehen, auch von der Regierungsseite her wurde von ihm als demagogischer Richtung gesprochen. In dieser Hinsicht haben sich die Zeiten geändert, wenigstens soweit das die Reichsregierung angeht. Der Reichskanzler Fürst Bülow hat im vorigen Jahre die außerordentlich großen Verdienste des Bundes der Landwirte um die deutsche Landwirtschaft anerkannt, und der Staatsminister von Bobbielski hat auch kürzlich geäußert, daß der Bund der Landwirte das Hauptverdienst bei der Wiedererlangung der Gleichberechtigung der Landwirtschaft für sich in Anspruch nehmen könne. Auch in Baden hat man den Bund der Landwirte nicht immer gern gesehen, ich hoffe, daß das künftighin anders sein wird. Ich darf das wohl aus den Äußerungen, die der Herr Ministerpräsident über die Landwirtschaft in einer der letzten Sitzungen getan hat, entnehmen. Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß er sich zur Landwirtschaft ebenso stellen wird, wie das der Reichskanzler Fürst Bülow im Februar vorigen Jahres getan hat, als er äußerte: Es sei als die vornehmste Aufgabe einer Regierung zu betrachten, den deutschen Bauernstand zu kräftigen, zu schützen und zu heben, und weiter: „So lange der deutsche Bauer auf seine Scholle sitzt, so lange er ein erträgliches Dasein haben wird, wird die Sozialdemokratie nicht herrschen zwischen Ostsee und den Alpen.“ Uebrigens soll ja auch Bebel gesagt haben: „Die Entscheidung in Deutschland wird angesetzt werden zwischen der Sozialdemokratie und dem Bund der Landwirte.“ Er wollte damit zweifellos zum Ausdruck bringen, daß es voraussichtlich der Sozialdemokratie leicht sein werde, die übrigen Stände des Volkes für sich zu gewinnen, daß es aber sehr zweifelhaft sei, ob es ihr auch bei den Bauern gelinge. Und ich bin überzeugt, daß das der Sozialdemokratie, so lange die Bauern auf ihrer Scholle sitzen, so lange es ihnen gut geht, so lange sie eine rentable Wirtschaft führen können, niemals gelingen wird.

Leider ist die Erkenntnis, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung das beste Bollwerk gegen den Umsturz ist, noch nicht überall durchgebrungen und besonders noch nicht überall bei den gebildeten Kreisen. Wollen wir hoffen, daß diese Ueberzeugung weiter durchdringt, daß der Bauernstand das, was er ist, was er war, auch in Zukunft sein wird: die feste Grundlage unseres Volkstums! (Beifall bei den Konservativen.)

Abg. Burkhard (natl.): Als Mitunterzeichner des Antrags Neuwirth kann ich es nicht unterlassen, einige Worte dazu zu sagen. Der Bezirk Eppingen, den ich vertrete, hat durch das letzte Manöver großen Schaden gelitten. Die Flurschadensschätzung ging nun nicht in Ordnung vor sich, weniger weil die Abschätzungskommission verspätet eintraf, als vielmehr, weil sie nicht richtig zusammengesetzt war. Da werden mitunter Leute zu Mitgliedern ernannt, die für dieses Amt nicht befähigt sind. Der Bezirksrat schlägt sich in der Regel selber vor. Die Herren können ja wohl ganz gute Bezirksräte sein, aber es sind nicht immer auch Sachverständige für landwirtschaftliche Dinge. Zur Flurschadensabschätzung gehören Sachverständige, ausübende Landwirte und Männer, die den Mut haben, auch den Herren Offizieren und, wenn es nützt, auch dem Herrn Bezirksamtmannt entgegenzutreten. Wenn die beiden Sachverständigen den Mut haben, ihre Ansicht zu vertreten, so stellt sich der Bezirksamtmannt gerne auf ihre Seite, und dann sind die beiden Offiziere überstimmt und kommen die Bauern zum Ersatz ihres Schadens. Ich möchte ein Mittel angeben, womit man dem Mißstand mit der Abschätzung abhelfen könnte. Im vorletzten Winter war in meiner Gemarkung ein kleines Manöver, es waren württembergische Truppen und Bruch-

faler Dragoner da. Der Rittmeister kam zu mir auf das Rathhaus und fragte mich, ob wir eine Abschätzungskommission verlangen. Ich habe gesagt, das ist nicht notwendig, wir können die Sache viel billiger machen, wir nehmen zwei Gemeinderäte, die verstehen die Sache gerade so gut wie jede andere Kommission, ja sie arbeiten auch viel wohlfeiler als die Kommission. Der Rittmeister ist auf meinen Vorschlag eingegangen, und man hat die Sache dann so gemacht. Ich habe ihm dann die Zusammenstellung nach Bruchsal geschickt, und er ist darauf mit einem Zahlmeister gekommen und hat den Schaden zur größten Zufriedenheit ausbezahlt. Wenn die ordentliche Kommission verlangt worden wäre, so wäre die Sache sehr teuer geworden, teurer, als der Militärschaden ausgemacht hat (Heiterkeit). Ich möchte bei der Großh. Regierung anregen, die Sache in der Weise zu regeln, daß, wenn das Manöver 14 Tage vorüber ist und die Abschätzungskommission ihr Geschäft noch nicht beendet hat, in jeder Gemeinde der Bürgermeister beauftragt wird, eine Kommission zu bilden, um den Schaden abzuschätzen zu lassen. Der Staat wird dabei besser fahren und die Landwirtschaft ebenfalls.

Ich möchte auch noch einige Worte über den Zichorienbau sprechen, für den auch der Herr Abgeordnete Schmidt-Bretten eingetreten ist. In der Gegend von Eppingen steht der Zichorienbau in großer Blüte. Die Zichorie bildet neben dem Tabak dort das Haupthandelsprodukt. Die Zichorie wird jetzt viel schlechter bezahlt als vor 40 Jahren. Vor 40 Jahren hat der Zentner 1 Gulden gegolten. Jetzt bekommen wir für den Zentner 1,55 M., für den Doppelzentner 3,10 M. Aber wir bekommen jetzt doch mehr Geld als damals; denn, was letzthin von verschiedener Seite behauptet worden ist, daß der Zichorienbau die Felder ausmergeln oder unfruchtbar mache, das trifft bei uns durchaus nicht zu. Gerade das Gegenteil ist der Fall: Wir haben vor 40 Jahren auf den Morgen Acker nur 160 Zentner Zichorie rechnen dürfen, jetzt können wir volle 100 Zentner mehr rechnen. Es gibt Felder, die schon 270 und 280 Zentner geliefert haben. Das gibt auch bei einem geringeren Preis doch immerhin noch ein Mehrerträgnis. Wenn Herr Kollege Schmidt für einen Zoll eingetreten ist, so bin ich damit ganz einverstanden, daß bei Vorbereitung der zukünftigen Handelsverträge (was ja noch ziemlich lange dauern wird) die Regierung dafür sorgt, daß durch den Zoll des ausländischen Produktes der alte Preis wieder erzielt wird. Denn dagegen wird kein Landwirt etwas haben, daß er zu der größeren Produktionsmenge auch noch einen höheren Preis bekommt.

Bei weiteren landwirtschaftlichen Angelegenheiten möchte ich mich nicht länger aufhalten, da ich glaube, daß dieselben genügend durchgesprochen sind (Beifall bei den Nationalliberalen).

Geh. Oberregierungsrat Jung: Dem Herrn Ministerpräsidenten danke ich dafür, daß er mir Gelegenheit geboten hat, als Vertreter der badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft auf einige Anregungen aus der Mitte des Hohen Hauses, soweit sie die landwirtschaftliche Unfallversicherung und deren Vollzug betreffen, Antwort zu geben.

In einer der letzten Sitzungen hat der Herr Abg. Reiff dem Wunsche verschiedener Landwirte dahin Ausdruck gegeben, daß die Beiträge für die landwirtschaftliche Unfallversicherung gerade so eingezogen werden möchten wie die Steuer, d. h. nicht auf einmal, sondern vierteljährlich, und der Herr Minister hat die Zusage gemacht, diese Anregung einer näheren Prüfung zu unterziehen. Dem Wunsche des Herrn Abg. Reiff

ist nachher noch der Herr Abg. Morgenthaler und heute der Herr Abg. Brodmann beigetreten. Der Herr Abg. Morgenthaler hat dazu noch erklärt, er könne sich auch damit einverstanden erklären, daß die Unfallversicherungsbeiträge in zwei Raten eingehoben werden; nur möchte er dann wünschen, daß die eine Rate nicht schon im April, sondern etwas später und die zweite Rate dann nach der Ernte, also im Laufe der Monate August oder September, zum Einzug gebracht werden. Die angeschnittene Frage ist für die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft von großer materieller Bedeutung. Wenn Sie erfahren, daß wir z. B. im Verlaufe des Monats Mai d. J. nicht weniger als 1 616 974 Mark 95 Pfennig an die Postkassen des Reiches abliefern müssen, werden Sie es begreiflich finden, daß wir eine genaue Prüfung der Frage beanspruchen müssen und dürfen. Nach § 114 des Unfallversicherungsgesetzes für die Landwirtschaft müssen nämlich die Genossenschaften die von den Zentralpostbehörden liquidierten Beträge innerhalb dreier Monate nach Empfang der Liquidationen an die ihnen bezeichneten Postkassen abführen, und zwar bei Vermeidung der Einleitung des Zwangsbeitreibungsverfahrens. Bisher waren wir in der glücklichen Lage, dieser gesetzlichen Verpflichtung deshalb nachkommen zu können, weil die Großh. Staatsbehörde uns im Monat Mai schon den gesamten Betrag, den wir an die Postkassen abzuliefern hatten, vorgeschossen hat. Wenn nun auch in Zukunft diese Vorschussleistung uns bewilligt wird, und wenn außerdem die Großh. Regierung sich bereit erklärt, der Berufsgenossenschaft während des Restes des Jahres uns nach Bedarf jeweils wieder Vorschüsse zu geben, so könnte auch der Vorstand der Badischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft sich vollständig damit einverstanden erklären, daß die Beiträge künftig entweder in vier Raten oder, wie der Herr Abg. Morgenthaler vorgeschlagen hat, in zwei Raten eingezogen werden.

Es ist weiterhin von den Herren Abgg. Morgenthaler und Red der Wunsch nach einer anderen Klasseneinteilung, d. h. einer Vermehrung der Klassen bezüglich der Beitragserhebung, ausgesprochen worden. Der Herr Regierungsvertreter hat schon damals, als die Sache zur Sprache kam, darauf aufmerksam gemacht, daß durch das Gesetz vom Jahre 1902 es der Berufsgenossenschaft ja möglich ist, hierin dem geäußerten Wunsche nachzukommen, und ich gestehe Ihnen, daß wir selbst schon daran gedacht haben, eine Aenderung in dieser Beziehung durch Aufnahme einer bezüglichen Bestimmung in das Statut herbeizuführen. Schon in der letzten Genossenschaftsversammlung wurde von verschiedenen Seiten der Wunsch ausgesprochen, daß man eine Vermehrung der Klassen eintreten lassen möchte, und der Vorstand hat sofort die bestimmte Zusicherung erteilt, der nächsten Genossenschaftsversammlung Vorschläge nach der gewünschten Richtung hin zu unterbreiten. Der Genossenschaftsvorstand ist nur noch nicht über den Umfang der vorzunehmenden Abänderung ganz einig. Die Mehrheit ist dafür, daß man die ersten drei Klassen, so wie sie jetzt sind, bestehen lassen und dann jeweils von der dritten Klasse an eine Klasse einschieben solle, während ein Mitglied des Genossenschaftsvorstandes der Ansicht des Herrn Abg. Red ist und will, man solle die Klasseneinteilung so machen, daß man von 100 Arbeitstagen an jeweils um je 100 aufsteige, so daß wir also bis zu 1200 Tagen zwölf Klassen bekämen. Bekanntermaßen hört ja die Klasseneinteilung bei einem Arbeitsbedarf von 1200 Tagen auf. Von da an wird ja der wirkliche Arbeitsbedarf eingeschätzt mit Abrundung auf 100 nach unten.

Der Herr Abg. Red hat sodann auch eine neue Einschätzung der Arbeitstage durch den Bezirks-

rat gewünscht. Auch ich bin der Ansicht, daß es sehr erwünscht ist, daß die Neueinschätzung der Arbeitstage, die zur Bewirtschaftung von einem Hektar land- und forstwirtschaftlichen Geländes ungefähr erforderlich sind, jetzt wieder einmal vorgenommen wird. Die Neueinschätzung ist aber nicht etwa Sache der Berufsgenossenschaft sondern des Bezirksrates, und ich möchte deshalb die Bitte an die Großh. Regierung stellen, sie möge die Bezirksämter anweisen, in Bälde wieder eine Neueinschätzung der Arbeitstage durch die Bezirksämter herbeizuführen.

Die Herren Abgg. Morgenthaler, Frhr. von Nenzingen und Red haben recht beherzigenswerte Worte über den zunehmenden Renten hunger der Unfallverletzten gesprochen. Niemand bedauert diese unerfreuliche Erscheinung mehr als der Genossenschaftsvorstand, der ja jeden Tag mit der Sache zu tun hat. Wir sind bestrebt, Auswüchsen, die in dieser Beziehung zutage treten, mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Freilich dürfen wir nicht vergessen, daß es sich um die Durchführung eines sozialen Gesetzes handelt, und daß der diesem Gesetze innewohnende soziale Geist auch im Vollzug zum Ausdruck gebracht werden muß. Aber es muß denn da doch irgend eine Aenderung eintreten. Denn es ist so weit gekommen, daß die Mehrzahl der Unfallverletzten fast mit keinem eine Minderung oder Aufhebung der Rente aussprechenden Bescheid mehr zufrieden ist. Die Klagen an das Schiedsgericht vermehren sich in der auffallendsten Weise. Es ist das auch ganz natürlich: Die Kosten des Schiedsgerichts müssen wir tragen, und die Unfallverletzten, die Kläger bekommen noch für den Gang zum Schiedsgericht Reise- und Verpflegungskostenentschädigung. Ob die Schieds- und Rekursgerichte durch ihre Entscheidungen nicht auch mit zur Förderung des Renten hungers beitragen, ist eine Frage, über die ich mich nicht aussprechen will, die aber immerhin schon im bejahenden Sinne besprochen worden ist.

Im Gegensatz zum Herrn Abg. Morgenthaler möchte ich denn doch unseren Vertrauensmännern, die wir ja jetzt in jeder Gemeinde des Landes haben, und ebenso den Herrn Bezirksärzten, die uns von der Großh. Regierung zur Verfügung gestellt sind, alle Anerkennung für ihre dienstlichen Leistungen aussprechen. Ich kann nicht finden, daß die Vertrauensmänner in ihren Berichten etwa befangen sind. Ebenso kann ich nicht finden, daß die Herren Bezirksärzte nicht streng objektiv ihre Gutachten abgeben. Selbstverständlich kommen ja Ausnahmen vor, und unter den etwa 1600 Vertrauensmännern können wohl einige sein, mit denen man vielleicht weniger zufrieden sein kann. Dann haben wir ja die Übung, daß, wenn die Herren Bezirksärzte gleichzeitig die behandelnden Ärzte sind, wir das zweite Gutachten in der Regel nicht von dem betreffenden Bezirksärzte sondern von einem anderen Sachverständigen erheben. Wir sind außerdem in der glücklichen Lage, in Baden selbst zwei Hochschulen und ganz in der Nähe die Universitäten Würzburg, Straßburg und Basel zu haben. Ebenso besitzen wir in Baden eine ganze Reihe von Spezialärzten, die von uns auch sehr häufig in Anspruch genommen werden, und über deren begutachtende Tätigkeit wir uns nur lobend aussprechen können.

Die Erfolge der Rentenrevisionen, von denen Sie ja auch schon oft gehört haben werden, und die nicht bloß in Baden sondern jetzt beinahe im ganzen übrigen Deutschland in gleicher Weise wie bei uns vorgenommen werden, haben unseren Erwartungen in vollem Maße entsprochen. Es liegt uns ja nicht etwa daran, die Renten herabzudrücken. Diejenigen Unfallverletzten, die eine Rente wirklich verdienen, sollen sie erhalten, und sie

sollen sie auch in richtiger Höhe bekommen; wenn wir daher bei der allgemeinen Rentenrevision die Ueberzeugung gewinnen, daß einer Person durch irgend einen Bescheid etwa Unrecht geschehen ist, so ändern wir von uns aus den Bescheid ab und gewähren ihr unter Umständen eine erheblich höhere Rente. Wir sind dem Großh. Ministerium des Innern äußerst dankbar dafür, daß es uns in der Person des Herrn Obermedizinalrats Dr. Greiff eine so bewährte Kraft zur Verfügung gestellt hat. Die Rentenrevisionen werden vorgenommen unter dem Vorsitz des Vorsitzenden der Berufsgenossenschaft oder seines Stellvertreters und unter Zuzug des eben genannten Herrn Obermedizinalrats Dr. Greiff und des betreffenden Herrn Bezirksarztes. Herr Dr. Greiff ist früher lange Jahre hindurch Schiedsgerichtsarzt gewesen und verfügt insolgedessen über eine große Erfahrung in der Beurteilung der Unfallsachen. Einen weiteren Erfolg dieser Rentenrevision sehen wir auch darin, daß allmählich im ganzen Lande die ärztliche Beurteilung der Unfallsfolgen gleichmäßiger wird und zwar eben dadurch, daß die Herren Bezirksärzte bei den Rentenrevisionen sehen, wie ein gerade in Unfallsachen über eine reiche Erfahrung verfügender Arzt die Unfallsfolgen beurteilt.

Vom Herrn Abg. Neef wurde auch noch die Frage berichtet, ob nicht die kleinen Renten — wir wollen einmal sagen, die Renten unter 20 Proz. — aufgehoben werden sollten. Der Herr Abg. Neef steht mit seiner Ansicht in Deutschland nicht allein. In Norddeutschland sind die meisten Berufsgenossenschaften schon lange der Ansicht, daß man die kleinen Renten nicht gewähren solle. Ich bin etwas anderer Ansicht. Bei uns in Baden bestehen eben die Landwirte in der großen Mehrzahl aus kleinen Leuten, und für solche kleine Leute ist eine Rente, wenn sie 20 Proz. beträgt — ja selbst wenn es auch nur 10 Proz. wären! — eine große Wohltat (Sehr richtig!). Es gibt nicht lauter Lumpen, die gleich hingehen und ihre Rente in Bier oder Schnaps umsetzen, es gibt auch rechtschaffene Unfallverletzte, die das Geld nützlich verwenden, vielleicht dazu, um Schulzinzen, Steuern und Umlagen oder dergleichen zu bezahlen (Sehr richtig!). Dagegen wird ja Niemand etwas einwenden können, daß seit einer Reihe von Jahren Renten unter 10 Proz. nicht mehr gewährt werden. Die Berufsgenossenschaften sind sehr froh, daß das Reichsversicherungsamt und daß auch die Landesversicherungsämter mit der Zeit zu dem Entschlusse gekommen sind, anzuerkennen, daß ein meßbarer wirtschaftlicher Schaden überhaupt nicht mehr angenommen werden kann, wenn nur solch kleine Renten begründet wären.

Wenn ich zum Schluß noch mit einigen Worten auf die Unfallverhütung zu sprechen kommen darf, so möchte ich nur sagen: Wir haben es sehr bedauert, daß die Angriffe auf die von uns erlassenen Unfallverhütungsvorschriften für Maschinen erst so spät, erst zu einer Zeit erfolgt sind, als der Einführungstermin schon ganz nahe gerückt war. Die Angriffe, denen wir ausgesetzt waren, waren nicht immer streng sachlicher Natur; trotzdem hat der Vorstand alle Einwendungen, die erhoben worden sind, auf das sorgfältigste geprüft, und er ist auch zu dem Entschlusse gekommen, eine ganze Reihe von Vorschriften einer Abänderung zu unterziehen. Diese abgeänderten Vorschriften beruhen zur Zeit beim Großh. Landesversicherungsamt und, wenn sie von dort zurückkommen, so werden wir die Arbeitervertreter zusammenberufen und mit ihnen die beschlossenen Abänderungen beraten; dann wird der nächsten Genossenschaftsversammlung Vorlage behufs Genehmigung der Abänderungen an den Unfallverhütungsvorschriften für Maschinen gemacht werden.

Wir haben jetzt auch noch Unfallverhütungsvorschriften für die Forstwirtschaft entworfen. Der Entwurf dieser Vorschriften wurde von einem Mitgliede des Genossenschaftsvorstandes, dem Herrn Forstmeister Rau in Forzheim, ausgearbeitet und war bereits zur Prüfung beim Landesversicherungsamt. Da er bei der Prüfung insbesondere bei der Großh. Forst- und Domänenverwaltung bestanden hat, werden wir auch den Entwurf von Unfallverhütungsvorschriften für die forstwirtschaftlichen Betriebe mit den Arbeitervertretern beraten, ihn ebenfalls der nächsten Genossenschaftsversammlung zur Genehmigung zu empfehlen.

Abg. Neiff (Konf.): Nachdem die Zeit so weit gerückt ist und nachdem auch diejenigen Gebiete der Landwirtschaft, über die ich sprechen wollte, wenigstens nach meiner Ansicht hinreichend beraten und besprochen worden sind, will ich mich ganz kurz fassen und nur auf zwei oder drei Punkte beschränken.

Zunächst möchte auch ich der Regierung meinen herzlichsten Dank für die Zuwendung von 170000 M. für die Viehversicherung aussprechen. Demjenigen, der der Herr Abg. Säger bezüglich dieser Sache geschrieben hat, kann auch ich von ganzem Herzen zustimmen. Ich möchte auch mein Bedauern darüber aussprechen, daß diese Rindviehversicherungsanstalten, die doch segensreich wirken, nicht in höherem Maße zunehmen, obwohl doch der Segen und die Wohltat dieser Einrichtungen so bekannt sind. Ich selbst halte sie für eine große Wohltat, die namentlich im Interesse der kleineren wie der mittleren Landwirte, ganz besonders aber der kleineren Handwerker und dann derjenigen Arbeiter gelegen ist, die noch ein oder zwei Stück Vieh besitzen. Es wäre deshalb gerade im Interesse dieser Leute zu wünschen, daß überall da, wo noch keine Viehversicherungen bestehen, solche eingeführt würden. So mir bekannt ist, wird auch gerade von den kleineren Leuten die Einführung der Rindviehversicherung überaus gewünscht, aber leider muß ich sagen, daß es fast in der Regel die größeren Viehbesitzer sind, die sich gegen die Einführung aussprechen. Diese größeren Viehbesitzer können sich meistens ganz gut selbst versichern, sie sind mit den Händlern und Metzgern derartig bekannt, daß sie, wenn sie einmal ein Unglück haben, das selbe so schwer trifft; sie wissen sich eher zu helfen als kleine Mann. Aber wenn den Arbeiter ein Unglück trifft, ich weiß dies aus eigener Erfahrung —, so weiß er garnicht zu helfen. Er muß zusehen, wie das Unglück über ihn hereinbricht, oder sein Vieh oft zum Spott hergeben, weil er die Sache nicht kennt und mehr noch von den Metzgern oder Händlern übervorteilt wird.

Gar oft stehen aber auch die Bürgermeister und Gemeinderäte dieser Sache entgegen. Sie fürchten, wie sie die Lasten oder die Arbeiten, die ihnen die Führung dieser Anstalt macht. Aber wo Lust und Liebe zur Sache, wo man wirklich ein Herz für die Nebenmenschen hat, da ist die Sache gar nicht so schwierig und ich kann aus eigener Erfahrung sagen, daß man sich mit der Verbandsleitung sehr gut zu arbeiten kann. Ich möchte auch heute der Verbandsleitung meine Anerkennung aussprechen und auch heute wieder auf meine langer Erfahrung bezeugen, daß hier praktisch und richtig gearbeitet wird, daß hier kein Bureaunkram, wie leider sonst oft herrscht. Um nun die Sache noch mehr als bisher zu fördern, wäre es nach meiner Ansicht gut, wenn wenigstens von der Verbandsleitung möglichst oft Männer auf das Land hinaus geschickt würden, die sich dazu eignen, um auch in den ländlichen Orten Vorträge zu halten, um Belehrungen über

versicherung zu geben. Auch sollte von seiten der Landwirtschaftslehrer und der Bezirkstierärzte in dieser Beziehung etwas mehr Anregung gegeben werden. Das würde sehr zum Vorteil und zum Nutzen der Landwirtschaft gereichen.

Es ist besonders auch in letzter Zeit auf die große Gefahr und die Bekämpfung der Tuberkulose hingewiesen worden, und ich glaube, gerade auf diesem Gebiete könnte die Viehverversicherung wesentliches leisten. Ob die Uebertragung der Tuberkulose durch die Milch erkrankter Tiere auf die Menschen wirklich möglich ist, darüber sind auch heute noch die Gelehrten nicht ganz einig. Auf Grund meiner Erfahrung bin ich fest überzeugt, daß es möglich ist. Nach dem Jahresbericht der Versicherung hat auch im letzten Jahre die Tuberkulose wieder sehr zugenommen. Die Zunahme beträgt 1,51 Prozent. Der Gesamtverlust an Tieren, der durch diese Krankheit entstanden ist, beträgt 927 oder 29,43 Prozent. Durch die Viehverversicherungsanstalten könnte diese Gefahr wesentlich beseitigt werden. Es sollten nach meiner Ansicht in jeder Anstalt die neuangemeldeten Tiere wenigstens vom Tierarzt untersucht und womöglich, wo Verdacht vorhanden ist, mit Tuberkulin geimpft werden, damit man sicher geht, daß keine kranken Tiere eingereicht werden. Es wird dadurch auch vor allem der Einführung von erkrankten Tieren aus dem Auslande, namentlich aus Württemberg, vorgebeugt werden. Ferner sollte, wenn erkrankte Tiere als solche festgestellt sind, nicht zugewartet werden, bis die Tiere abgemagert sind oder der ganze Stall verseucht ist, sondern sobald als möglich die Schlachtung vorgenommen werden.

Wenn aber eine Ortsanstalt diese Untersuchung und Impfung vornehmen will, so ergibt das einen bedeutenden Mehraufwand an Kosten, und deshalb wird sie es fast immer oder in den meisten Fällen unterlassen. Es sind nun allerdings 5000 Mk. in den Voranschlag für Beiträge zu den Kosten der Tierärzte eingestellt. Ich habe schon vor 2 Jahren darauf hingewiesen, daß diese Summe nicht genüge, und heute, wo noch mehr Anstalten vorhanden sind, kann diese Summe umso weniger genügen. Es sollte die Summe bedeutend erhöht werden, damit man vielleicht die Mehrkosten, die durch dieses Verfahren entstehen, ganz auf die Staatskasse übernehmen könnte.

Nun noch einige wenige Worte zur Maul- und Klauenseuche! Diese schwere Krankheit, der Schrecken der Landwirte, ist gegenwärtig dank dem energischen Eingreifen der Regierung aus unserem Lande verschwunden. Aber die Gefahr, daß sie wiederkehrt, ist noch nicht beseitigt. Ich möchte deshalb der Großh. Regierung zur Erwägung anheimstellen, ob es nicht vielleicht geboten wäre, wenigstens die Kosten der Bekämpfung dieser Seuche ebenfalls auf die Staatskasse zu übernehmen. Der Bauer, der eigentlich ohne sein Verschulden das Unglück hat, seinen Viehstand von dieser Krankheit befallen zu sehen, hat neben den großen Belästigungen und neben der Absperrung und dem großen Schaden, den er dadurch erleidet, in der Regel auch noch die Kosten für Ausfertigung von Gesundheitschein zu tragen. Er wird sich daher — in der Regel ist es so, ich weiß das aus eigener Erfahrung — alle Mühe geben, die Krankheit zu verheimlichen, sie nicht zur Anzeige zu bringen. Wenn er aber wüßte, daß er wenigstens nicht noch weitere Kosten aufzubringen hätte, dann würde er das vielleicht eher tun, und es wäre dann möglich, die Seuche gleich im Entstehen zu bekämpfen.

Sodann möchte ich noch einige kurze Worte auf einen Gegenstand verwenden, der eigentlich schon sehr viel besprochen worden ist. Es ist das die verspätete Flurschadensausschätzung. Da ich bereits seit

mehr als 15 Jahren hier und da einmal dabei beschäftigt war, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß die Schuld nicht immer die Behörde oder die Regierung trifft; die Verzögerung liegt auch manchmal an ganz anderen Ursachen. Die gesetzlichen Bestimmungen tragen auch etwas dazu bei. Wir haben letztes Jahr im Bezirk Ettlingen und Pforzheim, wo nur kleine und wenige Schäden vorhanden waren, die Sache sehr rasch und zur Zufriedenheit der Beteiligten abmachen können. Dagegen waren im Bezirk Durlach mehrere und größere Schäden vorhanden, namentlich in der Gemeinde Jöhlingen. Da wurde anfangs von 800 Schäden gesprochen. Allein, bis die Sachen aufgenommen waren und die Anzeigen an das Bezirksamt kamen, da waren es schon annähernd 1200. Als dann die Kommission zu arbeiten anfang, kamen jeden Tag noch so viele Nachmeldungen hinzu, die nicht abgewiesen werden konnten, weil nach den gesetzlichen Bestimmungen den Leuten vier Wochen Zeit gegeben werden muß, daß nach Ablauf der Meldefrist statt 1200 schon annähernd 1600 Schadensmeldungen vorhanden waren. Da in Jöhlingen wie fast überall bei uns die Dreifelderwirtschaft besteht, haben wir die Sache so eingeteilt, daß wir zuerst die Felder, die abgeerntet werden mußten, vorgenommen und abgeschätzt haben. Aber durch die Nachmeldungen kam es vor, daß wir zwei und dreimal zu demselben Gewinn zurückgehen mußten. Dadurch hat sich die Sache so in die Länge gezogen, daß es nicht möglich war, zu rechten Zeit fertig zu werden.

Ich möchte nun im Interesse der Sache zur Erwägung geben, ob es nicht besser wäre, wenn man die Anmeldefrist von 4 Wochen auf 14 Tage herabsetzen würde. Dadurch wäre dann die Regierung in der Lage, sofort oder jedenfalls möglichst früh zu übersehen, wie viele Schäden vorhanden sind, wie lange die Arbeitszeit währen wird, und sie wäre dann auch in der Lage, wenn es notwendig ist, rechtzeitig eine weitere Kommission zu bilden. Damit möchte ich für heute schließen. (Beifall bei den Konservativen.)

Hierauf wird abgebrochen.

Es wird noch der Eingang folgender Interpellation der Abgg. Gek und Gen. angezeigt:

„Die gegenwärtige wirtschaftliche Krisis wird auch für die nächste Zeit eine außerordentlich bedenkliche Arbeitslosigkeit, namentlich in den Reihen der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter zur Folge haben.

Welche Mittel gedenkt die Großh. Regierung zu ergreifen, um die für die Arbeitslosen entstandene und fortdauernde Notlage in wirkungsvoller Weise zu mildern?“

Schluß der Sitzung halb 9 Uhr abends.

\* Karlsruhe, 10. März. 46. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 12. März 1908, vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann.

Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel XVI, Einnahme Titel VII (Landwirtschaft) — Drucksache Nr. 12 c. — Berichterstatter: Abg. Schüller, und damit in Verbindung:

Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Anträge der Abgg. Neuwirth und Gen.

a. Die Beschleunigung der Feststellung der Vergütung für die durch Truppenübungen entstandenen Flurschäden betr. (Drucksache Nr. 35),  
b. die Aenderung des Servistarifs, Beilage 1 zum Reichsgesetz vom 6. Juli 1904, durch Erhöhung der Quartiervergütung für Dienstpferde (Drucksache Nr. 36) — Drucksache Nr. 35 (36) a. — Berichterstatter: Abg. Neuwirth (Fortsetzung).

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen der Zweiten Kammer: Dr. Otto Wallt.  
Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.

